



**Fortsetzungsantrag für eine
2. Förderphase des
Internationalen Graduiertenkollegs 1067
„Politische Kommunikation von der
Antike bis in das 20. Jahrhundert“**

**Getragen von der Johann Wolfgang Goethe-
Universität Frankfurt/M. in Kooperation mit den
Universitäten Trient, Innsbruck und Bologna.
Assoziiert ist die Universität Pavia.**

Eingereicht durch:

Prof. Dr. Luise Schorn-Schütte (Sprecherin des Kollegs)
Johann Wolfgang Goethe-Universität
Historisches Seminar
Grüneburgplatz 1
60323 Frankfurt am Main
Telefon: 069-798-32595
Telefax: 069-798-32596
schorn-schuette@em.uni-frankfurt.de

1	Allgemeine Angaben.....	3
1.1	Thema.....	3
1.2	Antrag stellende Hochschule.....	3
1.3	Antrag stellende Wissenschaftler.....	3
1.4	Zusammenfassung.....	3
1.5	Antragszeitraum.....	5
1.6	Angestrebte Zahl der Doktoranden-, Postdoktoranden- und Qualifizierungsstipendien.....	5
2	Profil des Graduiertenkollegs.....	5
3	Forschungsprogramm.....	9
3.1	Zentraler Forschungsansatz.....	9
3.2	Stand der Forschung.....	12
3.3	Einzelne Forschungsbereiche.....	19
3.3.1	Politische Kommunikation als Konflikt um Normen.....	19
3.3.1.1	Die Entstehung einer politischen Begrifflichkeit im frühen und klassischen Griechenland.....	22
3.3.1.2	Antiker Herrscherkult als Herrschaftsrepräsentation.....	24
3.3.1.3	Der König als ordnungs- und friedensstiftende Gewalt von der Spätantike bis zum Hochmittelalter.....	25
3.3.1.4	Rhetorische Grundlegung der politischen Kommunikation in Spätmittelalter und Frührenaissance.....	27
3.3.1.5	Notwehr – Gegenwehr – Widerstandsrecht? Formen politischer Kommunikation im frühnezeitlichen Europa.....	29
3.3.1.6	Sprache der Politik – Sprache der Geschlechter. Herrschaftslegitimation durch normative Konzepte und Riten.....	32
3.3.1.7	„Stände“ oder „Volk“? Der (diskursive) Wandel vom traditionellen Recht zur modernen Verfassung.....	35
3.3.1.8	Medien und Strategien politischer Kommunikation in der bürgerlichen Öffentlichkeit des 19. Jahrhunderts.....	38
3.3.1.9	Soziale Sicherheit als kommunikative Konstruktion: Soziale Ansprüche an die Gesellschaft und ihre Diskussion vom Beginn der Industrialisierung bis zur Gegenwart.....	41
3.3.1.10	Die Wahrnehmung von Macht und Gewalt und deren Verarbeitung in der politischen Kommunikation der Zeitgenossen.....	44
3.3.2	Vergangenheit als Argument in der politischen Kommunikation.....	49
3.3.2.1	Ferne Vergangenheiten als Vorbild, Gegenbild oder Zerrbild im politischen Diskurs.....	50
3.3.2.2	Nationale Geschichte als Artefakt im 19. und 20. Jahrhundert (Deutschland, Italien, Österreich).....	52
3.3.2.3	Die politische Sprache des staatlichen und gesellschaftlichen Neuanfangs nach 1945. Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus und die Hinwendung zur „westlichen“ Werteordnung in Deutschland, Österreich und Italien im Vergleich.....	56
3.3.2.4	Der Europadiskurs nach 1989 – „Einheit in der Vielfalt“.....	58
3.3.2.5	Wissenschaften im öffentlichen Raum.....	59
3.3.2.6	Soziale Räume als Konstrukt der politischen Kommunikation von der Antike bis zur Gegenwart.....	62
3.4	Wissenschaftliche Einbindung der Postdoktoranden.....	64
4	Studienprogramm und Betreuungskonzept.....	64
4.1	Studienprogramm.....	65
4.2	Betreuungskonzept.....	66
5	Gastwissenschaftlerprogramm.....	68

6	Organisationsstruktur des Graduiertenkollegs	69
7	Umfeld des Graduiertenkollegs.....	69
8	Mittel/Kostenarten.....	79
8.1	Doktorandenstipendien.....	79
8.2	Postdoktorandenstipendien.....	79
8.3	Qualifizierungsstipendien.....	79
8.4	Mittel für Gastwissenschaftler	79
8.5	Mittel für Forschungsstudenten.....	79
8.6	Sonstige Kostenarten.....	80
8.7	Forschungssemester	82
9	Unterschriften.....	83
10	Anhang	83

1	Allgemeine Angaben.....	3
1.1	Thema.....	3
1.2	Antrag stellende Hochschule.....	3
1.3	Antrag stellende Wissenschaftler.....	3
1.4	Zusammenfassung.....	3
1.5	Antragszeitraum.....	5
1.6	Angestrebte Zahl der Doktoranden-, Postdoktoranden- und Qualifizierungsstipendien.....	5
2	Profil des Graduiertenkollegs.....	5
3	Forschungsprogramm.....	9
3.1	Zentraler Forschungsansatz.....	9
3.2	Stand der Forschung.....	12
3.3	Einzelne Forschungsbereiche.....	19
3.3.1	Politische Kommunikation als Konflikt um Normen.....	19
3.3.1.1	Die Entstehung einer politischen Begrifflichkeit im frühen und klassischen Griechenland.....	22
3.3.1.2	Antiker Herrscherkult als Herrschaftsrepräsentation.....	24
3.3.1.3	Der König als ordnungs- und friedensstiftende Gewalt von der Spätantike bis zum Hochmittelalter.....	25
3.3.1.4	Rhetorische Grundlegung der politischen Kommunikation in Spätmittelalter und Frührenaissance.....	27
3.3.1.5	Notwehr – Gegenwehr – Widerstandsrecht? Formen politischer Kommunikation im frühnezeitlichen Europa.....	29
3.3.1.6	Sprache der Politik – Sprache der Geschlechter. Herrschaftslegitimation durch normative Konzepte und Riten.....	32
3.3.1.7	„Stände“ oder „Volk“? Der (diskursive) Wandel vom traditionellen Recht zur modernen Verfassung.....	35
3.3.1.8	Medien und Strategien politischer Kommunikation in der bürgerlichen Öffentlichkeit des 19. Jahrhunderts.....	38
3.3.1.9	Soziale Sicherheit als kommunikative Konstruktion: Soziale Ansprüche an die Gesellschaft und ihre Diskussion vom Beginn der Industrialisierung bis zur Gegenwart.....	41
3.3.1.10	Die Wahrnehmung von Macht und Gewalt und deren Verarbeitung in der politischen Kommunikation der Zeitgenossen.....	44
3.3.2	Vergangenheit als Argument in der politischen Kommunikation.....	49
3.3.2.1	Ferne Vergangenheiten als Vorbild, Gegenbild oder Zerrbild im politischen Diskurs.....	50
3.3.2.2	Nationale Geschichte als Artefakt im 19. und 20. Jahrhundert (Deutschland, Italien, Österreich).....	52
3.3.2.3	Die politische Sprache des staatlichen und gesellschaftlichen Neuanfangs nach 1945. Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus und die Hinwendung zur „westlichen“ Werteordnung in Deutschland, Österreich und Italien im Vergleich.....	56
3.3.2.4	Der Europadiskurs nach 1989 – „Einheit in der Vielfalt“.....	58
3.3.2.5	Wissenschaften im öffentlichen Raum.....	59
3.3.2.6	Soziale Räume als Konstrukt der politischen Kommunikation von der Antike bis zur Gegenwart.....	62
3.4	Wissenschaftliche Einbindung der Postdoktoranden.....	64
4	Studienprogramm und Betreuungskonzept.....	64
4.1	Studienprogramm.....	65
4.2	Betreuungskonzept.....	66
5	Gastwissenschaftlerprogramm.....	68

6	Organisationsstruktur des Graduiertenkollegs	69
7	Umfeld des Graduiertenkollegs.....	69
8	Mittel/Kostenarten.....	79
8.1	Doktorandenstipendien.....	79
8.2	Postdoktorandenstipendien.....	79
8.3	Qualifizierungsstipendien.....	79
8.4	Mittel für Gastwissenschaftler	79
8.5	Mittel für Forschungsstudenten.....	79
8.6	Sonstige Kostenarten.....	80
8.7	Forschungssemester	82
9	Unterschriften.....	83
10	Anhang	83

1 Allgemeine Angaben

1.1 Thema

Politische Kommunikation von der Antike bis in das 20. Jahrhundert.

Political Communication in Europe from the Ancient Times until the 20th Century.

Comunicazione politica dall'antichità al XX secolo.

1.2 Antrag stellende Hochschule

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/Main

in Kooperation mit:

Università degli Studi di Bologna

Leopold-Franzens-Universität Innsbruck

Università degli Studi di Trento

Assoziiert ist die Università degli Studi di Pavia

1.3 Antrag stellende Wissenschaftler

Eine Tabelle der antragstellenden Wissenschaftler und ihre Forschungsprofile finden sich im Anhang (S.1 bis 76).

1.4 Zusammenfassung (deutsch)

Bei seiner Einrichtung war es Ziel des Internationalen Graduiertenkollegs, die exzellente Nachwuchsförderung auf einem Feld internationaler historischer Forschung zu etablieren. Dieses wurde im Einrichtungsantrag bezeichnet als „*Neue Geistes- und Ideengeschichtsschreibung*“ (*intellectual history* oder *new history of ideas*). Damit war das Ziel verbunden, die reine Sozial- und Wirtschaftsgeschichtsschreibung um die zentrale Frage nach dem Zusammenhang von Sprache und historischer Realität zu ergänzen, womit zudem an historiographische Traditionen angeknüpft werden konnte, die insbesondere in der *deutsch- und italienischsprachigen Geschichtsschreibung* schon der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen eine große Rolle gespielt hatte. Die neuerliche Verzahnung beider Traditionen bleibt ein zentrales Anliegen für die Arbeit des Internationalen Graduiertenkollegs. Die praktische Durchführung dieses Konzepts erfolgte in der Konzentration auf die Frage nach der Existenz politischer Sprachen. Um diese zu beantworten, hat sich die Konzentration auf

ein herausgehobenes Forschungsfeld nämlich die *Debatten über die Legitimation von Herrschaft* inhaltlich und methodisch als ergiebig erwiesen.

Die Diskussion darüber, welche Rolle die neue Geistes- und Ideengeschichtsschreibung in der internationalen historischen Forschung spielen soll, ist zu einer der methodisch gewichtigen Fragestellungen der letzten Jahre geworden. Das zeigt sich einerseits in der Verstärkung der Reflexionen darüber, welche Rolle das Politische in der Geschichtsschreibung einnehmen soll, eine Dimension, die Jahrzehntlang ausgeblendet worden war. Es zeigt sich andererseits darin, dass die historisch arbeitenden Teile der Politikwissenschaften wieder an Gewicht gewinnen; beide Tendenzen lassen sich als *historische Politikforschung* zusammenfassen, ein eigenständiges, innovative Forschung anregendes Gebiet in der europäischen Geschichtswissenschaft. Das IGK hat an der Vertiefung und inhaltlichen Ausgestaltung dieses Forschungsfeldes wesentlichen Anteil gehabt, dessen Fortführung ist Aufgabe der nächsten Jahre.

Dies geschieht durch die Intensivierung der Frage nach der Rolle des Politischen in der Geschichte, der Erforschung also der Frage, wie der Zusammenhang von Ideen und politischer Macht charakterisiert werden kann *einerseits*; es geschieht durch die Weiterführung der theoretisch-methodischen Debatte über den Zusammenhang von Sprache und historischer Wirklichkeit *andererseits*. Beide Bereiche hängen aufs engste miteinander zusammen, die bisher geleistete Arbeit hat etliche Problemstellungen weitergeführt, andere erst als solche sichtbar oder als dringlich erkennbar werden lassen. Das gilt insbesondere für die Frage nach den jeweils verwendeten Sprachstrategien als Bestandteil des politischen Handelns. Die verstärkte Einbindung von politikwissenschaftlicher, sprachwissenschaftlicher und philosophischer Kompetenz soll dazu beitragen, diese neuen oder noch offenen Fragestellungen zu bündeln und zuzuspitzen, um den Ertrag der Arbeit zu schärfen.

Zusammenfassung (englisch)

The basic goal of the International Graduate School upon its inauguration was to establish a platform for excellent young scholars in a thriving academic field, namely the new history of ideas. This included a combination of social and economic history with a strong focus on linguistic and semantic aspects. In fact, the relationship between language and ‚reality‘ is one of the basic concerns of the International Graduate School. In choosing this particular point of departure, the Graduate School intends to continue German and Italian older historiographic traditions reaching back to the pre-WW II era. Recombining these traditions has been a very important task for the Graduate School. On a more detailed level, the Graduate School

investigates particularly the many political languages employed in the debates about the legitimacy of political power. Over the last years, this focus proved to be very rewarding. Recently, the debate about the relevance of a ‚new‘ history of ideas has raised to enormous prominence. In the wake of this debate, also the long-neglected concept of ‚politics‘ received renewed attention. By now, a series of works try to reassess the role of politics in historiography. Therefore it is hardly surprising that also the political sciences see a refreshed interest in historical perspectives. By now, these developments blend into what could aptly be called „historical research on politics“/“a new history of politics“, a growing and innovative field in the humanities. The International Graduate School played a crucial role in establishing this field; a potential second period will be devoted to further develop and promote it. In order to do so, we will intensify our investigation into the political relevance of ideas and, on a more general level, continue to address the role of politics in history more broadly. Also, our methodological debates concerning the relationship between language and reality will be continued. Both areas in fact are closely intertwined. While some debates could be pushed to a new level in the first funding period, the significance of other issues became obvious only gradually and over time. A particularly striking example for this is our growing concern with the linguistic aspects of all political action/activity. In order to address these new questions we will invite several other disciplines to contribute to our debate, including experts in the fields of political sciences, linguistics and philosophy.

1.5 Antragszeitraum

01.04.2009 bis 30.09.2013.

1.6 Angestrebte Zahl der Doktoranden-, Postdoktoranden- und Qualifizierungsstipendien

Es handelt sich hier um ein Internationales Graduiertenkolleg; von Seiten der beteiligten ausländischen Universitäten werden (siehe Zusagen) insgesamt 7 Doktorandenstipendien zur Verfügung gestellt (3 aus Trient, 2 aus Innsbruck, 1 aus Bologna, 1 aus Pavia); für die deutsche Seite werden 12 Doktoranden- und zwei Postdoktorandenstipendien beantragt.

2 Profil des Graduiertenkollegs

1. Die Thematik des IGK ist eingebunden in eine inzwischen breit geführte Debatte darüber, welchen Stellenwert eine Ideengeschichte des Politischen in Europa hat, welche methodischen Veränderungen damit gegenüber der traditionellen politischen Geschichte des ausgehenden 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verbunden sind. Diese Fragestellung ist für das

IGK in zweifacher Weise konstitutiv: *einerseits* ist das Verhältnis von Sprache und historischen Institutionen im Sinne des Zusammenhanges von epistemischen und empirischen Fragen von Bedeutung, *andererseits* das Verhältnis von Ideen und politischer Herrschaft. Beide Problemkreise sind im Verhältnis des Allgemeinen zum Besonderen aufeinander bezogen. Sofern Sprache Wirklichkeit formt, wenn nicht gar konstituiert, lässt sich diese Beziehung am Wechselverhältnis von Ideen, Werten, Normen und politischer Herrschaft konkretisieren.

In der ersten Förderphase wurde diese Beziehung mit dem Begriff der *politischen Sprache*, *der politischen Kommunikation* beschrieben, wobei die Auffassungen darüber, was als Kommunikation, als politische Sprache verstanden werden sollte, unter den beteiligten Wissenschaftlern als Experten für verschiedene historische Epochen intensiv diskutiert wurde. (Siehe dazu auch den Ergebnisbericht). Angesichts der Fülle der Detailuntersuchungen, die im IGK erstellt wurden, war dies notwendig und sachlich wie methodisch weiterführend. Erst mit Hilfe des gemeinsamen Fragerasters konnten vergleichbare Fallstudien aus allen beteiligten Epochen konzipiert und bearbeitet werden. Deren **vergleichende** Untersuchung mit dem Ziel, die *Kategorien* zu schärfen, mit deren Hilfe politische Sprachen identifiziert und charakterisiert werden können, ist Aufgabe der zweiten Förderphase. Dabei kommt der neuen Stipendiatengeneration eine wichtige Kontrollfunktion zu. In Anknüpfung an die Ergebnisse der ersten Förderphase werden sie im Rahmen ihrer eigenen Studien die Tragfähigkeit der inzwischen formulierten Kriterien prüfen, korrigieren, ergänzen oder streichen müssen.

2. Diese Forschungen sind *international sichtbar*. Das ist einerseits die logische Folge aus der Organisationsstruktur des Kollegs als internationales Graduiertenkolleg; die hier beteiligten Wissenschaftler und Stipendiaten sind durch ihre wechselseitige Einbindung in drei nationale Wissenschaftskulturen europaweit vernetzt, an den beteiligten Universitäten wirkte das IGK profilbildend bzw. schärfend. Die Klausurtagungen des Kollegs haben Anregungen von außen integriert und ihrerseits auf die Forschung ausgestrahlt; einige erste Publikationen aus dem IGK haben das Ihrige dazu beigetragen.¹ Andererseits sind die Forschungen international sichtbar, weil sie Teil jenes neuen ideen- und geistesgeschichtlichen Forschungsansatzes sind, dessen Tragfähigkeit im Arbeits- und Ergebnisbericht erläutert wurde, der seinerseits auf den methodischen Grundüberlegungen des Einrichtungsantrages beruht. Zusätzlich zu der oben

¹ Siehe dazu Luise Schorn-Schütte, *Historische Politikforschung*, München 2006; G. Corni, A. De Benedictis, B. Mazohl-Wallnig, L. Schorn-Schütte (Hg.), *Studien zur politischen Kommunikation 1: Die Sprache des Politischen in actu*, Göttingen, (im Druck); C. Antenhofer, M. Müller (Hg.), *Studien zur politischen Kommunikation 2: Briefe in politischer Kommunikation. Vom alten Orient bis ins 20. Jahrhundert*, Göttingen, (im Druck); C. Antenhofer, L. Regazzoni, A. von Schlachta (Hg.), *Studien zur politischen Kommunikation 3: Rhetorik von Konflikten – Rhetorik von Krieg und Frieden*, Göttingen, (im Druck).

beschriebenen Konzentration auf die Kriterien für die Bewertung von politischen Sprachen, soll in der kommenden Förderphase der Gewalt rhetorik in allen Epochen Aufmerksamkeit gewidmet werden, d.h. der Rolle, die kriegerische Auseinandersetzungen für die Entfaltung und Ausbildung politischer Sprachen und auf die Umwertung der Semantiken hatten. Dieses Forschungsfeld ist wiederum Teil der historischen Semantik, mit deren Hilfe der Bedeutungswandel sprachlicher Ausdrücke bzw. Begriffe im Blick auf den Wandel der Legitimation politischer Herrschaft untersucht werden soll.

Zur Ausdehnung der sprachlichen Analyse auf rhetorische Formeln, alte Topoi, Darstellungsformen des Wissens und Meistererzählungen gesellt sich erneut die **Forschungsthese**: Bedeutungsänderungen und –abweichungen können nicht nur als Zeichen für Legitimationswandel im politischen Raum interpretiert werden, sondern sie müssen darüber hinaus auch an ihrem Ausgang – Erfolg bzw. Mißerfolg – für das politische Handeln gemessen werden. In den Diskussionen auf den Klausurtagungen des IGK sind wichtige Schritte zur Umsetzung dieser thematischen Konzentration bereits getan worden. Eine wichtige Konsequenz daraus für die Fortsetzungsphase ist deshalb, die Debatte um die Legitimation politischer Herrschaft dadurch zu vertiefen, dass die Auswirkungen, die gewaltsam ausgetragene Konflikte für die Semantik der Begriffe im Wandel der politischen Kommunikation hatten, in die Analyse mit einbezogen werden.

3. Da die Zusammenarbeit mit den historisch arbeitenden Politologen, mit Historikern des 19. Jahrhunderts und mit Geographen für die skizzierte thematische Arbeit sinnvoll und weiterführend ist, wurde die *Gruppe der antragstellenden Hochschullehrer entsprechend ergänzt*.

Prof. Dr. Andreas Fahrmeir, Neuere Geschichte, Frankfurt/Main

Prof. Dr. Glauco Cantarella, Mittelalter, Universität Bologna

Prof. Dr. Maurizio Giangiulio, Alte Geschichte, Universität Trient

Prof. Dr. Giuseppe Albertoni, Geschichte des Mittelalters, Universität Trient

Prof. Dr. Marica Milanesi, Geographie, Universität Pavia

Um die Kompetenz weiterer Kollegen in die Betreuung der Stipendiaten vor Ort einbinden zu können, wird eine „**Gruppe von assoziierten Hochschullehrern**“ gebildet, zu der u.a. Altphilologen, Sprachphilosophen und Zeithistoriker gehören. Dadurch ist sichergestellt, dass die Stipendiaten an allen beteiligten Universitäten in allen Teildisziplinen kompetent und zielgerichtet betreut werden. Zu dieser Gruppe der assoziierten Professoren gehören:

in Bologna:

- Prof. Dr. Patrizia Dogliani, Neuere Geschichte
- Prof. Dr. Barnaba Maj, Philosophie
- Prof. Dr. Carla Salvaterra, Römische Geschichte
- Prof. Dr. Raffaella Sarti, Zeitgeschichte

in Innsbruck:

- Prof. Dr. Günther Pallaver, Politikwissenschaften
- Prof. Dr. Gunda Barth-Scalmani, Österreichische Geschichte

in Pavia:

- Prof. Dr. Elisa Romano, Geschichte der klassischen Philologie und Tradition
- Prof. Dr. Delfino Ambaglio, Griechische Geschichte

4. Der inhaltlichen Konzentration entspricht die Straffung des *Studienprogramms*. Vorgesehen ist, neben den Klausurtagungen, die jährlich für alle Stipendiaten und Hochschullehrer verbindlich sind, kleinere Arbeitstagungen nur für die Stipendiaten zu organisieren, die diese selbständig gestalten, um u.a. die skizzierte Frage nach der Schärfung der Kriterien für die Bewertung politischer Sprachen zu diskutieren. Damit wird einerseits die wissenschaftliche Eigenständigkeit der Stipendiaten gefördert, andererseits ihre intellektuelle Argumentationsweise geschult (hierher gehören spezielle Trainingsprogramme), die sie in der Debatte mit anderen Wissenschaftlern selbstständig werden lassen.

Die Stipendiatentagungen sind ein neues Element in der Kollegiatenbetreuung auch deshalb, weil die wissenschaftliche Koordinatorin und die Postdoktoranden deren Planung und Durchführung selbstverantwortlich übernehmen werden. Auf diese Weise werden die verschiedenen Gruppen des Nachwuchses im Kolleg enger miteinander verzahnt, die Einzelbetreuung intensiviert.

Klausurtagungen	Stipendiatentagungen	Workshops vor Ort
Leitung: Sprecher	Leitung: Wiss. Koordinator und Postdocs	Leitung: Stipendiaten/Professoren

Wie im Arbeits- und Ergebnisbericht bereits festgehalten, hat die Einrichtung des IGK in allen beteiligten Universitäten die Organisation des Doktorandenstudiums nachhaltig beeinflusst. Diese inhaltlich begründeten Prägungen, die jenseits rein organisatorischer, häufig modischer Maßnahmen als ernsthaft strukturierend anerkannt sind, sollen durch die Stärkung der Eigenständigkeit der Stipendiaten, durch die weitere Verzahnung der Inhalte des Studienprogramms zwischen allen Universitätsstandorten (zu Einzelheiten siehe unten) und durch Intensivierung der Einzelbetreuung in Gestalt einer an allen Standorten gleichmäßig ausgewogenen Einbindung von Fachkompetenz verstärkt und verstetigt werden.

3 Forschungsprogramm

3.1 Zentraler Forschungsansatz

Im Arbeits- und Ergebnisbericht wurde die Tragfähigkeit der übergreifenden Forschungsthematik des Internationalen Graduiertenkollegs festgestellt. Ihr *Anliegen* besteht darin, unter Einbeziehung der Verfahren der historischen Semantik, der historischen Anthropologie und der historisch arbeitenden politischen Theorieforschung die Erkenntnisstandards der Sozial- und die Traditionen der Ideengeschichtsschreibung zu einem eigenständigen Forschungsfeld zu verbinden, in dem das Wechselverhältnis von Sprache und politischer Wahrnehmungsmöglichkeit stärkere Berücksichtigung erfährt als dies in der Vergangenheit der Fall war. Die für diese Problematik diskutierten Theoriemodelle (Cambridge School, Systemtheorie, Begriffsgeschichte, Diskursanalyse)² wurden im Einrichtungsantrag einander gegenübergestellt und in einem konkreten Forschungsprogramm zusammengeführt: Wenn Sprache und politische Wahrnehmungsmöglichkeit miteinander in Beziehung stehen, so läßt sich diese an der Wechselwirkung von Ideen/Normen/Werthaltungen und politischer Herrschaft schärfer verfolgen; diese Beziehung wird greifbar in Gestalt der *Kommunikation über das Politische*, in Gestalt von *politischen Sprachen* der Zeitgenossen.

Diese weiterhin **sehr tragfähige und ertragreiche Grundthese** für die Arbeit des IGK hat *methodische Konsequenzen*, die in den Debatten der ersten Förderphase das Interesse der Stipendiaten und der beteiligten Wissenschaftler in Anspruch nahm.

Zum ersten blieb die bereits im Einrichtungsantrag unentschiedene Frage in der Diskussion, ob Sprache historische Institutionen begründet oder lediglich beschreibt. Dies erkenntnistheoretische Problem historischer Forschung soll im Rahmen des Kollegs ausdrücklich als Forschungsfrage weitergeführt werden, in deren Erörterung die Stipendiaten

² Vgl. die umfassende Skizze im Einrichtungsantrag.

eingeführt und beteiligt werden. Die konkrete Arbeit an der Forschungsthese ist, so hat sich gezeigt, gerade angesichts einer offenen Methodendebatte, also ohne ausdrückliche Festlegung für oder wider eines der Theoriemodelle sinnvoll und innovativ. Sie trägt bei zur epochenübergreifenden und übernationalen Zusammenarbeit, die über ein bloßes Nebeneinander der Fallstudien deutlich hinausführt. Da alle am Kolleg Beteiligten nicht beliebige, sondern solche sprachlichen Äußerungen untersuchen, die auf einem Fundament bestimmter Normen beruhen, konnte die darüber geführte Kommunikation von allen Wissenschaftlern als Verständigung der Zeitgenossen über ihre politische Wirklichkeit identifiziert werden, die sich als „politische Sprachen“ bezeichnen lassen. Im Mittelpunkt des Interesses steht nicht „das“ Politische per se³, sondern jeweils die Analyse eines zeitlich und räumlich bestimmten normativen Kontextes, der die pragmatischen Bedingungen für die Entfaltung des politischen Diskurses bereitstellt. Das Interesse der Forscher, die das IGK tragen, gilt – für die konkrete kommunikative Situation – dem Spannungsfeld zwischen politischer Sprache und der sie prägenden bzw. durch sie geprägten politischen Wirklichkeit. In diesem Spannungsfeld existiert das politische Vokabular; nach diesem Bedürfnis wird es geformt oder verändert, es paßt sich an oder löst sich vom vorhandenen normativen Kontext, auf den es seinerseits wirkt. Weil sich die Arbeit des IGK nicht auf die Bestimmung „des“ Politischen per se konzentriert, unterscheidet sich dessen Konzept von der Arbeit des SFB in Bielefeld.⁴ In ihrer je spezifischen Arbeitsweise ergänzen sich beide Forschungsverbände allerdings sehr sinnvoll.

Die Debatten konzentrierten sich weiter auf die Tragfähigkeit der Trennung von sprachlicher und nichtsprachlicher Kommunikation, im Einrichtungsantrag wurde dies ausdrücklich als methodischer Ansatz auch im Unterschied zum Münsteraner SFB betont. In der Arbeit des IGK ist sichtbar geworden, dass eine strikte Trennung von verbaler und nichtverbaler Kommunikation weder der historischen Wirklichkeit gerecht wird noch der Definition von Sprache, die im weitesten Sinne als System von Zeichen schriftlicher, mündlicher und symbolisch- visueller Art zu verstehen ist (Siehe auch Ergebnisbericht). Allerdings vermittelt weder die ausschließliche Konzentration auf das Symbolische noch auf sprachliche Texte

³ Von dessen Existenz ging die Forschung des 19. und 20. Jahrhunderts ganz besonders aber die Arbeiten um C. Schmitt aus.

⁴ Auch dort wird nicht nach dem einen richtigen Begriff des Politischen gesucht, sondern nach „Bedeutungen und Funktionen des Politikvokabulars“, die im zeitgenössischen Verständnis zum Kommunikationsraum des Politischen hinzugehören, siehe dazu W. Steinmetz, Neue Wege einer historischen Semantik des Politischen, in: ders. (Hg.), Politik. Situationen eines Wortgebrauchs im Europa der Neuzeit, Frankfurt/M. 2007, S. 9–40, hier bes. S. 15.

eindeutige Aussagen, stets ist Kontextualisierung unverzichtbar.⁵ Zudem ist die Problematik des Verhältnisses von zeichenhaften und symbolischen Texten noch keineswegs gelöst, die Textualität von Geschichte bleibt eine weiterhin zentrale Aufgabe der Forschung.⁶ In dieser Richtung sieht das IGK deshalb seinen eigenständigen Beitrag zur aktuellen wissenschaftlichen Diskussion.⁷ Beide Aspekte müssen moderiert zusammen gefügt werden; darüber hinaus hat gerade das Internationale Graduiertenkolleg die ernst zu nehmende Aufgabe, die jeweils eigenen nationalen Sichtweisen im theoretischen Diskurs der internationalen Geschichtsforschung zu integrieren.

Zum zweiten ist anerkannt, dass Normen und Wertungen nicht von außen an eine als existierend beschriebene Realität angelegt werden können. An diesem Punkt erwies und erweist es sich als notwendig, die begriffsgeschichtliche Forschung (im Sinne Kosellecks u.a.) zu reflektieren und um theoretische Überlegungen weiterer Ansätze wie etwa des Kommunikationsbegriffes der Luhmannschule und der Ergebnisse der Diskurs- und Sprachtheorien, wie sie auch in der Cambridge School verarbeitet wurden, zu ergänzen; es ist notwendig, die Begriffe, die die Historiker verwenden, neuerlich zu überdenken. Hier konnte an die ausführlichen Überlegungen des Einrichtungsantrages angeknüpft werden. Geht man u.a. mit der Cambridge School davon aus, dass die Analyse sprachlicher Konventionen für die Beurteilung der Wirkmächtigkeit von Texten/Autoren entscheidend ist, dann ist es methodisch zwingend, die zeitgenössische Erfahrungswelt des Autors ausschließlich anhand des zeitgenössischen Bedeutungsfeldes von Begriffen zu erschließen. Die Verfahrensweisen der historischen Semantik sind hier unverzichtbares Instrument. Das bedeutet, dass die begriffsgeschichtliche Arbeitsweise um eine Reflexion der zeitgenössischen Bedeutung der als prägend postulierten semantischen Begriffsgefüge und der ihnen zugehörigen Vorstellungen über Wirklichkeit zu ergänzen ist. Eben dies kann die Analyse der *Sprachstrategien* der politischen Akteure leisten.

Die Arbeit im Internationalen Graduiertenkolleg hat von dieser methodisch strikten, vergleichenden Analyse der Leistungsfähigkeit der verschiedenen Theoriemodelle politischer Kommunikation sehr profitiert. Sowohl in den Dissertationen als auch in angelagerten Forschungsprojekten konnten Fortschritte bei der Identifikation der zeitgenössischen Semantiken in der Politischen Kommunikation erzielt werden. Ein Fundus von verschiedenen

⁵ Siehe u.a. zum Symbolbegriff ausführlich G. Göhler, Der Zusammenhang von Institution, Macht und Repräsentation, in: ders. u.a. (Hg.), Institution – Macht – Repräsentation, Baden-Baden 1997, S. 11–62, hier S. 29.

⁶ So auch sehr klar B. Kellner, Spiel mit gelehrtem Wissen. Fischarts ‚Geschichtsklitterung‘ und Rabelais ‚Gargantua‘, in: J.-D. Müller (Hg.), Text und Kontext. Fallstudien und theoretische Begründungen einer kulturwissenschaftlich angeleiteten Mediävistik, München 2007, S. 219–244, hier S. 220/221.

⁷ Darin besteht weiterhin der Unterschied zum SFB in Münster.

Vorschlägen zur Bestimmung der Kriterien dieser politischen Sprachen ist inzwischen angesammelt worden, der in der nächsten Förderphase systematisiert, ergänzt, korrigiert werden muß. Ein erstes, wichtiges Ergebnis stellt die bereits in verschiedenen Dissertationen unternommene Untersuchung der *Strategien* dar, die in den „politischen Sprachen“ der einzelnen Arbeitsfelder identifiziert werden konnten. Zur Ergänzung der methodischen Ansätze, mit denen die Begriffsgeschichte und die historische Semantik arbeiten, soll in der kommenden Förderphase sowohl dem kommunikativen Kontext, der Rhetorik des Diskurses, der „Optimierung“ der verwendeten Darstellungsformen und den kommunikativen Netzwerken größere Aufmerksamkeit gewidmet werden; das gleiche gilt für die *Wirkung*, die die politische Kommunikation hatte, was u.a. mit Hilfe ihres Erfolges oder Mißerfolges bei ihren Rezipienten gemessen werden kann. Von dieser sprachtheoretischen Basis ausgehend erweist es sich darüber hinaus als sinnvoll, die Untersuchung des Verhältnisses zwischen Idee/Norm und politischer Herrschaft zu erweitern um die Analyse dessen, was als Gewalt rhetorik, als Semantik der „Kriegssprache“ beschrieben werden kann. Das Phänomen ist in allen Epochen gleichermaßen vorhanden, Gewaltlösungen beeinflussen die politischen Sprachen der Zeitgenossen über die Legitimation von Herrschaft nachweislich. In den Klausurtagungen des Kollegs – und insbesondere in der Innsbrucker Klausurtagung, die dem Thema „Rhetorik von Konflikten – Rhetorik von Krieg und Frieden“ gewidmet wurde – wurden diese Feststellungen intensiv diskutiert, auf den Vorarbeiten soll in der neuen Förderphase aufgebaut werden, ein Unterfeld im Forschungsfeld 1, an dem alle Hochschullehrer beteiligt sein werden, widmet sich dieser Aufgabe in der Zusammenarbeit mit der neuen Stipendiatengeneration.

3.2 Stand der Forschung

Die Forschungen zur historischen Semantik des Politischen, zur Beschreibung politischer Sprachen als Feld einer neuen Ideengeschichtsschreibung sind seit der Einrichtung des IGK im Oktober 2004 intensiv vorangetrieben worden; das IGK selbst hat diese Debatten mit ersten Ergebnissen (Dissertationen, Monographien und Sammelbänden) wesentlich mitgestaltet.⁸ Im Einrichtungsantrag wurden die verschiedenen Konzepte, die im Blick auf die

⁸ Christoph Michels, Zum „Philhellenismus“ der Könige von Bithynien, Pontos und Kappadokien. Die kulturelle Transformation dreier hellenistischer Königreiche und die Politik ihrer Herrscher, Dissertationsschrift, Göttingen 2008 (im Druck); Mario Müller, Wege zu Eintracht und Partnerschaft. Brandenburg, Sachsen, Ungarn und Böhmen im Glogauer Erbfolgestreit 1476-82 (im Manuskript abgeschlossen); Christian Bechtold, Apotheose und Katasterismos in der Politischen Kommunikation der römischen Kaiserzeit; Eva Maria Werner, Die Märzministerien der Revolutionen von 1848/49 in den Staaten des Deutschen Bundes, (im Manuskript abgeschlossen), Barbara Lubich, Das sozialistische Menschenbild in Bewegung – Studien zu Tanz und Performance in der DDR 1960–1990. Zudem Luise Schorn-Schütte, Historische Politikforschung, München 2006 und die ersten beiden Sammelbände der IGK Reihe wie Anm. 1.

Fragestellung des IGK nach den Kriterien und Strukturen der politischen Kommunikation in der Geschichte als tragfähig erschienen (Systemtheorie, Diskurstheorie, Begriffsgeschichtsschreibung, Cambridge School), gegeneinander abgewogen. Der inzwischen erreichte Forschungsstand zeigt, dass sich etliche Differenzen zwischen den unterschiedlichen Konzepten in der konkreten Forschung abgeschliffen haben, dass methodische Gegensätze aufgelöst und/oder zusammengeführt werden können.⁹ Insbesondere gilt dies für verschiedene nationale Konzeptionen zur historischen Semantik und zur Begriffsgeschichtsschreibung. Da die Arbeit des IGK von dieser Vielfalt der nationalen Blickrichtungen getragen wird und sie zugleich zu integrieren beabsichtigt, ist es von großer Bedeutung, die entsprechenden Debatten im italienisch- und deutschsprachigen Raum zusammen zu binden.¹⁰

In diesem Sinne lassen sich vier forschungsrelevante Themenblöcke benennen:

1. Die Rolle der Cambridge School. Die Kritik an der Cambridge School ist bekannt, auch im IGK wurde sie intensiv rezipiert. Für diese Debatten ist ein soeben erschienener Sammelband von Kritikern und Verteidigern der Cambridge School weiterführend, der aus Anlaß des 30. Jahrestages des Erscheinens des Skinner Buches „The Foundations of modern political Thought“ vorgelegt wurde. Die Autoren der Beiträge betrachten die Tragfähigkeit des Forschungsansatzes der Cambridge School vor dem Hintergrund ihrer eigenen Entstehungsgeschichte, ihres eigenen Kontextes gewissermaßen.¹¹ Sowohl in methodischer als auch in sachlicher Hinsicht wird mehrheitlich bestätigt, was auch die Debatten im IGK haben sichtbar werden lassen: die sprach- und diskurstheoretischen Reflexionen der Cambridge

⁹ Siehe dazu u.a. Schorn-Schütte, ebd. mit knappen Erläuterungen dazu; dort auch weitere Literatur.

¹⁰ Aus der Arbeit im IGK sind etliche Anregungen in die Forschungen der beteiligten Hochschullehrer eingeflossen, sie sind Teil des gegenwärtig erreichten Forschungsstandes. Zu verweisen ist auf L. Schorn-Schütte, *Historische Politikforschung*, München 2006; H. Leppin, *Einführung in die Alte Geschichte*, München 2005; B. Mazohl-Wallnig, *Zeitenwende 1806. Das Heilige Römische Reich und die Geburt des modernen Europa*, Wien/Köln/Weimar 2005; A. De Benedictis, *Una guerra d'Italia, una resistenza di popolo*. Bologna 1506, Bologna 2004; G. Corni (Hg.), *Storia e memoria. La seconda guerra mondiale nella costruzione della memoria europea*: Museo Storico di Trento, 2007; A. Fahrmeir, *Citizenship: The Rise and Fall of a Modern Concept*, New Haven/London 2007; D. Rando, *Dai margini alla memoria. Johannes Hinderbach (1418-1486)*, Bologna 2003, dt. Übersetzung: Johannes Hinderbach (1418-1486). Eine (Selbst)-Biografie, Berlin 2008; Mazzolini R., Bucchi M., *La scienza nella stampa quotidiana: il caso del "Corriere della Sera", 1946-1997*. In: *La scienza negoziata. Scienze biomediche nello spazio pubblico*, hrsg. von Guizzardi G., Bologna 2002. S. 47-72, engl. Übersetzung: *Big science, little news: Science coverage in the Italian daily press, 1946-1997*, in: *Journalism, Science and Society: Science Communication between News and Public Relations*, hrsg. von Bauer M., Bucchi M., London 2007, S. 53-70; B. Maj, *Il volto e l'allegoria della storia. L'angolo d'inclinazione del creaturale*, Macerata 2007; L. Regazzoni, *Die ethische Sackgasse des Erzählens. Selektion als ästhetische Sanktion des geschichtlichen Gedächtnisses*, München (im Druck).

¹¹ A. Brett/J. Tully/H. Hamilton-Bleakley (Ed.), *Rethinking the Foundations of Modern Political Thought*, Cambridge 2007.

School sind als Zusammenschau von Theorien der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts inzwischen breit rezipiert, für das, was als historische Semantik charakterisiert wird, sind sie anschlussfähig.¹² Auch in sachlicher Hinsicht wirken die Arbeiten, die sich der Cambridge School verpflichtet fühlen, weiterhin innovativ, sie haben den Blick für die Bedeutung des Politischen in der Geschichte geschärft.¹³ Das gilt vor allem für das Instrument der „Politischen Sprache“, das bestimmte Kommunikationsräume in ihrer zeitgenössischen Bedeutung für Legitimationsdebatten von Herrschaft erst haben sichtbar werden lassen. Als nur ein Beispiel sei hier auf den Aufsatz von M. van Gelderen verwiesen, der in einem konzisen Überblick die Anregungen der political-language-Forschung für die gesamteuropäische Debatte über Not- und Gegenwehr im 16./17. Jahrhundert herausgearbeitet hat.¹⁴ An diesem Ergebnis der Selbstreflexion der Cambridge School kann die Arbeit des IGK sinnvoll anknüpfen, finden doch die Forschungsdebatten der letzten dreieinhalb Jahre hierin eine Bestätigung.

Die Annahme eines identifizierbaren politischen Vokabulars, dessen politische Wirkung sichtbar gemacht werden kann, hat forschungspraktisches Gewicht; in diesem Sinne ist die Berücksichtigung der Cambridge School forschungsrelevant. Das zeigt sich weiter in verschiedenen Forschungsergebnissen aus den letzten beiden Jahren, die das Konzept der politischen Sprachen pragmatisch zur Untersuchung politischer Ordnungen in Antike und Frühneuzeit eingesetzt haben. Unter der gemeinsamen Frage nach der Funktion der „Bibel als politischem Argument“¹⁵ werden Tragfähigkeit und praktischer Nutzen des Konzepts für die Verzahnung von vormodernen europäischen Argumentationsmustern dokumentiert. Handlungsabsichten, die sich im Gebrauch sprachlicher Konventionen identifizieren lassen, werden unter verschiedenen inhaltlichen und chronologischen Perspektiven vorgeführt. Für die Arbeit des IGK ist die inhaltliche Verzahnung von antiken, mittelalterlichen und frühneuzeitlichen „Sprachstrategien“ einerseits beispielgebend; andererseits werden auch die thematischen Lücken und offenen Fragen deutlich. Denn einige der (frühneuzeitlichen) Beiträge arbeiten auf schon bekannten Feldern, ohne die Chancen der Erweiterung der Blickrichtungen zu erkennen. So werden weder die für die Arbeit des IGK als wichtig charakterisierten Sprachstrategien noch die Erfolge und/oder Mißerfolge der politischen Kommunikation thematisiert. Das ist kein Beweis für fehlende Qualität der hier zitierten Forschungen; es wird vielmehr deutlich, dass das Potential der Erforschung politischer

¹² Siehe dazu H. Hamilton-Bleakley, *Linguistic Philosophy and the Foundations*, in: ebd., S. 20–36.

¹³ Dazu M. Goldie, *The context of the Foundations*, in: ebd., S. 3–19.

¹⁴ M. van Gelderen, *„So meerly humane“: theories of resistance in early-modern Europe*, in: ebd., S. 149–170.

¹⁵ A. Pecar/K. Trampedach (Hgg.), *Die Bibel als politisches Argument. Voraussetzungen und Folgen biblizistischer Herrschaftslegitimation in der Vormoderne*, München 2007.

Sprachen keineswegs ausgeschöpft ist. Hier liegt die Aufgabe der Arbeit im Internationalen Graduiertenkolleg für die kommenden Jahre.

2. Forschungen zum Begriff des Politischen. Das IGK wendet sich der politischen Kommunikation zu, deshalb ist es von Belang die gegenwärtigen Forschungen zum Begriff des Politischen und zur historischen Semantik des Politischen zu berücksichtigen. Schon im Einrichtungsantrag wurde auf die Arbeiten des Bielefelder Forschungsverbundes (SFB) hingewiesen, der sich diesem Gegenstand seit einigen Jahren widmet. In einer soeben vom Sprecher des SFB herausgegebenen Publikation wird das Forschungskonzept in seinen ersten Ergebnissen vorgestellt. Bezeichnender Weise wird der Ertrag zusammengefaßt als „Situationen eines Wortgebrauchs im Europa der Neuzeit“.¹⁶ Der Unterschied zum Ansatz des Internationalen Graduiertenkolleg ist offensichtlich: Geht es im SFB um die je zeitgenössische Verwendung des Politikbegriffes unter dem Aspekt, dass „der Kommunikationsraum des Politischen zu keiner Zeit in dem aufging, was in den jeweiligen historischen Situationen als ‚politisch‘ oder zur ‚Politik‘ gehörig bezeichnet wurde“(S. 15), wendet sich das IGK den Sprachstrategien im Einzelkonflikt, dem politischen Vokabular zu, das in Konflikten vor Ort zur Legitimation politischer Ordnungen eingesetzt wurde. Die Fragestellung des IGK ist auf die konkreten Konflikte bezogen, sehr viel Situationsbezogener formuliert. Beide Fragerichtungen schließen sich natürlich nicht aus, sie ergänzen sich vielmehr. Historische Semantik des Politischen ist eine Forschungsstrategie, die vielfältige Zielsetzungen zuläßt, ja geradezu erfordert.

Dass die in dem Sammelband vorgestellten Ergebnisse auch Fragen offen lassen, ist nicht verwunderlich. Und auch hier geht es nicht um ein Qualitätsurteil über den Forschungsertrag! Insbesondere der in dem Aufsatzband skizzierte „Aufriß der historischen Semantik“ zum Politikbegriff, den J. Leonhard vorstellt¹⁷, zeigt den Ertrag des Verfahrens einerseits, die offenen Forschungsfelder andererseits, auf die u.a. das IGK mit seiner Fragestellung zielt. Während Leonhard sich auf die bekannte Skizze konzentriert, wonach der Politikbegriff aufgrund englischer und französischer Debatten immer weiter differenziert und individualisiert worden sei, geht es in der Zielsetzung des IGK darum, das Vokabular in zeitgenössischen Konflikten zu erschließen. Und das bedeutet u.a. für die Mehrzahl der

¹⁶ W. Steinmetz, Neue Wege einer historischen Semantik des Politischen, in: ders. (Hg.), Politik. Situationen eines Wortgebrauchs im Europa der Neuzeit, Frankfurt/M. 2007, S. 9–40. –Als Band 1 der Reihe des SFB erschien 2005 U. Frevert /H.-G. Haupt (Hg.), Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt/M. Die Einleitung von U. Frevert ist im Vergleich zu dem Entwurf, den Steinmetz formuliert, noch sehr allgemein geblieben.

¹⁷ J. Leonhard, Politik – ein symptomatischer Aufriss der historischen Semantik im europäischen Vergleich, in: ebd., S. 75–133.

Debatten des 17. und frühen 18. Jahrhunderts, dass Innovation nicht in der Abkehr von Traditionen, sondern geradezu in deren zweckorientierter Wiederbelebung gesehen werden muß. Politische Kommunikation über Herrschaftslegitimation geht nicht im Nachweis wachsender Individualisierung auf. Gerade dieses Beispiel zeigt, wie wichtig die Kooperation verschiedener Blickrichtungen der Forschungen zur Kommunikation über das Politische ist.

3. Rezeptionen und/oder Diffusionen politischer Sprachen. Für das Forschungsfeld des IGK ist es von großer Bedeutung, die Wege und Vermittlungsmodi zu kennen und zu beschreiben, die die politischen Sprachen genommen haben. Damit ist die Frage nach den Rezeptionsmustern politischer Wissensbestände gestellt, die zu ergänzen ist um die Frage, ob es auch parallele Wissensbestände gegeben hat, so dass Rezeptionen nicht notwendig stattgefunden haben müssen. In der gegenwärtigen Frühneuzeitforschung wird diese Frage intensiv diskutiert; gerade italienische Wissenschaftler wie D. Quaglioni, P. Schiera und jüngst der italienische Philosoph M. Scattola haben sich in verschiedenen Publikationen mit der Ordnung von Wissensbeständen und deren Vermittlung befaßt.¹⁸ Auch ihre Arbeiten beruhen auf der Annahme von politischen Sprachen, die in den verschiedenen europäischen Regionen unabhängig voneinander zeitgleich entstehen können, z.B. als parallele Wissensbestände in der politischen Kommunikation unter gelehrten Berufsgruppen (Theologen, Juristen); Rezeptionen wären dann ausgeschlossen. Diese Arbeiten müssen für die Forschungen des IGK ebenso fruchtbar gemacht werden wie die jungst wieder belebte Diskussion darüber, ob es so etwas wie zeitgenössische „Denkrahmen“ im Sinne Zeitbezogener Wissens- und Politikhorizonte gegeben habe¹⁹, durch die die politische Kommunikation vor Ort geprägt wurde. Mit diesen Arbeiten werden sehr neue, weiterführende Ansätze in die Debatte über die Tragfähigkeit des Konzepts der politischen Sprachen eingebunden, die einerseits der Beschäftigung mit italienischen, deutschen und französischen Wissensbeständen entstammen und andererseits neue Konzepte formulieren (u.a. Scattola). Natürlich bauen sie auf älteren Arbeiten auf, werden nun aber in der aktuellen

¹⁸ D. Quaglioni, *I limiti della sovranità. Il pensiero di Jean Bodin nella cultura politica e giuridica dell'età moderna*, Padua 1992; P. Schiera, *Specchi della politica. Disciplina, melancolia, socialità nell'Occidente moderno*, Bologna 1999; D. Quaglioni, *A une déesse inconnue. La conception pré-moderne de la justice*, Paris 2003; M. Scattola, *Dalla virtù alla scienza. La fondazione e la trasformazione della disciplina politica nell'età moderna*, Mailand 2003; ders., *Krieg des Wissens – Wissen des Krieges. Konflikt, Erfahrung und System der literarischen Gattungen am Beginn der Frühen Neuzeit*, Padua 2006; ders., *Teologia politica*, Bologna 2007.

¹⁹ So die Grundthese in dem anregenden Buch von C. Zwierlein, *Discorso und Lex. Dee. Die Entstehung neuer Denkrahmen im 16. Jahrhundert und die Wahrnehmung der französischen Religionskriege in Italien und Deutschland*, München 2007. Diese Problematik wurde in der älteren Forschung u.a. in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts in Italien durch V. de Caprariis, *Propaganda e pensiero politico in Francia durante le guerre di religione (1559–1572)*, Napoli 1959 behandelt, ist aber in der seinerzeitigen Forschung nicht rezipiert worden.

Debatte unter veränderten Rahmenbedingungen intensiv diskutiert, sie werden deshalb in den Arbeiten des IGK nachdrückliche Berücksichtigung finden müssen.

4. Die historische Politikforschung in Italien. Der Hinweis auf die italienischen Forschungen zur Ideen- und Wissensgeschichte als Form politischer Kommunikation zeigt, dass es etliche Berührungspunkte zwischen den Forschungen zum Konzept der politischen Kommunikation im deutsch- und italienischsprachigen Raum gibt, die jenseits der Traditionen des ausgehenden 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts anzusiedeln sind. Dies sind vor allem die Arbeiten zur Begriffs- und Politikgeschichtsschreibung, die u.a. auch in engem Austausch mit der deutschen Forschung vornehmlich in Trient, in Padua und in Bologna zur Bildung von Forschungszentren geführt haben. Seit dem Beginn der 80iger Jahre des 20. Jahrhunderts entfaltete sich unter den italienischen Neuzeithistorikern um das Italienisch-deutsche historische Institut in Trient eine Debatte über die Bedingungen und theoretischen Fundierungen der Politikgeschichtsschreibung²⁰, die in engem Austausch mit den Debatten in der deutschsprachigen Geschichtsforschung zur Relevanz einer neuen Politikgeschichtsschreibung, einer historischen Politikforschung stand. Auch in der italienischen Debatte ist die Frage zentral, wie der Zusammenhang zwischen Sprache und politischen Wahrnehmungsmöglichkeiten zu charakterisieren ist.²¹

Besonders intensiv hat sich an der Universität Padua eine Forschungsgruppe „Politische Begriffe“ auf die Begriffsgeschichtsschreibung, die Rekonstruktion politischer Begriffe der Neuzeit und die Analyse ihrer zeitgenössischen Krise konzentriert. Die italienische Forschung ist dabei sehr eigenständige Wege gegangen, die einerseits die Historische Semantik im Sinne

²⁰ Bahnbrechend war ein kleines Sammelwerk: C. Mozzarelli/P. Schiera (Hgg.), *Patriziati e aristocrazie nobiliari: ceti dominanti e organizzazione del potere nell'Italia centro-settentrionale dal XVI al XVIII secolo*. (=Sammelband zum Kolloquium, das in Trient vom 9.-10. Dezember 1977 stattfand), Trento 1978.

²¹ Einige Beispiele dazu in S. Lombardini, O. Raggio, A. Torre (Hgg.), *Conflitti locali e idiomi politici*, «Quaderni storici», n.s. 63, XXI, 1986; G. Gribaudo, *Conflitti, linguaggi e legittimazione*, «Quaderni storici», n.s. 94, XXXII, 1997; E. Artifoni – L.M. Pesante (Hgg.), «Quaderni storici», n.s. 102, XXXIV, 1999; M. Bellabarba, G. Schwerhoff - A. Zorzi (Hgg.), *Criminalità e giustizia in Germania e in Italia: pratiche giudiziarie e linguaggi giuridici tra tardo Medioevo ed età moderna*, Bologna, il Mulino – Berlin, Duncker & Humblot, 2001; C. Nubola – A. Würigler (Hgg.), *Suppliche e «gravamina». Politica, amministrazione, giustizia in Europa (secoli XIV-XVIII)*, Bologna, il Mulino, 2002; C. Nubola – A. Würigler (Hgg.), *Suppliche e «gravamina». Politica, amministrazione, giustizia in Europa (secoli XIV-XVIII)*, Bologna, il Mulino, 2002; C. Nubola – A. Würigler (Hgg.), *Operare la resistenza. Suppliche, gravamina e rivolte in Europa (secoli XV-XVIII) / Praxis des Widerstandes. Supplichen, Gravamina und Revolten in Europa (1400-1800)*, Bologna, il Mulino, 2006; G. Petti Balbi – G. Vitolo (Hgg.), *Linguaggi e pratiche del potere. Genova e il Regno di Napoli tra Medioevo ed età moderna*, Salerno, Laveglia, 2006; O. Niccoli, *Perdonare. Idee, pratiche, rituali in Italia tra Cinque e Seicento*, Roma-Bari, Laterza, 2007; A. Gamberini – G. Petralia (Hgg.), *Linguaggi politici nell'Italia del Rinascimento*, Viella, Roma, 2007. Ein Forschungsbeispiel, unter den zahlreichen vor Ort, in A. De Benedictis, *Repubblica per contratto. Bologna: una città europea nello Stato della Chiesa*, Bologna, il Mulino, 1995; A. De Benedictis, *Una guerra d'Italia, una resistenza di popolo. Bologna 1506*, Bologna, il Mulino, 2004. Eine Übersicht der Fragen auf europäischer Ebene in A. De Benedictis, *Politica, governo, istituzioni nell'Europa moderna*, Bologna, il Mulino, 2001.

der Begriffsgeschichtsschreibung um R. Koselleck rezipierte, andererseits auch Kritikpunkte der Cambridge School an der Begriffsgeschichtsschreibung integrierte. So lehnte G. Duso nachdrücklich die „Hypostasierung neuzeitlicher Begriffe“ ab, die der historischen Semantik im Sinne Kosellecks eigne²²; entsprechend kritisierte S. Chignola die übertriebene Kontinuität, die Kosellecks methodischer Ansatz für die Wahrnehmung von begrifflichem Wandel konstatierte.²³ Die Zusammenführung beider Konzeptionen, die sich, wie oben beschrieben, in der praktischen Forschung als praktikabel erwiesen hat, lehnt die Gruppe um Duso und Chignola aber nachdrücklich ab. Indem sie Kosellecks Ansatz radikalisiert, weist die Gruppe an der Universität Padua der philosophisch-politischen Reflexion dort eine besondere Rolle zu, wo sich der Wandel von Begriffen und Sprachordnungen am sichtbarsten identifizieren läßt.²⁴

Von einer anderen, eher sprachlich-pragmatischen Richtung ausgehend, sind in diesem Zusammenhang die Arbeit des Historikers de Caprariis über die Kriegsreligionen und seine Schriften zur Politik und Propaganda von besonderer Bedeutung gewesen; da sie aber, wie erwähnt, fast unberücksichtigt blieben, kann diese Traditionslinie für die konkreten Fragestellungen u.a. nach der Rolle von Krieg und Gewalt für die politische Kommunikation wieder belebt werden.²⁵

Für die Arbeit des IGK ist diese sehr eigenständige Entwicklung dessen, was als historische Semantik bezeichnet werden kann, methodisch von großem Gewicht; das Konzept und die Debatten müssen deshalb in die weitere Diskussion unter Stipendiaten und beteiligten Wissenschaftlern sehr viel stärker integriert werden als dies in der ersten Phase der Arbeiten möglich war, stand doch in den ersten vier Jahren die Beschäftigung mit den allgemeinen Theoriekonzepten im Vordergrund. Im internationalen Vergleich wird dadurch die häufig starke Konzentration auf die angelsächsische Forschung durch andere Perspektiven ergänzt und erweitert werden. Dies unterstützt das Grundanliegen des IGK nachhaltig. Ob sich dadurch die forschungspraktischen Erfolge, die der Einsatz des Konzepts der politischen Sprachen bereits gezeigt hat, verändern werden, ist eine legitimerweise offene Frage, für deren Klärung die kommende Förderphase genutzt werden soll.

²² G. Duso, *Dalla storia concettuale alla filosofia politica*, in: *Filosofia politica* XXI/2007, S. 65–84, hier S. 29.

²³ S. Chignola, *Storia dei concetti e storiografia del discorso politico*, in: *Filosofia politica* XI/1997, S. 99–122, hier S. 120.

²⁴ S. Chignola, *Aspetti della ricezione della Begriffsgeschichte in Italia*, in: Ebd. – G. Duso (Hgg.), *Sui concetti giuridici e politici della costituzione dell'Europa*, Milano, Franco Angeli, 2005, S. 65–100. hier. S. 90 u. 99.

²⁵ V. De Caprariis, *Propaganda e pensiero politico in Francia durante le guerre di religione (1559–1572)*, Napoli, ESI, 1959. De Caprariis kritisierte die Geschichtsschreibung des politischen Denkens, die sich nur „für die Spitzen“ interessiert (ebd. S. 37), die „Ideen aus den Ideen abstrakt ableiten möchte“ (ebd. S. 135). Der vorzeitige Tod des Autors (1961) verhinderte leider, dass seine innovative Forschungsthese rezipiert wurde. Zum Beweis dafür steht die später veröffentlichte Schriftensammlung, die zwischen 1985 und 1992 in vier Bänden erschien: Ebd., *Scritti*, 4 Bde, Messina, 1985–1992.

3.3 Einzelne Forschungsbereiche

Die Aufteilung der Forschungsfragen in zwei große Forschungsfelder, die dem Einrichtungsantrag bereits zugrunde lag, hat sich als äußerst ertragreich erwiesen, sie soll deshalb beibehalten werden. Als Folge personeller Veränderungen in der Gruppe der Hochschullehrer, die das IGK tragen und aufgrund der Erfahrungen mit der thematischen Ausrichtung der „ersten Generation“ der Stipendiaten ergeben sich innerhalb der Forschungsfelder Umstrukturierungen und Ergänzungen. Auf der Basis der engen und gut eingespielten Zusammenarbeit der im IGK zusammengeschlossenen Wissenschaftler aus verschiedenen nationalen Wissenskulturen soll die Betreuung der Stipendiaten weiterhin innerhalb der Epochenübergreifenden Forschungsfelder erfolgen.

Die Forschungsfelder sind:

*** Politische Kommunikation als Konflikt um Normen**

*** Vergangenheit als Argument in der politischen Kommunikation**

3.3.1 Politische Kommunikation als Konflikt um Normen

In jeder Epoche, durch jede historische Gruppe werden bestimmte Normen entwickelt, definiert und weiter getragen. Indem sich die jeweils Beteiligten darüber verständigen, diese gegen andere, gegen veränderte Zeitumstände oder schleichende Diffundierung zu verteidigen, entsteht politische Kommunikation über diese Normen. Innerhalb des ersten Forschungsfeldes sollen Spezifika solcher Normbegriffe mit Hilfe national, regional und chronologisch vergleichend angelegten Einzelstudien herausgearbeitet werden.

Die inhaltliche Verzahnung zwischen antiken und frühneuzeitlichen Normdiskursen ist in der Forschung wohl bekannt. Die Debatten über die Entstehung politischer Begriffe in Antike und Frühneuzeit erweisen sich für den hier skizzierten Forschungsansatz als zentral, denn sowohl der methodische Zugriff als auch die Rezeption der Ergebnisse zur antiken Begrifflichkeit (z.B. Demokratie als „Nebenprodukt“) haben sich in der Kooperation zwischen Historikern der antiken Welt und denjenigen der europäischen Frühneuzeit als sehr tragfähig und anregend erwiesen. Das gilt ebenso für den Vergleich zwischen antiker und frühneuzeitlicher Herrscherrepräsentation als Form der Herrschaftslegitimation sowie für die Untersuchung der Kommunikation über die Figur des Königs vom frühen Mittelalter bis in die Frühe Neuzeit. Entscheidend ist, wie bestimmte politische Rollen und deren normprägende Kraft seit der Spätantike über das Mittelalter bis in die Frühe Neuzeit hinein

kommuniziert wurden und welche Kommunikationsstrategien und Trägergruppen dabei eine Rolle gespielt haben. Als besonders ertragreich für die Kooperation zwischen althistorischer und Frühneuzeitforschung hat sich die Rezeption der antiken Begrifflichkeit für die Debatte um die Notwehr-Gegenwehrproblematik im europäischen 16./17. Jahrhundert erwiesen; ohne deren Bezug auf die antiken Vorbilder, die schon seit der Spätantike mit dem Traditionsgut des Alten und des Neuen Testaments verbunden waren, wäre sie gar nicht denkbar gewesen. Als Beispiel kann die Verzahnung des frühneuzeitlichen Diskurses um das Recht der *correctio principis* mit der Notwehrlegitimation dienen, die in der politischen Praxis zu differenzierten politischen Kommunikationsformen, Kommunikationsstrategien und zu regional sehr unterschiedlichen Lösungswegen führte. Sie ist allein vor dem Hintergrund der antiken politischen Kommunikation um die Herrschaftstypologie zu verstehen.

Kommunikationsstrategien sind nicht zuletzt sprachliche Formen der Vermittlung von Normen und Werten; der Einsatz sprachlicher Kunst- und Gestaltungsformen muß deshalb als Teil der politischen Kommunikation ernst genommen werden. Die jüngere mediävistische Forschung widmet sich in diesem Sinne der Kunst der Rhetorik. Es ist eine methodische und inhaltliche Weiterführung für die Fragestellungen des IGK, wenn diese Richtung der mediävistischen Arbeit in der Konzentration u.a. auf das Medium Brief im Verbund des IGK fest verankert wird. Dabei handelt es sich um eine Quellengattung, der in der ersten Förderphase des IGK bereits einige Untersuchungen gewidmet wurden, so dass an eigene Vorarbeiten angeknüpft werden kann.

Der Kenner der Geschichte Alteuropas weiß um die elementare Bedeutung, die das Modell des *oikos*, des „ganzen Hauses“ und in diesem des Elternpaares, d.h. des Hausvaters und der Hausmutter für den Diskurs um Herrschaft hatte; bis zum Ende des 18. Jahrhunderts war das Vierte Gebot die Norm, aus der sich elterliche und damit königliche Herrschaft legitimierte. Es ist offenkundig, dass deshalb die Sprache der Politik in Antike, Mittelalter und früher Neuzeit immer zugleich auch die Sprache der Geschlechter und der Geschlechterverbände war. Die Rolle, die das Haus/der *oikos* als Grundmuster für die Ordnung von Herrschaft spielte, kann kaum überschätzt werden. Als weitere Beispiele sind Formen der Übertragung von Herrschaft und Macht (u.a. im Erbrecht) zu nennen, deren Formalisierung Teil der zeitgenössischen politischen Sprachen gewesen ist. Die hier ansetzende Kooperation von Althistorikern, Mediävisten und Historikern der Frühen Neuzeit wird sich den religiös-ethischen und politisch-rechtlichen Mustern der Begründung von Herrschaft und Autorität zuwenden, um u.a. die langen Linien in der Zuweisung von weiblichen Rollenmustern ebenso zu erforschen wie die Brüche in diesen Zuweisungen. Dazu gehört u.a. auch die

Verknüpfung mit der Frage nach den Rollen, die einem **Königspaar** in den verschiedenen Zeitschnitten zugewiesen wurden und deren rhetorische Präsentation.

Machtfragen sind Gegenstand politischer Kommunikation; das gilt für die gesamte Zeitspanne, der sich das hier skizzierte Forschungsfeld widmet. Deshalb ist die Verbindung von Machtausübung oder Erfahrung von Machtmißbrauch u.a. in kriegerischen Konflikten ein ernst zu nehmendes Forschungsfeld, wenn es um die Kommunikation von politischer Herrschaft geht. In dieser Forschungskoooperation sind alle Teilnehmer des IGK verbunden, denn es soll in dieser thematischen und personalen Klammer untersucht werden, zu welchen Brüchen die verschiedenen Formen der militärischen Gewalt seit der Antike über das 16./17.Jahrhundert bis in die Materialschlachten des 20.Jahrhunders führten mit der Folge sehr strikt voneinander abweichender Legitimation von Herrschaft und sehr disparater politischer Kommunikation der Zeitgenossen darüber. Während z.B. in der Frühen Neuzeit privatrechtliche und herrschaftspolitische Argumentationsfiguren in der Begründung eines Rechts auf Gegenwehr zusammen liefen und die politische Kommunikation in ganz Europa prägten, war die Erfahrung von Gewalt u.a. im Ersten Weltkrieg sehr stark auf die Individuen bezogen.

Die Auflösung der alteuropäischen Verzahnung von Kirche und Welt an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert schuf politisch-soziale Legitimitätsprobleme in gänzlich neuer Qualität. Die Kommunikation über solche Normen, die an die Stelle der alteuropäischen treten könnten oder sollten, um die politische Integration auf einer anderen Ebene von Herrschaftspraxis zu ermöglichen, wurde seitdem zu einem dauerhaften Phänomen der politischen Sprache. Bei einem europäischen Vergleich zeigt sich, daß es sehr unterschiedliche Lösungen gegeben hat, die zwar alle als Risikokommunikation charakterisiert werden können, aber unterschiedlich Diskurse insofern gewesen zu sein scheinen, als nicht alle die Anbindung an traditionale Normsets und /oder den radikalen Bruch mit diesen beinhalten. Von besonderer Bedeutung war die Kommunikation über die politischen Normen der Repräsentation und Partizipation als Teil sowohl der altständischen als auch der bürgerlichen Ordnungen nach der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert. Der hier greifbare Wandel politischer Vorstellungen und Normgefüge in ganz Europa ist Gegenstand der Forschungen. Das reizvolle an dieser Kooperation ist, dass „Verfassung“ sehr wohl auch jenseits schriftlicher Fixierungen in Verfassungsurkunden greifbar werden kann.

3.3.1.1 Die Entstehung einer politischen Begrifflichkeit im frühen und klassischen Griechenland

(Beteiligte Hochschullehrer: Bernstein, Bichler, Giangiulio, Leppin)

Die Entwicklung von Begriffen wie Demokratie und Oligarchie ist von der Althistorie schon oft behandelt worden, insbesondere von Christian Meier und seinen Schülern.²⁶ Allerdings sind diese Studien allzu sehr auf die Entwicklung Athens hin zu einer Demokratie fokussiert, so daß der jeweilige Gebrauch eines Wortes oft lediglich als Vorstufe einer späteren Verwendung betrachtet wurde. Soweit angesichts der lückenhaften Quellenlage möglich, sollten die Forschungen des Kollegs daher versuchen, den genauen Kontext der Begriffsentstehung und damit seine situative Eigenart wie auch performative Einbettung zu rekonstruieren und in die politischen Konflikte der archaischen und klassischen Zeit einzuordnen. Insbesondere müssen die Neugründungen von Städten zumal im Rahmen der „Großen Griechischen Kolonisation“, die Auseinandersetzung mit der Tyrannis oder die Anfänge der Demokratie eine Rolle spielen. Gerade beim letzten Thema ist stets die These im Blick zu behalten, daß die Entstehung der Demokratie gerade nicht von den politischen Zielvorstellungen der Akteure gesteuert war, vielmehr im Zusammenhang von Adelskämpfen zu sehen ist, vielleicht nur deren Nebenprodukt bildete.

Es sollte ferner darauf geachtet werden, ob neben den wirkungsmächtigen Begriffen auch solche zu beobachten sind, an die man später nicht angeschlossen. Besonders vielversprechend erscheint neben der Epik eine Behandlung der archaischen Lyrik, da die jüngere philologische Forschung neue, von der Althistorie unzureichend berücksichtigte Einsichten zur Funktion dieser Gattung gewonnen hat²⁷. Ferner ist zu berücksichtigen, daß sich in den Beschreibungen fremder Länder und Sitten durch Poesie und Historie aktuelle innergriechische Diskussionen um die unterschiedlichen Gestaltungen der politischen Sphäre zeigen können. Eine angemessene Auswertung der Sprache der Tragödie und Komödie versteht sich von selbst.

²⁶ Chr. Meier (wie Anm. 10); K. A. Raaflaub, Die Entdeckung der Freiheit. Zur historischen Semantik und Gesellschaftsgeschichte eines politischen Grundbegriffs der Griechen, München 1985 (= Vestigia 37); vgl. auch E. Ch. Welskopf (Hg.), Soziale Typenbegriffe im alten Griechenland und ihr Fortleben in den Sprachen der Welt, 7 Bde., Berlin (Ost) 1981-85.

²⁷ W. Rösler, Dichter und Gruppe. Eine Untersuchung zu den Bedingungen und zur historischen Funktion früher griechischer Lyrik am Beispiel Alkaios, München 1980 (= Theorie und Geschichte der Literatur und der Schönen Künste 50); E.L. Bowie, Early Greek Elegy, Symposium and Public Festival, JHS 106, 1986, 13-85; S. Slings (Hg.), The Poet's I in Archaic Greek Lyric. Proceedings of a Symposium held at the Vrije Universiteit Amsterdam, Amsterdam 1990; C. Dougherty / L. Kurke (Ed.), Cultural Poetics in Archaic Greece: Cult, Performance, Politics, Cambridge 1993.

Die beteiligten Wissenschaftler haben jeweils umfängliche Arbeiten zur Ideengeschichte Griechenlands verfaßt, deren Schwerpunkte in unterschiedlichen Epochen liegen. Herr Bernstein und Herr Giangliulo haben über das archaische Griechenland gearbeitet, die Herren Leppin und Bichler über das klassische, Herr Ambaglio über das klassische und das hellenistische Griechenland. Eine enge Zusammenarbeit der Forscher erscheint besonders geeignet, um Längsschnitte durch die Griechische Geschichte durchzuführen.

Eigene Vorarbeiten der beteiligten Wissenschaftler:²⁸

- F. Bernstein, *Konflikt und Migration. Studien zu griechischen Fluchtbewegungen im Zeitalter der sogenannten Großen Kolonisation (Mainzer Althistorische Studien 5)* St. Katharinen 2004.
- R. Bichler, *Von der Insel der Seligen zu Platons Staat. Geschichte der antiken Utopie I*, Wien u.a. 1995.
- R. Bichler, *Historiographie – Ethnographie – Utopie. Gesammelte Schriften I: Studien zu Herodots Kunst der Historie*, hg. v. Robert Rollinger, Wiesbaden 2007.
- M. Giangliulo (Hg.), *Erodoto e il « modello erodoteo ». Formazione e trasmissione delle tradizioni storiche in Grecia*, Trient 2005 (=Labirinti ; 88).
- H. Leppin, *Thukydides und die Verfassung der Polis. Ein Beitrag zur politischen Ideengeschichte des 5. Jahrhunderts v. Chr.*, Berlin 1999 (= *Klio Beiheft N.F. 1*).
- H. Leppin, *Theophrasts „Charaktere“ und die Bürgermentalität in Athen im Übergang zum Hellenismus*, *Klio* 84, 2002, S. 37-56.

Aufgrund der skizzierten Fragestellung sind folgende Felder für Dissertationsprojekte denkbar:

- Die politische Welt des adligen Symposions
- Die Vor- und Frühgeschichte des Begriffs *stasis*
- Politische Sprache auf Inschriften
- Sprechakt und Performanz in archaischer Zeit
- Die Chorlyrik als Ort der politischen Kommunikation
- Ethnographische Texte als Spiegel innergriechischer politischer Diskussion

²⁸ Es werden im Folgenden stets nur wenige Vorarbeiten genannt. Die umfassenden Literaturverzeichnisse der beteiligten Forscher sind im Anhang zusammengestellt.

3.3.1.2 Antiker Herrscherkult als Herrschaftsrepräsentation

(Beteiligte Hochschullehrer: Bichler, Giangiulio)

Zu den konstanten Phänomenen antiker Herrschaftsrepräsentation gehört der Herrscherkult in seinen unterschiedlichsten Schattierungen je nach der politischen und/oder gesellschaftlichen Beschaffenheit des Staatswesens. Auch wenn er den griechischen Poleis nicht fremd war (Lysander in Sparta oder Perikles in Athen), so ist er vor allem in den zahlreichen Monarchien zu beobachten, die das zentrale politische Phänomen der Antike bilden. Dabei soll die Frage im Zentrum stehen, mit welchen Medien und an welchen Orten die Verehrung des Herrschers kommuniziert wurde. Insbesondere soll im Anschluß an die erfolgreichen Dissertationsprojekte der ersten Förderphase (Bechtold, Michels) das Verhältnis von hellenistischer und römischer Herrschaftsrepräsentation näher beleuchtet werden. Allerdings soll auch der Einfluß der Wahrnehmung fremder Monarchien (in Ägypten und dem Vorderen Orient) auf den Diskurs um monarchische Herrschaft in der „eigenen“ Lebenswelt berücksichtigt werden.

Die beteiligten Wissenschaftler haben jeweils umfängliche Arbeiten zur Herrschaftsrepräsentation und zum Herrscherkult vorgelegt.

Eigene Vorarbeiten der beteiligten Wissenschaftler:

- R. Bichler, Von der Insel der Seligen zu Platons Staat. Geschichte der antiken Utopie, Wien u.a. 1995.
- R. Bichler, Der „Orient“ im Wechselspiel von Imagination und Erfahrung: Zum Typus der „orientalischen Despotie“, in: Getrennte Wege? Kommunikation, Raum und Wahrnehmung in der Alten Welt, hg. v. R. Rollinger – A. Luther – J. Wiesehöfer, unter Mitarbeit von B. Gufler, Frankfurt a. M. 2007 (Oikumene. Studien zur Antiken Weltgeschichte 2), 475–500.
- M. Giangiulio M., Identità civica e partecipazione: Clistene e Atene. 7, hrsg. von M. Giangiulio, in: Storia d'Europa e del Mediterraneo: il mondo antico, II: La Grecia, III: Grecia e Mediterraneo dall'VIII sec. a.C. all'età delle guerre persiane, Salerno 2007, S. 533-570.

- M. Giangiulio, Pericle e gli intellettuali: Damone e Anassagora in Plutarco, Per. 4-8 tra costruzione biografica e tradizione, in: Da Elea a Samo: filosofi e politici di fronte all'impero ateniese, Napoli 2005, S. 151-182.

Aufgrund der skizzierten Fragestellung sind folgende Felder für Dissertationsprojekte denkbar:

- Römische Herrscherverehrung bei den Autoren der zweiten Sophistik
- Zentrale Heiligtümer als Orte herrscherlicher Repräsentation im kaiserzeitlichen Griechenland
- Das Bild monarchischer Herrschaft in der hellenistischen und frühkaiserzeitlichen Ethnographie

3.3.1.3 Der König als ordnungs- und friedensstiftende Gewalt von der Spätantike bis zum Hochmittelalter

(Beteiligte Hochschullehrer: Albertoni, Cantarella, Leppin)

Die Gestalt des Königs hat in den letzten Jahren verstärkt Aufmerksamkeit in der Althistorie wie auch in der Mediävistik gewonnen. Von der konventionellen Interpretation, die in der Rolle des mittelalterlichen Königs wenig mehr als eine Deutung der germanischen Tradition unter christlichen Vorzeichen erblickt, geht man nunmehr unter dem Eindruck des neuen, Kontinuitäten betonenden Bildes der Spätantike (z. B. A. Barbero, P. Geary) ab. In diesem Sinne soll die faktische und konzeptionelle Wirkung der vorhandenen institutionellen Strukturen und der klassischen Traditionen, die ins Mittelalter gelangten, in den Vordergrund gerückt werden. Dabei ergeben sich neue Themen wie der Wissenstransfer von der Antike zum Mittelalter, die Konsensbildung unter dem Eindruck der klassischen Tradition und die Orte der Konsensbildung. Im Forschungsfeld soll untersucht werden, inwieweit Könige, natürlich bei erheblichen Unterschieden je nach Region und Epoche, Formen der Repräsentation übernahmen, die sich seit dem Hellenismus entwickelt hatten, wie die Vorstellung, der Herrscher sei die Sonne, das Zentrum des Universums, der Vermittler von Frieden und Wohlstand, ebenso wie ein Vertreter der Gerechtigkeit, die gegebenenfalls im Krieg zu erstreiten wäre. Dabei ist entscheidend, wie bestimmte politische Rollen und Traditionen kommuniziert wurden, sei es durch Bischöfe oder durch Kleriker wie auch Denker am Hofe bis hin zu den Juristen des Hochmittelalters. Das zeitliche Ende soll bei

Friedrich dem II. liegen, in dem zahlreiche Elemente des Modells einer Königsherrschaft zusammenkamen.

Unter den beteiligten Wissenschaftlern finden sich sowohl Althistoriker als auch Mediävisten, so daß hier eine besonders fruchtbare transepocheale Zusammenarbeit entstehen kann.

Eigene Vorarbeiten der beteiligten Wissenschaftler:

- G. Albertoni, I Franchi e l'Europa carolingia: nascita e dissoluzione di un'egemonia, in *Storia d'Europa e del Mediterraneo*, a cura di A. BARBERO, S. IV, Il Medioevo (secoli X-XV), a cura di A. CAROCCI, vol. VIII, Popoli, poteri, dinamiche, Roma 2006, pp. 257-293.
- G. Albertoni G., La politica alpina dei Carolingi. in *Carlo Magno e le Alpi*, Atti del XVIII Congresso internazionale di studi sull'alto medioevo (Susa, 19-20 ottobre 2006; Novalesa, 21 ottobre 2006), Spoleto 2007, pp. 49-74.
- G.M. Cantarella, *Il sole e la luna. La rivoluzione di Gregorio VII papa, 1073-1085*, Roma-Bari (Laterza) 2005.
- G.M. Cantarella, *Le sacre unzioni regie*, in *Olio e vino nell'alto medioevo*, Settimane di studio della Fondazione del Centro Italiano di Studi sull'Alto Medioevo, Spoleto (CISAM) 2007, II, pp. 1291-1334.
- G.M. Cantarella, *Bellezza maschile*, in *Enciclopedia del Medioevo (Le Garzantine)*, cur. G.M. Cantarella, L. Russo, S. Sagulo, Milano (Garzanti) 2007, p. 192; Id., *Regalità*, ibidem, pp. 1332-1336; Id., *Solarità*, ibidem, pp. 1477-1478.
- H. Leppin, (Kein) Zeitalter Justinians, *HZ* 284 (2007), 659-686.
- H. Leppin, *Der Reflex der Selbstdarstellung der valentinianischen Dynastie bei Ammianus Marcellinus und den Kirchenhistorikern*, in: J. den Boeft / J. W. Drijvers / D. den Hengst / H. Teitler (Hg.), *Ammianus after Julian (Mnemosyne 289)*, Leiden 2007, 33-52.
- H. Leppin, *Zum politischen Denken des Ambrosius – Das Kaisertum als pastorales Problem*, in: Therese Fuhrer (Hg.), *Die christlich-philosophischen Diskurse der Spätantike. Texte, Personen, Institutionen (im Druck)*.

Aufgrund der skizzierten Fragestellung sind folgende Felder für Dissertationsprojekte denkbar:

- Der spätantike Kaiser und die Sonnensymbolik nach Konstantin dem Großen

- Die Schönheit und Jugend des Königs als Motiv im Herrscherlob der Spätantike und des Früh- und Hochmittelalters
- Der König als Friedensbringer in der politischen Kommunikation der merowingischen und karolingischen Zeit
- Die Kommunikation zwischen Königen und Bischöfen im merowingischen Gallien und im westgotischen Spanien
- Von den Kapitularien zu den placita: der König als Garant der Gerechtigkeit bei Gesetzen und Konfliktlösungen
- Die missi dominici als Friedensvermittler im Zeitalter von Karl dem Großen
- Die Anklage wegen Verrats als Festigungsinstrument der königlichen Macht in karolingischer Zeit

3.3.1.4 Rhetorische Grundlegung der politischen Kommunikation in Spätmittelalter und Frührenaissance

(Beteiligte Wissenschaftler: Albertoni, Brandstätter, Ciappelli, Jussen, Rando)

Im ausgehenden Mittelalter erreicht die Kunst der Rhetorik innerhalb der nord- und mittelitalienischen Kommunen und im diplomatischen Austausch untereinander eigenständigen Rang: schon seit dem 13. Jahrhundert diskutierten *dictatores*, Verfasser von *specula principum* und *consilia* über den Erwerb dieser Kompetenz als notwendig für das *regimen civitatis*. Eine der prägnantesten Aussagen zur Verwobenheit von Politik und Rhetorik liefert der Trésor von Dantes Lehrer Brunetto Latini (1262): „*Est la science de bien parler et de gouverner gens plus noble de nul art du monde*“. Noch am Ende des 15. Jahrhunderts wurde die Redekunst als „*virtus summa et utilissima*“ für das Gemeinwesen angesehen, auch mit einer ethischen Komponente, schon seit dem 13. Jahrhundert nachweisbar (Albertano da Brescia).

Studien zur „rhetorischen Grundlegung“ der politischen Kommunikation in Italien liegen bereits vor (Artifoni, Cammarosano); kaum systematisch untersucht hingegen sind das Reich und die anderen König- und Fürstentümer. In ihren Kanzleien und denen der Reichsstädte ist ein klarer Trend zur Professionalisierung der Rede zu erkennen: „Gelehrte Räte“, universitär gebildete Spezialisten, brachten nun ihr Fachwissen in die Tagespolitik ein. Dass persönliche Beziehungen und Freundschaften, die sich während der Ausbildungsphase wie auch in einzelnen Karrierestationen ergaben, personelle Netzwerke schufen, die in späteren Positionen nutzbar gemacht werden konnten, steht außer Frage, wäre aber noch in vielerlei Hinsicht zu untersuchen. In Bezug auf diese „Spezialisten“ politischer Kommunikation interessiert hier im

Besonderen das breite Spektrum der verschiedenen Oratorik-Gattungen wie Preis-, Obedienz-, Promotionsreden usw., einschließlich derer des *genus deliberativum* aus der antiken Rhetorik. Beispiele für Oratorik dieser Art bieten sich bei Ständeversammlungen (Etats und Cortes), Hof-, Reichs- und Landtagen, wie auch bei General-, Provinzial-, Diözesanskonzilien und Generalkapiteln der Orden.

Dem Medium Brief kommt im Rahmen der Rhetorik und der politischen Kommunikation zwischen spätmittelalterlichen Herrschafts- und Handlungsträgern besondere Bedeutung zu, handelt es sich doch um einen Quellentyp, der wie kaum ein anderer den unmittelbaren Kontext widerzuspiegeln vermag. Zum vor allem seit den späten 1990er Jahren gestiegenen Interesse am Medium Brief hat auch das IGK Beiträge geleistet: Zwei Dissertationen aus einem reichen Briefcorpus sind entstanden, und ein Workshop im November 2006 war dem Thema „Briefe in politischer Kommunikation“ gewidmet; diese Anknüpfungspunkte sollten weiter vertieft werden.

Ein Bündel von Themen bietet sich also an: einmal das ‚schöne‘ Wort in der theoretischen Überlegung über die Regierungspraxis, zum anderen die Verwendung in der politischen Kommunikation zusammen mit anderen Praktiken der Repräsentation und „ritual persuasion“. Die beteiligten Wissenschaftler haben zum Teil in enger Kooperation grundlegende Arbeiten zur Rhetorikforschung und zur Erforschung der Briefkultur sowie der historischen Semantik im Spätmittelalter vorgelegt.

Eigene Vorarbeiten der beteiligten Wissenschaftler:

- G. Albertoni, L. Provero, *Il feudalesimo in Italia*, Roma 2003.
- G. Albertoni, H. Obermair (Hg.), *Schrift Stadt Region – Scrittura Città Territorio*, Innsbruck-Wien-München-Bozen/Bolzano 2006 [= «Geschichte und Region – Storia e Regione», a. 15. Jhrg., N. 1 (2006)].
- K. Brandstätter, Antijüdische Ritualmordvorwürfe in Trient und Tirol. Neuere Forschungen zu Simon von Trient und Andreas von Rinn, in: *Historisches Jahrbuch* 125 (2005), 495-536.
- K. Brandstätter, Die Tiroler Landesfürstinnen im 15. Jahrhundert, in: Margarethe „Maultasch“. Zur Lebenswelt einer Landesfürstin und anderer Tiroler Frauen des Mittelalters, hg. von Julia Hörmann (Schlern-Schriften 339), Innsbruck 2007, 155-197.

- G. Ciappelli, *Opinione pubblica e comunicazione politica nel Rinascimento: esempi e considerazioni*, in "Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento", XXXIII (2007), im Druck.
- B. Jussen, *Ordo zwischen Ideengeschichte und Lexikometrie. Vorarbeiten an einem Hilfsmittel mediävistischer Begriffsgeschichte*, in: *Ordnungskonfigurationen im Hohen Mittelalter*, hg. von Bernd Schneidmüller und Stefan Weinfurter (Vorträge und Forschungen 64), Ostfildern 2006, S. 227-256.
- B. Jussen, *Die Macht des Königs. Herrschaft in Europa vom Frühmittelalter bis in die Neuzeit*, hg. von Bernhard Jussen, München 2005.
- D. Rando, *I luoghi della cultura nella Marca del Duecento*, in: *I Trovatori nel Veneto e nella Marca*, Atti del Convegno, Fondazione G. Cini, Venezia, 28-31 ottobre 2004, a cura di F. Zambon, Antenore, Padova 2007.

Aufgrund der skizzierten Fragestellung sind folgende Felder für Dissertationsprojekte denkbar:

- Oratorik als ‚Kunst‘ am Hof der Visconti und der Sforza
- Politische Rede im diplomatischen Verkehr zwischen Deutschland und Italien
- Kommunikation zwischen den Gonzaga und städtischen Eliten

3.3.1.5 Notwehr – Gegenwehr – Widerstandsrecht? Formen politischer Kommunikation im frühneuzeitlichen Europa

(Beteiligte Hochschullehrer: De Benedictis, Niccoli, Noflatscher, Schorn-Schütte)

Die „Sprache des Widerstandes“ ist in den letzten Jahren als europäische Gemeinsamkeit für das 16. bis 18. Jahrhundert intensiv erforscht worden; damit wird die bisherige Forschungsmeinung in Frage gestellt, wonach es regionale, wenn nicht gar nationale Traditionen der politischen Teilhaberechte und des Kampfes um sie im Europa der Frühen Neuzeit gegeben habe.²⁹ Die nationalen Historiographien haben ihre Mythen lange Zeit mit Nachdruck weitergepflegt. Untersucht man aber die Formen und Argumentationsmuster z.B. ständischer Oppositionen oder städtischer Rebellionen bzw. städtischer Unruhen und/oder Rechtsauseinandersetzungen, so werden sehr rasch die vergleichbaren rechtlichen, gewohnheitsrechtlichen und religiösen Grundlagen sichtbar, deren Argumentationspotential sich in einem sehr ähnlichen Vokabular, d.h. in vergleichbaren juristisch-politischen Sprachen

²⁹ Dazu als sehr anregende jüngere Arbeit A. Strohmeier, *Konfessionskonflikt und Herrschaftsordnung. Widerstandsrecht bei den österreichischen Ständen (1550-1650)*, Mainz 2006.

im Sinne der Fragestellung des IGK zeigte. Deren differenzierte Erforschung steht allerdings erst noch in den Anfängen, erste diskussionswürdige Thesen und methodische Konzepte bedürfen der vertieften Bearbeitung; zu nennen ist z.B. die auch im Forschungsprogramm skizzierte Frage nach den Formen der Diffusion von Wissensbeständen und den Wegen politischer Kommunikation. Dazu eignen sich Fallstudien, die u.a. auch die Randzonen Europas einbeziehen, wozu für die Frühe Neuzeit etwa Polen-Litauen oder Siebenbürgen gehörten. Neben der Erarbeitung solcher regionaler Studien ist v.a. die Analyse der zeitgenössischen Begriffe unverzichtbar; an dieser Stelle wird das Gewicht der historischen Semantik deutlich. Geht es doch z. B. in der hier angesprochenen juristisch-politischen Sprache des Widerstandes um die Identifikation auch solcher Begriffe, die zwar für die Zeitgenossen in den Kontext politischer Kommunikation über Herrschaft gehörten, für den forschenden Historiker auf den ersten Blick aber keineswegs als Vokabeln des Notwehr-/Gegenwehr oder Widerstandsdiskurses erkennbar sind. Deshalb wird es um eine Untersuchung bestimmter Argumentationsmuster gehen, die sich z.B. in den Traktaten über die *crimen laesae majestatis* in Gestalt der Wiederbelebung der Drei-Stände-Lehre oder um die Rolle der Reichstheologie und die Bedeutung des Bundes als Muster politischer Herrschaft artikulierten. Von hier ausgehend wird es auch um eine Auseinandersetzung mit den Deutungskonzepten des Republikanismus und/oder Kommunalismus zu gehen haben; deren Zeitbindung ist nicht zu bestreiten, zu fragen ist aber, welchen Erkenntniswert diese Interpretationsmuster für die Identifikation politischer Sprachen in der Frühen Neuzeit haben können.

Die hier angedeuteten Forschungsdebatten sind seit geraumer Zeit das Hauptarbeitsgebiet der an dem Unterfeld beteiligten Wissenschaftler; auch in der Betreuung von Dissertationsprojekten im IGK konnte dies fortgeführt werden. Frau De Benedictis hat sich mit verschiedenen Publikationen zum südeuropäischen Widerstandsdiskurs und zur Differenzierung des Absolutismusbegriffes beteiligt. Frau Schorn-Schütte untersucht das Problem der Wiederbelebung der Drei-Stände-Lehre als Teil einer *politica christiana* in der frühen Neuzeit und deren eigenständiges politisches Vokabular. Frau Niccoli hat in einer gewichtigen Untersuchung die Bedeutung biblischer Prophetie für die „politische Theologie“ der Renaissance bearbeitet. Herr Noflatscher befaßt sich seit geraumer mit der Entstehung politischer Normen in den alteuropäischen Ständeversammlungen.

Eigene Vorarbeiten der beteiligten Wissenschaftler:

- A. De Benedictis, Widerstand ist statthaft: ein Rechtsproblem in den italienischen Städten um die Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert. Quellen und Argumente, in L. Schorn-Schütte (ed), Das Interim 1548-1550. Herrschaftskrise und Glaubenskonflikt, Gütersloh, Gütersloher Verlagshaus, 2005, S. 438-458.
- A. De Benedictis, Resisting Public Violence: Actions, Law, and Emotions, in A. Molho – D. Ramada Curto (edd), Finding Europe. Discourses on Margins, Communities, Images ca. 13th - ca. 18th centuries, Oxford, Berghahn Books, 2007, S. 273-290.
- A. De Benedictis, Abbattere i tiranni, punire i ribelli. Diritto e violenza negli interdetti del Rinascimento, in «Rechtsgeschichte. Zeitschrift des Max-Planck-Instituts für europäische Rechtsgeschichte», 11, 2007, S. 76-93.
- O. Niccoli, Rinascimento anticlericale: infamia, propaganda e satira in Italia tra Quattro e Cinquecento, Roma-Bari, Laterza, 2005.
- O. Niccoli, Perdonare. Idee, pratiche, rituali in Italia tra Cinque e Seicento, Roma-Bari, Laterza, 2007.
- L. Schorn-Schütte, Kommunikation über Herrschaft. Obrigkeitskritik im 16. Jahrhundert, in: L. Raphael/H. E. Tenorth, L. Raphael (Hgg.), Ideen als gesellschaftliche Gestaltungskraft im Europa der Neuzeit, München 2006, S. 71-108.
- L. Schorn-Schütte, Politische Kommunikation in der Frühen Neuzeit. Obrigkeitskritik im Alten Reich, in: Geschichte und Gesellschaft 32 (2006), Heft 3, S. 273-314.
- L. Schorn-Schütte, Eigenlogik oder Verzahnung? Religion und Politik im lutherischen Protestantismus des 16. Jh.s., in: dies./v. Friedeburg (Hg.), wie Monographie Nr. 15, München 2007, S. 13-31.
- L. Schorn-Schütte, Kommunikation über Politik im Europa der Frühen Neuzeit. Ein Forschungskonzept, in: Jahrbuch des Historischen Kollegs 2007, München 2008 (im Druck).
- H. Noflatscher, Gehorsame Untertanen? Politik und Religion im Hochstift Brixen im 17. Jahrhundert, in: Helmut Flachenecker, Hans Heiss, Hannes Obermair (Hg.), Stadt und Hochstift. Brixen, Bruneck und Klausen bis zur Säkularisation 1803 - Città e principato. Bressanone, Brunico e Chiusa fino alla secularizzazione 1803, Bozen 2000, S. 261-288.

- H. Noflatscher, Monarchische Willkür? Zur Demission des Wolf Rumpf und Paul Sixt Trautson am Hof Kaiser Rudolfs II. (1600), in: Klaus Brandstätter, Julia Hörmann (Hg.), Festschrift für Josef Riedmann, Innsbruck 2005, S. 493-516.

Aufgrund der skizzierten Fragestellung sind folgende Felder für Dissertationsprojekte denkbar:

- Die Bibel als politisches Argument: Herrschaftslegitimationen im England und/oder im Alten Reich des 16./17. Jahrhunderts
- Politische Kommunikation am Kaiserhof Karls V.
- Papstinterdikte, Kaiserdekrete und das Recht des Widerstandes in der städtischen Kommunikation des 16./17. Jahrhunderts
- Recht, Gerechtigkeit und Wahrheit in Verteidigungsschriften der „communità“/Gemeinde: politische und religiöse Argumentationen in der Verschränkung (italienische, spanische, katalanische, englische, niederländische Kommunen, deutsche Reichsstädte)
- Regentenspiegel als Form politischer Kommunikation im Protestantismus und im Luthertum
- Ständischer Widerstand im Vergleich. Politische Opposition gegen Maximilian I. in den Niederlanden, Erbländern und im Reich

3.3.1.6 Sprache der Politik – Sprache der Geschlechter. Herrschaftslegitimation durch normative Konzepte und Riten

(Beteiligte Hochschullehrer: Bichler, Leppin, Mazohl, Niccoli)

Bereits Mitte der achtziger Jahre wurde in der nordamerikanischen Forschung auf die politische Dimension der *gender*-Kategorie hingewiesen, in der wissenschaftlichen Praxis der „geschlechtsneutralen“ Politikgeschichte allerdings wurde dieser Ansatz kaum umgesetzt. In den letzten 25 Jahren haben sich jüngere genderorientierte Forschungen bevorzugt mit der neueren und neuesten Geschichte befaßt und sich stark an ereignis- und sozialgeschichtlichen Fragestellungen ausgerichtet (Geschichte der Frauenbewegung, der Kampf um Frauenrechte, Phänomene der Frauenarbeit). Die hier beteiligten Hochschullehrer zielen dagegen mit ihrem Ansatz auf die Probleme der Legitimation von Herrschaft und die Institutionalisierung von Macht in Alteuropa. Dabei wird von der Annahme ausgegangen, daß Herrschaft und Autorität sich über religiös-ethische und politisch-rechtliche Muster konstituieren und legitimieren. Dadurch entsteht ein spezifischer Geschlechterdiskurs, der sich z.B. in konkreten Entwürfen

von Weiblichkeit findet. Deren Aufnahme, Wahrung und Verfestigung wirken konsensstiftend. Umgekehrt führen Nichtbeachtung und Übertretung solcher Muster zu Sanktionen, die sich in Rechtstexten wiederfinden und damit der Forschung zugänglich sind. Die hier sichtbar werdende Kommunikation über Herrschaft gilt es zu identifizieren; der Rechtsdiskurs ist ein Diskurs über das Politische.

Wie bei der Erstellung von Rechtstexten über das Verhältnis der Geschlechter gesprochen, inwieweit es berücksichtigt oder außer acht gelassen wird, welche weiblichen (und männlichen) Gestalten und Konfigurationen im Diskurs kreiert und zur Norm erhoben werden, dies alles wirkt prägend auf die Präsentation von Herrschaft und Macht.

Die zu bearbeitenden Forschungsfragen bewegen sich auf zwei Ebenen:

- der Ebene der Entwicklung, Gestaltung, Ausformulierung von rechtlichen Normen;
- der Ebene der Durchsetzung und Anwendung in der gerichtlichen Praxis.

Sie gehen daher einerseits von normativen Quellen aus, welche vom 14. bis ins 19. Jahrhundert durch weltliche und kirchliche Autoritäten verfaßt und zur Norm erhoben wurden, andererseits von Gerichtsprotokollen kirchlicher und weltlicher Gerichte, an denen die konkrete Praxis der Umsetzung des Rechts greifbar wird. Die Berücksichtigung beider Instanzen ist insbesondere für das Mittelalter unverzichtbar, denn Kommunikation über die rechte Verteilung von Herrschaft im Haus ist für den Historiker in normativen Texten nicht im Überfluß greifbar. Gerichtsakten sind deshalb eine ebenso gewichtige Ergänzung wie die Visitationsüberlieferung, die ab dem 16. Jahrhundert verstärkt fließt. Es werden vornehmlich solche Regionen berücksichtigt, deren institutionelle Bedingungen der Kommunikation bereits erarbeitet sind, was z.B. für einige große Reichsstädte (z.B. Augsburg) ebenso wie für die italienischen Kommunen zutrifft, ebenso aber auch für solche Territorien, die durch ihre wirtschaftliche Bedeutung an die spätmittelalterlichen Kommunikationsnetze (z.B. in Gestalt von Messen, in den Kontoren der Hanse, den städtischen Missionen, Konsulaten, und Kaufhäusern) angeschlossen waren.

Ebenso unbearbeitete Felder gibt es für die römische Kaiserzeit und die Spätantike, dies gilt u.a. für die Rolle der *Augusta*. Zwar verbindet sich mit dem Titel keinerlei öffentlich-rechtliche Kompetenz, aber die sakrale Komponente für die entsprechenden Frauen des Kaiserhauses ist unübersehbar; damit werden auch hier Herrschaftsformen am Muster der idealen Geschlechterrollen entfaltet.

Octavian hatte bereits früh mit der Verleihung der Unverletzlichkeit der Vestalinnen an seine Schwester Octavia und seine Gattin Livia den Versuch unternommen, auch ‚seine Frauen‘ in die Sakralsphäre aufzunehmen, in die er durch die *sacrosanctitas* erhoben war. Die

Entwicklung setzte sich mit dem Augustus-Titel und seiner weiblichen Form fort. Nur der/die *Augustus/Augusti* und die *Augusta/Augustae* waren Götter zu Lebzeiten, und es war bei den Männern das Amt und bei den Frauen der Titel, der die Göttlichkeit begründete.

Neben diesen Parallelen zum ursprünglich ‚männlichen‘ Titel *Augustus* beginnt bereits mit Livia der Versuch, spezifisch weibliche Begriffe – wie *mater patriae* parallel zu *pater patriae* – einzuführen, die allerdings noch scheitern. Aber es gibt genügend weibliche Tugenden – wie *pudicitia* –, die tradierte Frauenrollen aus der Sphäre der Familie in die des Staates übertragen. Ein erster Höhepunkt ist mit dem Titel *mater castrorum* erreicht.

Wie bei den *Augusti* wird auch bei den *Augustae* die sakrale Überhöhung der Person im späteren, immer stärker christlich geprägten Staat nicht aufgegeben. Zu untersuchen wäre, wie beispielsweise die politische Bedeutung der Frauen dadurch aufgewertet wurde, daß mit der Jungfräulichkeit auch für die *Augustae* eine neue Form der Existenz, ausschaltete wurde. Die Bedeutung der Pulcheria im 5. Jahrhundert ist hierfür ein hervorragendes Beispiel, zumal sie mit derjenigen der Athenais/Eudocia verglichen werden kann.

Herr Bichler hat sich in mehreren Arbeiten mit der Darstellung und Bewertung von Geschlechterrollen in der antiken Ethnographie mit Schwerpunkt Herodot befaßt. Herr Leppin hat sich in mehreren Einzelstudien mit dem literarischen Bild der spätantiken *Augustae* auseinandergesetzt. Frau Mazohl beschäftigt sich seit geraumer Zeit mit dem Zusammenhang von bürgerlichem (Privat)Recht und Geschlechterrollen, mit der Geschichte von Ehe- und Familienrecht. Frau Niccoli hat in verschiedenen Beiträgen das Bild des weiblichen Körpers und die ihm zugeschriebene Zeugungsaufgabe in der Frühneuzeit als Instrument der zu garantierenden Gesellschafts- und Familienkontinuität herausgearbeitet.

Eigene Vorarbeiten der beteiligten Wissenschaftler:

- R. Bichler, Herodots Welt. Der Aufbau der Historie am Bild fremder Länder und Völker, ihrer Zivilisation und ihrer Geschichte, Berlin 2000.
- H. Leppin, Kaiserliche Kohabitation: Von der Normalität Theodoras, in: C. Kunst / U. Riemer (Hg.), Grenzen der Macht. Zur Rolle der römischen Kaiserfrauen, Stuttgart 2000, S. 75-85 (= Potsdamer altertumswissenschaftliche Beiträge 3).
- H. Leppin, Theodora und Iustinian, in: H. Temporini-Vitzthum (Hg.), Die Kaiserinnen Roms. Von Livia bis Theodora, München 2002, 437-481; Rückblick und Ausblick, in: H. Temporini-Vitzthum (Hg.), Die Kaiserinnen Roms. Von Livia bis Theodora, München 2002, 482-495.

- B. Mazohl-Wallnig, Frauenwahlrecht im Spannungsfeld von Öffentlichem Recht und Privatrecht. Perspektiven und Probleme eines Vergleichs zwischen Deutschland, Österreich und Großbritannien, in: Martin Kirsch, Anne G. Kosfeld, Pierangelo Schiera (Hg.), Der Verfassungsstaat vor der Herausforderung der Massengesellschaft. Konstitutionalismus im europäischen Vergleich, Berlin 2002, S. 255-276.
- B. Mazohl-Wallnig, L'Homme 14/1 (2003): Ehegeschichten, hg. von Gunda Barth-Scalmani, Brigitte Mazohl-Wallnig und Edith Saurer.
- O. Niccoli (Hg.), Rinascimento al femminile, Laterza, Roma-Bari, 1991 (2. Ausgabe 2006)
- O. Niccoli, Maternità critiche. Donne che partoriscono agli inizi dell'età moderna, in: Studi storici, 47, 2006, S. 463-479.

Aufgrund der skizzierten Fragestellung sind folgende Felder für Dissertationsprojekte denkbar:

- Die „Drei-Stände-Ordnung“ als „politische Sprache“ im Frühmittelalter
- Sprache des Rechts – Sprache der Familienordnung? Wandel oder Konstanz geschlechtsspezifischer Rechtssprechung in spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Städten
- Weibliche Werte in der Repräsentation der Kaiserzeit
- Zwei Rollen der *Augusta* im 5. Jahrhundert: Pulcheria und Athenais/Eudocia
- Bürgerliches Privatrecht und Geschlechterverhältnis: der Wandel von Ehe- und Familienkonzepten zwischen 18. und 19. Jahrhundert

3.3.1.7 „Stände“ oder „Volk“? Der (diskursive) Wandel vom traditionellen Recht zur modernen Verfassung

(Beteiligte Hochschullehrer: Mazohl, Mazzolini, Fahrmeir, De Benedictis)

Die Frage nach politischer Repräsentation bzw. Partizipation stand im Zuge des gesellschaftlichen und politischen Wandels der „Sattelzeit“ zwischen spätem 18. und frühem 19. Jahrhundert immer stärker im Brennpunkt divergierender Interessen. Gemäß der Rechtsordnung des Ancien Régime bzw. konkreter formuliert: des Hl. Römischen Reiches, bildete das (geburts)ständische, regional-föderativ gegliederte „Verfassungsmodell“ (auf der Basis unterschiedlichster Partikularrechte) die rechtliche Grundlage politischen Handelns und Denkens; dem stellte sich - insbesondere nach den „demokratisierenden“ Erfahrungen im

Zuge von Revolution und Krieg (1789-1815) - ein neues Verfassungsdenken entgegen, das, anders als die hierarchisch-ständisch gegliederten politischen Ordnungsvorstellungen von der prinzipiellen Gleichheit moderner Staatsbürger ausging. Das - tendenziell gleiche - Recht auf politische Repräsentation und Partizipation stand damit prinzipiell allen dazu befähigten (männlichen) Staatsbürgern zu, wodurch allerdings die Frage nach der entsprechenden Befähigung neu gestellt werden mußte - und zunächst mit den Kriterien Besitz und Bildung neue Ausschließungsmechanismen geschaffen wurden.

Dieser Wandel in den politischen Vorstellungen und Forderungen ist ein gesamteuropäisches Phänomen, dessen historische Tiefendimension sich sehr viel weiter zurückverfolgen ließe. In diesem Forschungsfeld soll jedoch jener Zeit-Raum genauer in den Blick genommen werden, in dem Recht und „Verfassung“ infolge des Zusammenbruchs der traditionellen Rechtsordnung - vor allem für den Raum des Alten Reiches, d.h. „Deutschlands“, „Österreichs“, aber auch „Italiens“ - aktuell auf völlig veränderten Grundlagen neu verhandelt werden mußten, also Gegenstand politischer Debatten, politischer Kommunikation; Das hat zu unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen „modernen“ Staaten geführt hat. Wenn Art. XIII der „Deutschen Bundesakte“ für den „Nachfolgestaat“ des Alten Reiches, den Deutschen Bund, vorsah, daß „landständische Verfassungen“ in den einzelnen Ländern stattfinden sollen, dann war damit keineswegs geklärt, in welchem „Land“ (bezüglich Österreich z. B.: im Gesamtstaat, dem Kaisertum Österreich und/oder in den einzelnen Kronländern?) welche Art von „Verfassung“ eingerichtet werden würde oder auch nicht.

Das ständische Modell verlor seine bisherige historische Legitimität in dem Augenblick, als das „Volk“ sich nicht mehr (nur) durch die Stände repräsentiert sah, sondern sich - wie im Falle der französischen Verfassungsrevolution geschehen - in seiner „Gesamtheit“ (als Nation) repräsentiert wissen wollte. Im Falle multinationaler politischer Ordnungssysteme (Staat und Länder in Österreich, Italien) war damit zugleich die Frage nach der ethnischen-nationalen Definition des „Volkes“ zur Diskussion gestellt, dessen Zündstoff die weitere Verfassungsentwicklung im 19. Jahrhundert entscheidend prägte.

Im Rahmen dieses Forschungsfelds soll in vergleichender Form – für Deutschland, Österreich, Italien – die Kommunikation über jenen fundamentalen Verfassungswandel untersucht werden.

Andreas Fahrmeir beschäftigt sich seit längerem mit den genauen Modalitäten und Grenzen des Übergangs zum modernen Nationalstaat in der Sattelzeit, besonders im deutschsprachigen Raum; darüber hinaus hat er Arbeiten zu altständischen Resten in der englischen Verfassung des 19. Jahrhunderts vorgelegt.

Herr Mazzolini beschäftigt sich mit der Entstehung lokaler Wissenschaftsgemeinschaften unter besonderer Berücksichtigung Italiens und deutschsprachiger Länder und ihrer Relevanz für den politischen Wandel und dessen Kommunikation.

Frau De Benedictis hat sich mit dem Übergang von der Verfassung als „Grundgesetz“ zur Verfassung als normativer Ordnung des souveränen Volks beschäftigt. Im Besonderen betrachtet sie diese Wandlung in ihrer vielfältigen Variationen in den italienischen Staaten.

Brigitte Mazohl hat sich seit vielen Jahren mit dieser Thematik befaßt, dies insbesondere am Beispiel der Herrschaft des Kaisertums Österreich gegenüber dem nach 1815 neugeschaffenen Königreich Lombardo-Venetien (aber auch am Beispiel von Tirol und Salzburg), wobei sich in den letzten Jahren der Fokus noch stärker auf die frühe Zeit des Übergangs zwischen Hl. Römischen Reich und dem Kaisertum Österreich verlagert hat.

Eigene Vorarbeiten der beteiligten Wissenschaftler:

- A. Fahrmeir, Centralisation versus Particularism in the ‘Third Germany’, in: Michael Rowe (Hrsg.), Collaboration and Resistance in Napoleonic Europe. State Formation in an Age of Upheaval c. 1800-1815. Basingstoke, Palgrave 2003, S. 107-20.
- A. Fahrmeir, Citizenship: The Rise and Fall of a Modern Concept. New Haven/London 2007.
- A. De Benedictis, «Militari apparenti». La Guardia Civica di Bologna per lo statuto fondamentale fra monarchia pontificia e cittadinanza, in A. Romano (ed), Fra Cadice e Palermo. Nazione Rivoluzione Costituzione: rappresentanza politica, forme di governo, libertà garantite, Atti del Convegno internazionale Palermo-Messina, 5-10 dicembre 2005 (in corso di stampa).
- A. De Benedictis, Bologna nello Stato della Chiesa secondo il diritto delle genti e il diritto pubblico (1780-1831), in Storia di Bologna, vol. IV, L’Ottocento (in corso di stampa).
- R. G. Mazzolini, «Il sublime linguaggio della materia raccolta nei Musei: Il caso del collezionismo scientifico nel Trentino (1815-1918)», Archivio trentino, quinta serie, a. XLVIII, n. 1 (1999), S. 133-203.
- R. G. Mazzolini, «La ricerca di una controversa identità: crani tirolesi, crani trentini (1880-1900)». In: A. Minelli and S. Casellato (Hgg.), Giovanni Canestrini Zoologist and Darwinist. Venezia: Istituto Veneto di Scienze, Lettere ed Arti 2001, S. 379-397.
- B. Mazohl-Wallnig, Zeitenwende 1806. Das Heilige Römische Reich und die Geburt des modernen Europa, Wien/Köln/Weimar 2005, 299 S.

- B. Mazohl-Wallnig, Verfassungswandel und Nationalitätenproblem - das Beispiel Lombardo-Venetien, in: Verfassungswandel um 1848 im europäischen Vergleich, Schriften zur Europäischen Rechts- und Verfassungsgeschichte 38, Berlin 2001, S. 365-387.

Aufgrund der skizzierten Fragestellung sind folgende Felder für Dissertationsprojekte denkbar:

- Die Verfassungsforderungen der italienischen Untertanen des Kaisertums Österreich (Lombardo-Venetien, Triest, Trient) 1815/16–1848 als politische Sprache
- Verfassungs- und Wahlpraxis/Wahlkämpfe in altständischen Versammlungen (Hannover bis 1830, Preußen vor 1848, österreichische Ständeversammlungen)
- Grenzen der Verfassung: Debatten über politische Repräsentation in Kleinststaaten des Deutschen Bundes
- Stände als Nationalversammlungen? Verfassungsfragen in multinationalen Territorien (Schleswig-Holstein/Dänemark; Großbritannien/Irland) als Kommunikation über das Politische
- Ständische Relikte in modernen Verfassungen: Legitimationen erster Kammern im Europa des 19. Jahrhunderts im Vergleich
- Die Verfassungsfrage im Kaisertum Österreich (1804–1848/49)

3.3.1.8 Medien und Strategien politischer Kommunikation in der bürgerlichen Öffentlichkeit des 19. Jahrhunderts

(Beteiligte Hochschullehrer: Fahrmeir, Mazohl, Mazzolini, Corni)

Tagespresse und Zeitschriften, Verfassungen und Verfassungsentwürfe, Parlamentsdebatten, Schriften von Intellektuellen und Akademikern, Programme politischer, künstlerischer und wissenschaftlicher Vereine, sowie von Kongressen von Arbeitern, Natur- und Geisteswissenschaftlern, große nationale und internationale Ausstellungen wie auch die höfischen Briefnetze der sog. „ersten und zweiten Gesellschaft“ von Diplomaten, Staatsmännern, Intellektuellen, Akademikern, Künstlern und Wissenschaftlern – all dies sind wichtige Quellen, um die kommunikativen Prozesse des 19. Jahrhunderts im Allgemeinen und die politischen Prozesse im Besonderen zu untersuchen. Die Frage, ob es sich um eine einzige, vereinheitliche Strategie oder um mehrere Strategien politischer Kommunikation handelt, ist nach dem aktuellen Stand der Forschung eine offene Frage.

Denn obschon es möglich ist, die kommunikative Strategie einer einzelnen politischen Organisation oder Regierung zu rekonstruieren, ist es überaus schwierig, allgemeine Aussagen zu treffen, die der Fülle der oft erstaunlichen Verflechtungen – z.B. durch Briefnetze einzelner Intellektueller – gerecht zu werden vermögen. Um das Politische innerhalb eines kommunikativen Prozesses zu erfassen, scheint es zweckmäßig, jene historischen Fälle zu beobachten, an denen sich Akteure aus verschiedenen Gesellschaftsbereichen beteiligt haben. In der Tat gewahrt man im Laufe des 19. Jahrhunderts anstatt der kommunikativen Top-Down- und Bottom-Up-Prozesse immer mehr gemischte Prozesse, bei denen die horizontale Dimension der Kommunikation vorherrscht. Daraus ergibt sich eine bedeutsame Erweiterung des öffentlichen Raums, in dem die Kommunikation stattfindet. Die Spezialisierung der Kommunikation auf einzelne Fachgebiete, wie z.B. auf die Naturwissenschaften, fördert in ganz Europa deren populärwissenschaftliche Verbreitung, die wiederum große Wirkung auf das Denken, Handeln und Kommunizieren von Intellektuellen und Politikern hat.

Gerade die Verbreitung des „naturwissenschaftlichen Diskurses“ (man denke etwa an die Debatte um den „Darwinismus“) reichte weit über den innerwissenschaftlichen Austausch hinaus und hatte eminent gesellschaftspolitische Folgen.

Ein anschauliches Beispiel der politischen Dimension einer Gelehrtenkorrespondenz bietet der Fall des österreichischen Unterrichtsministers Thun-Hohenstein, der während der elf Jahre seiner Ministerzeit (1849-1860) mit dem Ziel einer personalpolitischen Reform an den damaligen Universitäten der österreichischen Monarchie (von Innsbruck bis Lemberg, von Prag bis Graz) mit der gelehrten Welt des gesamten deutschen Sprachraums, aber auch mit katholischen Bischöfen, jüdischen Rabbinern und evangelischen Theologen korrespondiert hat, um für mögliche Professorenstellen gezielte Informationen einzuholen.

Insgesamt leistete die Differenzierung und Spezialisierung wissenschaftlicher Disziplinen mittels ihrer je eigenen Kommunikationsstrategien einen wesentlichen Beitrag zur „Demokratisierung des politischen Wissens“, da die Träger dieser Kommunikation jenseits aller Gelehrtenzirkel durch die neuen Formen ihrer „Inszenierung“ – unterstützt durch das Medium der Presse – zunehmend die Diskurshoheit über den „öffentlichen Raum“ gewannen.

Brigitte Mazohl hat sich bisher im Rahmen von zwei Spezialthemen mit der vorliegenden Thematik befasst, zum einen mit der Bildungspolitik der Habsburger Monarchie in der Ära Thun-Hohenstein, zum anderen mit der öffentlichen Wahrnehmung, auch durch die Presse, des Endes des Heiligen Römischen Reichs 1806. Sowohl die Bearbeitung des Nachlasses von

Thun-Hohenstein als auch die Wiener Pressepolitik rund um die Jahre zwischen 1800 und 1815 bilden derzeit (drittmittelfinanzierte) Forschungsprojekte an der Universität Innsbruck. Renato G. Mazzolinis Forschung widmet sich der Wissenschaftsgeschichte sowie der kommunikativen Prozesse der Wissenschaft in dem öffentlichen Raum, die Auswirkung politischer Natur haben.

Eigene Vorarbeiten der beteiligten Wissenschaftler:

- Brigitte Mazohl-Wallnig, *Zeitenwende 1806 - Das Heilige Römische Reich und die Geburt des modernen Europa*, Wien, Köln, Weimar 2005.
- Brigitte Mazohl, "... die Schule ist und bleibt allzeit ein Politicum." Die Bildungsrevolution in der Habsburger Monarchie (gemeinsam mit M. Friedrich u. A. v. Schlachta) für den 9. Band (Sozialgeschichte) des von H. Rumpfer u. P. Urbanitsch herausgegebenen Handbuchs zur Geschichte der Habsburger Monarchie (in Druck)
- Brigitte Mazohl, "Eigentlich habe ich hier keine Heimat..." - Zu den Briefen des Bozner Festungsbaumeisters Georg Eberle (1787 - 1855), in: *Grafschaft Tirol – Terra Venusta. Studien zur Geschichte Tirols, insbesondere des Vinschgaus*. In Würdigung der Kulturarbeit von Marjan Cescutti, hg. v. G. Mühlberger u. M. Blaas, SCHLERN-SCHRIFTEN, Innsbruck, Bozen 2007, S. 271-284.
- R. Mazzolini, *Alle origini del Museo di Fisica e Storia Naturale di Firenze (1765-1790)*, in: B. Marx, K.-S. Rehberg (Hgg.), *Sammeln als Institution. Von der fürstlichen Wunderkammer zum Mäzenatentum des Staates*, München-Berlin 2006, S. 45-51 und 56-58.
- R. Mazzolini, M. Bucchi, *Big Science, little news: Science coverage in the Italian daily press, 1946-1997*, in: Martin W. Bauer u. M. Bucchi (Hgg.), *Journalism, Science and Society: Science Communication between News and Public Relations*, New York-London 2007, S. 53-70.
- A. Fahrmeir, *Stadtbürgerliche Strukturen und Bürgerlichkeit – Deutschland und England im Vergleich*, in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 139/40, 2003/2004 [2006], S. 89-107.
- A. Fahrmeir, *Von der Sozialgeschichte des Politischen zur Politikgeschichte des Sozialen? Trends und Kontexte der Politikgeschichte*, in: Gisela Miller-Kipp / Bernd Zymek (Hg.), *Politik in der Bildungsgeschichte - Befunde, Prozesse, Diskurse*. Bad Heilbrunn, Klinkhardt 2006, S. 19-35.

- A. Fahrmeir, *Citizenship: The Rise and Fall of a Modern Concept*. New Haven/London, Yale University Press 2007.
- G. Corni, P. Pombeni, *La politica come esperienza della storia*, in: Alcide De Gasperi: un percorso europeo, hg. v. E. Conze, G. Corni, P. Pombeni, Bologna 2005, S. 7-61.
- G. Corni, *Spostamenti di popolazioni e politiche del "grande spazio"*, in: *Le lettere aperte. 1939-1943. L'Alto Adige delle opzioni*, hg. v. C. Von Hartungen, *La fabbrica del tempo*, 2006. S. 45-66.

Aufgrund der skizzierten Fragestellung sind folgende Felder für Dissertationsprojekte denkbar:

- Die politische Kommunikation der Wissenschaftsorganisation am Beispiel ausgewählter österreichischen Universitäten im 19. Jahrhundert.
- Die (Selbst) Inszenierung der Wissenschaften in der Symbolik und Bildsprache des 19. Jahrhunderts. Ein Vergleich zwischen ausgewählten österreichischen - italienischen und deutschen Universitäten
- Die politische Presse. Zeitungen als Medien politischer Kommunikation

3.3.1.9 Soziale Sicherheit als kommunikative Konstruktion: Soziale Ansprüche an die Gesellschaft und ihre Diskussion vom Beginn der Industrialisierung bis zur Gegenwart

(Beteiligte Hochschullehrer: Corni, Fahrmeir, Plumpe)

Seit dem späten 18. Jahrhundert zerfällt in Europa endgültig die normativ „eingebettete“ (Polanyi) alte Ordnung. Die Lebensbewältigung erfolgt in zunehmendem Maße nicht mehr im Rahmen und durch definierte Sozialverbände (das „ganze Haus“, verfaßter Kommerz in den Städten, adlig-klerikale Lebensverbände, religiös legitimierte Fürsorge) mit ihren spezifischen Absicherungen gegen Armut, sondern der Einzelne wird gezwungen, sein Schicksal selbst im Rahmen der sich durchsetzenden Marktwirtschaft durch Gelderwerb zu sichern. Die alten, hierarchisch gruppierten Sozialverbände lösen sich wegen ihrer offensichtlich geringeren Produktivität auf, die traditionelle Verbindung („Einbettung“) aller Lebensbereiche weicht einer funktionalen Trennung von Politik, Wirtschaft, Recht, Erziehung, Religion, wodurch eine höhere soziale Komplexität erreicht wird.

Damit ändert sich der Rahmen der Lebensführung grundlegend. An die Stelle der traditionellen Gefährdungen (durch Klima, Krankheiten, Krieg etc.) treten neue, von der modernen Wirtschaft selbst erzeugte Risiken doppelter Art. Zunächst ist der Wirtschaftsprozeß an sich riskant, insbesondere durch das neue Phänomen der Konjunktur.

Sodann nehmen die Menschen an der Wirtschaft nur noch nach der Maßgabe des Wertes ihrer Arbeitskraft teil; der „ganze Mensch“ interessiert die auf ökonomische Transaktionen spezialisierte Wirtschaft nicht, interessant sind allein die verwertbare Arbeitskraft sowie der hierdurch ermöglichte Konsum. Da dies so ist, besteht immer die Möglichkeit einer Konkurrenz durch günstigere Arbeitskraft, sei es durch Migration ins eigene Land, sei es durch die Verlagerung von Arbeitsplätzen und/oder Konsumchancen durch unerwartete Nebenwirkungen der Steuerpolitik. Die Lage ist paradox: einerseits steigt die wirtschaftliche Produktivität, andererseits wachsen die Risiken, wobei sich beides gegenseitig bedingt.

Die Reaktionen auf diese Irritationen, sofern sie durch politische Entscheidungen vollzogen wurden, sind bekannt (Sozialpolitik, Sozialversicherung etc.). Dabei erstaunt, wie unterschiedlich die europäischen Gesellschaften auf diese Irritationen reagiert haben (englische *charity*, französischer Etatismus, deutsche Subsidiarität, italienischer Klientelismus, von den radikalen Lösungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch ganz abgesehen, schließlich Sozialstaat seit dem Zweiten Weltkrieg, Krise des Sozialstaates seit den 1980er Jahren) und wie lange sich die hierdurch konstituierten Politikmuster behaupten konnten. Weniger bekannt sind freilich die Hintergründe dieser unterschiedlichen Reaktionen. Wir vermuten sie in unterschiedlichen **Kommunikationen über die neuen Risiken** und den in diesen Kommunikationen sich durchsetzenden Entscheidungsgründen. Diese gilt es vergleichend zu erforschen: Wie wurden Risiken beobachtet, formuliert und in das gesellschaftliche Bewußtsein getragen? Welche Risikoursachen wurden „konstruiert“, welche Lösungsvorschläge entwickelt? Welche Vorschläge setzten sich schließlich warum als angemessen in der Kommunikation durch, wurden stabilisiert und institutionalisiert und dienen seitdem als „scripts“, mit denen Risikokommunikation einer bestimmten Art auf Dauer gestellt werden konnte und noch kann? Sodann ist die Frage nach den Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit aufzuwerfen: Wie und auf welche Weise wurde die „Krise des Sozialstaates“ zum Thema politischer Kommunikation? Fand/findet eine Europäisierung der Kommunikation statt oder folgt die Dekonstruktion des Sozialstaates ähnlich wie seine Konstruktion nationalen kommunikativen „scripts“ und Schemata? Wie werden in diesem Rahmen neue Ansprüche kommuniziert (Arbeitslose, Frauen, Randgruppen, Migranten etc.) und zeichnen sich dabei spezifische Kommunikationsmuster ab?

Der Teilbereich „Risikokommunikation“ des angestrebten Graduiertenkollegs macht folgerichtig die je „national“ verlaufenden semantischen Verarbeitungen der „neuen Lage“ in den verschiedenen europäischen Gesellschaften im 19. und 20. Jahrhundert zum Thema. Angestrebt werden dabei komparative Studien zur Entstehung der kommunikativen

Grundlagen und Voraussetzungen des Versicherungssystems in Europa im 19. Jahrhundert, zur Ausdifferenzierung öffentlicher und privater Versicherungsformen, zur Entstehung und Durchsetzung je spezifischer Konzepte des „Wohlfahrtsstaates“ sowie schließlich zur Diskussion um die „Krise des Sozialstaates“. Der Schwerpunkt der Studien soll dabei auf der kommunikativen Bewältigung der „neuen Risiken“ im Vergleich liegen sowie auf der Frage nach den Bedingungen der je nationalen Lösungen des Risikoproblems, wobei ein wichtiger Gesichtspunkt die Frage nach der jeweiligen kommunikativen Legitimität der Ansprüche an Sicherheit sowohl für das einzelne Individuum wie für die Gesellschaft sein sollte.

Herr Plumpe hat umfangreiche Vorarbeiten insbesondere zur Durchsetzung des Konzeptes der Sozialpartnerschaft in Deutschland und der daraus resultierenden spezifischen Formen der subsidiären Sicherung gegen „Marktrisiken“ vorgelegt.

Herr Fahrmeir hat sich jüngst im Kontext der Definition von Staatsbürgerschaftsrechten mit Definitionen und Grenzen von Risikogemeinschaften auseinandergesetzt.

Herr Corni hat insbesondere die Fragen der Entwicklung der Landwirtschaft im deutschen und italienischen Raum im Laufe ihrer Modernisierung und unter zwei unterschiedlichen politischen Systemen behandelt: die Diktaturen (Faschismus und Nationalsozialismus) und die Demokratien nach 1945. Er hat insbesondere die soziale, aber auch kulturelle Einbettung und krisenhafte Adaptation des primären Sektors an die moderne Industriegesellschaft berücksichtigt.

Eigene Vorarbeiten der beteiligten Wissenschaftler:

- W. Plumpe, Kapital und Arbeit. Konzept und Praxis der Industriellen Beziehungen im 20. Jahrhundert, in: Reinhard Spree (Hg.), Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert, München 2001.
- W. Plumpe, Die Industriellen Beziehungen in der DDR, in: André Steiner (Hg.), Überholen ohne Einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte, Berlin 2006, S. 67-90.
- A. Fahrmeir, From Economics to Ethnicity and Back. Reflections on Emigration Control in Germany, 1800-2000, in Nancy Green/François Weil (Hrsg.), Citizenship and Those Who Leave: The Politics of Emigration and Expatriation. Urbana, University of Illinois Press 2007, S. 176-194.
- A. Fahrmeir, Citizenship: The Rise and Fall of a Modern Concept. New Haven/London, Yale UP 2007.

- G. Corni, Markt, Politik und Staat in der Landwirtschaft. Ein Vergleich zwischen Deutschland und Italien im 20. Jahrhundert, in „Zeitschrift f. Agrargeschichte und Agrarsoziologie“, 51(2003), 1, S. 62-78.
- G. Corni, Der Umgang mit Landschaft und Umwelt, in C. Dipper (Hrsg.), Deutschland und Italien 1860-1960, München, Oldenbourg, 2005, S. 39-68.

Aufgrund der skizzierten Fragestellung sind folgende Felder für Dissertationsprojekte denkbar:

- Wohlfahrts- und Sicherheitskonzepte der Nachkriegszeit in Deutschland, Frankreich und Italien
- Migration als gesellschaftliches Risiko im 19. und 20. Jahrhundert. Italienische, deutsche und französische Debatten im Vergleich
- Debatten über Arbeitssicherheit im deutschen, englischen und belgischen Bergbau im 19. Jahrhundert
- Verkehrsrisiken in der Großstadt. Der Sicherheitsaspekt in der Stadtplanung an den Beispielen Paris, London und Berlin seit der Jahrhundertwende
- Vergleichende Geschichte der Sozialversicherung
- „Krise des Sozialstaates“ in Europa als Modus gesellschaftlicher Selbstbeschreibung
- Anerkennung durch Sicherheit? Die Kommunikation von Ansprüchen an den Sozialstaat im gesellschaftlichen Wandel seit den 1970er Jahren
- Sozialstaat im gesellschaftlichen Wandel seit den 1970er Jahren
- Landwirtschaftliche Interessen und Staat im nationalen und europäischen Raum im 20. Jahrhundert
- Umwelt und Umweltschutz in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit. Vergleichende Analysen

3.3.1.10 Die Wahrnehmung von Macht und Gewalt und deren Verarbeitung in der politischen Kommunikation der Zeitgenossen (Beteiligte Hochschullehrer: alle)

Gewaltausübung – vor allem im Rahmen von Kriegen – ist in der historischen Forschung völlig zu Recht primär mit Blick auf die konkreten Folgen an Zerstörung, Tod und Verstümmelung untersucht worden. Diese legitime Perspektive kann im Rahmen des IGK allerdings um eine neue Dimension erweitert werden. Die Erfahrung von kriegerischer Gewalt ist in antiken und alteuropäischen Gesellschaften anders verarbeitet worden als in jenen des

19. und 20. Jahrhunderts. Angesichts der Berührungängste der deutschen Historiographie gegenüber Militär- und Kriegsgeschichtsschreibung ist es lange Zeit viel zu wenig berücksichtigt worden, daß es gerade in den Gesellschaften Alteuropas eine sehr direkte Konfrontation zwischen den verschiedenen Rechtfertigungsstrategien für legitime Gewaltanwendung und den ebenso als legitim betrachteten Abwehrmaßnahmen diesen Versuchen gegenüber gegeben hat. Solche Muster der Rechtfertigung von Gewaltanwendung müssen aber als Kern der Debatte um die Grenzen zwischen legitimer und illegitimer, d.h. tyrannischer Ausübung von Herrschaft betrachtet werden. Und damit ist der Kern antiker und alteuropäischer Politikkommunikation angesprochen.

Die Fülle von zeitgenössischer Literatur, die sich mit diesem Problem befaßt, belegt, welchen zentralen Stellenwert diese Kommunikationslage hatte. Das Verhältnis von Tyrannis und Monarchie, die Frage nach der Stasis, das Verhältnis von Gewalt und Barbarei, die frühchristliche Diskussion über die Legitimität von staatlicher Gewalt in der Antike, späterhin Fragen nach der Abgrenzung zwischen Rebellion, Aufruhr oder legitimer Obrigkeitkritik lassen sich anhand dieser Materialfülle ausgezeichnet erfassen und damit das differenzierte politische Vokabular der Zeitgenossen zur Kommunikation über Herrschaft.

Die italienische Forschung hat sich dieser Problematik ebenso wie übrigens die englischsprachige und die französische schon ausgiebig gewidmet, von den entsprechenden methodischen und forschungsstrategischen Ergebnissen wird die Arbeit im Rahmen des IGK profitieren können.

Auffallend ist der Bruch in der Wahrnehmung von militärischer Gewaltanwendung bzw. dem Erdulden solcher Maßnahmen zwischen alteuropäischen Ordnungen und denjenigen des 19./20. Jahrhunderts. Nachdem die Fragen nach Kriegsschuld, Kriegslegitimität und Kriegsverbrechen für die großen Konflikte des 19. und 20. Jahrhunderts intensiv diskutiert worden sind, hat sich die Forschung im Rahmen der ‚neuen‘ Militärgeschichte verstärkt den Kriegserfahrungen, den Erinnerungen an Kriege und der Rolle von Kriegsbildern für politische Debatten auch in eher friedlichen Zeiten zugewandt. Gewiß war das 19. Jahrhundert seit 1815 ein Jahrhundert, in dem sich die realen Konflikte mit wenigen kurzen Ausnahmen friedlich lösen ließen, während sich der Schwerpunkt intellektueller Auseinandersetzungen auf die Konkurrenz im Prinzip internationaler oder internationalisierbarer politischen Bewegungen verlagerte. Eine solche Perspektive berücksichtigt freilich zu wenig die Rolle von Kriegsfurcht und Kriegserwartungen in politischen Diskursen. Die Angst vor Invasionen, der Verweis auf die Stärken und Schwächen eigener und fremder bewaffneter Mächte trat in Zeiten internationaler Spannungen immer

wieder in den Vordergrund politischer Debatten, wobei der Kontrast zwischen Kriegserwartung und Friedenserfahrung besonders zu Untersuchungen zur medialen Vermittlung von (regional sicher sehr stark differenzierten) Kriegsbildern einlädt. Die breite Studie von Jörn Leonhard und einige enger angelegte Publikationen der letzten Jahre markieren ein neues Forschungsfeld, das im Moment vor allem der nationalen, auch regionalen Vertiefung im epochenübergreifenden Vergleich bedarf, die für dieses Arbeitsfeld vorgesehen ist. Die transepochele Behandlung bietet sich auch deswegen an, weil die Legitimierung von Gewalt einerseits, die Brandmarkung gewalttätiger Herrschaft als tyrannisch andererseits sich oft auf historische Vorbilder bezog.

Die neue Fragestellung hat sich aus den intensiven Debatten des Kollegs ergeben. Die Vorarbeiten der beteiligten Hochschullehrer sind unterschiedlich dicht; die Vertreter der Forschungen zur Antike, der Mittelalter- und Frühneuzeitforschung haben die Bedeutung des Themenfeldes in der gemeinsamen Arbeit im IGK und in der Betreuung der Stipendiaten in den letzten Jahren rasch erkannt und entsprechende Forschungen begonnen, die noch nicht in allen Fällen zu Publikationen geführt haben. Die Vertreter der Forschungen zur Geschichte von Kriegswesen und militärischen Ordnungen im 19./20. Jahrhundert können für das anders gelagerte Interesse der Forschung auf recht gute Vorarbeiten zugreifen, zu denen sie selbst auch beigetragen haben. Ziel des Arbeitsbereiches ist es einerseits, die Unterschiede in der Wahrnehmung von Krieg und Gewalt in ihrer Rolle für die politische Kommunikation zu beschreiben und in einem integrierten Konzept zusammenzuführen. Das andere Ziel ist es, in der Bearbeitung eines Arbeitsfeldes durch alle Hochschullehrer und der von ihnen betreuten Stipendiaten das Hauptthema des Kollegs um eine konkrete Problemlage zu ergänzen und damit die Forschungsdebatte um die Reichweite und die Strategien politischer Kommunikation zu differenzieren.

Eigene Vorarbeiten der beteiligten Wissenschaftler:

- G. Albertoni/L. Provero, *Il feudalesimo in Italia*, Roma 2003.
- H. Noflatscher, *Von Maximilian zu Karl V.: der Fall „Burgund-Österreich“*, in: Werner Paravicini, Torsten Hiltmann (Hg.), *La cour de Bourgogne et l'Europe. Le rayonnement et les limites d'un modèle culturel* (im Druck).
- R. Bichler, *Der „Orient“ im Wechselspiel von Imagination und Erfahrung: Zum Typus der „orientalischen Despotie“*, in: *Getrennte Wege? Kommunikation, Raum und Wahrnehmung in der Alten Welt*, hg. v. R. Rollinger - A. Luther - J. Wiesehöfer unter Mitarbei von B. Gufler, Frankfurt a.M. 2007 (Oikumene 2), 475–500.

- K. Brandstätter, Vescovi, città e signori. Rivolte cittadine a Trento 1435-1437 (Collana di Monografie edita dalla Società di Studi Trentini di Scienze Storiche 51), Trento 1995.
- G.M. Cantarella, Il sole e la luna. La rivoluzione di Gregorio VII papa, 1073-1085, Roma-Bari 2005.
- D. Rando, Antitürkendiskurs und antijüdische Stereotypen: Formen der Propaganda im 15. Jahrhundert am Beispiel Trient, in Osmanische Expansion und europäischer Humanismus. Jahrestagung der Willibald Pirckheimer-Gesellschaft zur Erforschung von Renaissance und Humanismus, Stadtmuseum Wiener Neustadt, 29. - 31. Mai 2003, „Pirckheimer Jahrbuch für Renaissance- und Humanismusforschung“, 20 (2005), S. 33-52.
- A. De Benedictis, *Una guerra d'Italia, una resistenza di popolo. Bologna 1506*, Bologna, il Mulino, 2004.
- O. Niccoli, Profeti e popolo nell'Italia del Rinascimento, Laterza, Roma-Bari 2007 (2. Ausgabe), englische Übersetzung: Prophecy and people, in: Renaissance Italy, Princeton UP, Princeton 1990.
- H. Leppin, Truppenergänzungen in einer außergewöhnlichen Situation: Theodosius der Große und die Rekrutierungen nach Adrianopel, in: A. Eich (Hg.), Die römische kaiserzeitliche Armee und ihre Verwaltung
- L. Schorn-Schütte, Politische Kommunikation in der Frühen Neuzeit. Obrigkeitskritik im Alten Reich, in: Geschichte und Gesellschaft 32 (2006), Heft 3, S. 273-314.
- B. Mazohl, Aufgeklärte Apokalyptik: Religion, Gewalt und Frieden im Zeitalter der Globalisierung (Mitherausgeberin des Editorialbord der Forschungsplattform Weltordnung-Religion-Gewalt).- Innsbruck 2007
- D. Ambaglio, La spedizione in Sicilia e l'opinione pubblica: un disastro annunciato, in: Il dopoguerra nel mondo greco. Politica propaganda storiografia, hg. v. L. Santi Amantini, Roma 2007, S. 43-55.
- M.-L. Recker, „La paix à tout prix“? Frankreichs Haltung gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland 1938/39, in: Frank Estelmann/Olaf Müller (Hg.), Ecrire la Crise. Die Reaktionen französischer Intellektueller und deutscher Exilanten auf die europäische Krise nach dem Münchner Abkommen (1938-1940) (im Druck).
- A. Fahrmeir, O. Faron u. P. Weil (Hgg.), Migration Control in the North Atlantic World: The Evolution of State Practices in Europe and the United States from the French Revolution to the Inter-War Period, New York/Oxford 2003.

- M. Giangiulio, Identità civica e partecipazione: Clistene e Atene, 7, hg. v. M. Giangiulio, in: Storia d'Europa e del Mediterraneo: il mondo antico, II: La Grecia, III: Grecia e Mediterraneo dall'VIII sec. a.C. all'età delle guerre persiane, Salerno 2007, S. 533-570.
- M. Milanesi, Cartografia per un principe senza corte: Venezia nel Quattrocento, in Les savoirs à la Cour (Actes du Colloque International, Université de Lausanne, novembre 2004) "Micrologus" XVI (2007), Firenze.
- R. Mazzolini, Diritti dell'umanità e antropologia fisica: il caso Blumenbach, in: Adriano Prosperi, Pierangelo Schiera, Gabriella Zarri (Hgg.), Chiesa cattolica e mondo moderno. Scritti in onore di Paolo Prodi, Bologna 2007, S. 487-495.
- G. Ciappelli, Un ministro del Granducato di Toscana nell'età della Restaurazione: Aurelio Puccini (1773-1840) e le sue „Memorie“, Roma 2007.
- G. Corni, Hitler, Bologna 2007.
- F. Bernstein, Konflikt und Migration. Studien zu griechischen Fluchtbewegungen im Zeitalter der so-genannten Großen Kolonisation, (Mainzer Althistorische Studien; 5) St. Katharinen 2004.
- B. Jussen (Hg.), Die Macht des Königs. Herrschaft in Europa vom Frühmittelalter bis in die Neuzeit, München 2005.
- W. Plumpe, „Steuerungsprobleme“ in der Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte des Nationalsozialismus, in: Gerd Bender, Rainer Maria Kiesow, Dieter Simon (Hg.), Die andere Seite des Wirtschaftsrechts. Steuerung in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts, Frankfurt am Main 2006, S. 19-30.

Aufgrund der skizzierten Fragestellung sind folgende Felder für Dissertationsprojekte denkbar:

- Zulässige Gewalt und Widerstandsrecht: der Fall der Lehnsleute in karolingischer Zeit
- Zur Wahrnehmung von Krieg und Gewalt am Hof Maximilians I. (Karl V.)
- Herrscher im Krieg gegen die eigenen Untertanen – Untertanen im Krieg gegen die eigenen Herrscher: Kriegsrealität und –vorstellungen vor der Beanspruchung des Monopols legitimer Gewalt durch den Staat
- Die Rechtfertigung von militärischer Gewalt als Grundmuster der Legitimation politischer Herrschaft im 16. Jahrhundert (Altes Reich unter Karl V.)
- Die Idee des unblutigen Sieges in der Spätantike

- Der legitime Krieg „aus der Bibel“ bei D. Reinkingk und anderen politischen Theoretikern des 17. Jahrhunderts

3.3.2 Vergangenheit als Argument in der politischen Kommunikation

Geschichtsschreibung dient der Traditionsbildung ebenso wie der Kritik an vorhandenen Bildern von der Vergangenheit, sie dient der Mythenbildung ebenso wie der Delegation solcher Mythen. In diesem Sinne ist das Schreiben über die Vergangenheit Teil der jeweiligen zeitgenössischen Kommunikation über die Legitimität einer Verfassungsordnung und der diese begründenden Traditionen. Im Sinne der Forschungsthese des IGK ist Geschichtsschreibung deshalb auch Teil der politischen Kommunikation einer Gesellschaft.

Die moderne Form wissenschaftlicher Geschichtsschreibung entwickelte sich gegen Ende des 18. Jahrhunderts. Zeitgleich wuchs solcher Wissenschaft mit der Debatte über die Legitimität der Nationalstaatsbildung eine ganz eigene politische Rolle zu, die für alle Länder Europas zu einer wichtigen Phase der eigenen Geschichte wurde. Im Vergleich der Entstehung und Ausformung solcher nationaler Mythen sollen die Fragen nach der Rolle von Geschichtsschreibung im Prozeß politischer Legitimitätsstiftung aufgenommen und präzisierend weitergeführt werden.

Auch der Anspruch der Wissenschaften auf Freiheit von politisch/religiöser Funktionalisierung, wie er seit den Akademiegründungen des 18. Jahrhunderts von Seiten der experimentellen Wissenschaften in Europa immer deutlicher formuliert wurde, ist Teil der politischen Kommunikation neuzeitlicher Gesellschaften. Die Wissenssoziologie formulierte für das 20. Jahrhundert sogar die These von der Delegation gesellschaftlicher Werte und Normen aufgrund des immer stärker ausgeprägten Einflusses der Naturwissenschaften auf politische und Verfassungsentscheidungen. Die damit gestellte Frage nach dem Verhältnis von Wissenschaft und politischer Herrschaft gilt für alle Wissenschaftszweige, sie ist schließlich auch eine Frage nach dem Gleichgewicht zwischen Natur- und Geisteswissenschaften in neuzeitlichen Wissensgesellschaften. In der Debatte um diese Zuordnungen steht der Charakter neuzeitlicher Herrschaftsformen, ihre Legitimität, zur Diskussion.

Ein zeithistorisch sehr präsent Thema solcher Debatten um Legitimität durch Geschichtsschreibung ist die nach 1945 europaweit geführte Diskussion über die Ursachen von Faschismus/Nationalsozialismus einerseits, die Rolle des Europagedanken für eine gemeinsame europäische politische Neuorientierung andererseits. Das gemeinsame Erbe

Europa wurde zu einem Argument, mit dessen Hilfe politische Normen und herrschaftliche Ordnungen durch Traditionen legitimiert werden sollten. Im Rahmen einer Debatte um die Grundlagen einer europäischen Herrschaftsordnung, die sich dezidiert von derjenigen der Vorkriegszeit unterscheiden sollte, erhielt Geschichtsschreibung eine sehr gegenwartsbezogene Orientierungsfunktion.

In diesem Sinne wurde auch die Orientierung an antiken Vorbildern immer wieder für die Kommunikation um politische Normen herangezogen. Gerade weil die Auseinandersetzungen um die historische „Richtigkeit“ der „westlichen“ politischen Werte nach 1918 und nach 1945 so vehement geführt wurden, war die Bedeutung der Geschichtsschreibung als derjenigen Wissenschaft, die solche Traditionen in der französischen Revolution ebenso verorten konnte wie in der attischen Demokratie, unbestritten. Zugleich aber war sie strittig, denn eindeutige Antworten kann historische Forschung in solchen Debatten um Legitimität nicht geben. Damit ist der Bogen zum methodischen Ausgangspunkt des Graduiertenkollegs geschlagen: Traditionsstiftung durch Geschichtsschreibung setzt eine Bestimmung von historischer Realität voraus, genau darüber aber wird in den nationalen Wissenschaftslandschaften diskutiert. Und um diese Frage auch als methodisches Konzept zu diskutieren werden sich die beteiligten Hochschullehrer alle mit der These von der Konstruktion sozialer Räume befassen, die sich als Teil politischer Kommunikation vergangener Gesellschaften charakterisieren ließe.

3.3.2.1 Ferne Vergangenheiten als Vorbild, Gegenbild oder Zerrbild im politischen Diskurs

(Beteiligte Hochschullehrer: Bernstein, Bichler, Corni, Leppin, Rando)

Der Rückbezug auf eine Vergangenheit, die aus der Sicht der Akteure in weiter Ferne liegt, ist in den unterschiedlichsten historischen Epochen ein wichtiges Argument im politischen Diskurs. Diese Vergangenheit kann gerade im Vergleich zur näheren oder auch nächsten Vergangenheit idealisiert oder aber abgelehnt werden. Auf den ersten Blick scheint der positive Rückbezug für die Vormoderne charakteristisch und das negative Bild für das Fortschrittsdenken der Moderne. Doch bei näherem Zusehen gestalten die Dinge sich komplexer. Während ein idealisierender Bezug auch rein paradigmatisch, d. h. ohne das Postulat einer Identität stiftenden historischen Kontinuitäts-Linie erfolgen kann, setzen bewußte Distanzierungen von ferner Vergangenheit solche Kontinuitäts-Linien voraus. So kann im politischen Denken der Römischen Kaiserzeit die frühe Vergangenheit sowohl als eine Epoche der Grobheit und Barbarei als auch als eine der sittlichen Reinheit beschrieben

werden. Im deutschen 19. Jahrhundert kann die Germanenzeit idealisiert wie auch perhorresziert werden. Die Bearbeitung dieses Themas kann verdeutlichen, nach welchen teils zeitgenössischen, teils durch die Tradition überkommenen Kriterien Vergangenheiten bewertet und instrumentalisiert wurden, da ferne, weniger verlässlich bis völlig unzureichend bezeugte Vergangenheiten besser formbar waren als nahe Vergangenheiten und eben deswegen auch „heiße“ Erinnerungen hervorrufen konnten.

Die Gruppe der beteiligten Dozenten bietet ein breites Spektrum an Kompetenzen sowohl in Hinblick auf die Methodik als auch auf die Epoche, wie es bei einem solchen Thema unerlässlich ist.

Eigene Vorarbeiten der beteiligten Wissenschaftler:

- F. Bernstein, Verständnis- und Entwicklungsstufen der archaischen Consualia. Römisches Substrat und griechische Überlagerung, *Hermes* 125, 1997, 413–446.
- F. Bernstein, Transfer und Distanz: Thera, Kyrene und die Gründung der Apoikie im Kult, in: L. Schumacher (Hrsg.), *Religion – Wirtschaft – Technik. Althistorische Beiträge zur Entstehung neuer kultureller Strukturmuster im historischen Raum Nordafrika / Kleinasien / Syrien*, (Mainzer Althistorische Studien; 1) St. Katharinen 1998, 1–19.
- R. Bichler, Alexander der Große und das NS-Geschichtsbild, in: *Antike und Altertumswissenschaft in der Zeit von Faschismus und Nationalsozialismus. Kolloquium Zürich 14. bis 17. Oktober 1998*, hrsg. V. Beat Näf, Mandelbachtal – Cambridge 2001, 345–378.
- G. Corni (Hg.), *Die Mauern der Geschichte. Historiographie in Europa zwischen Diktatur und Demokratie*, Leipzig 1996.
- G. Corni, Umstrittene lieux de mémoire, *Jahrbuch für europäische Geschichte*, 3 (2002), 93-100.
- H. Leppin, Von Etrurien nach Rom: Die Antike in den historischen Disziplinen Italiens im 19. Jahrhundert, *International Journal of the Classical Tradition* 4 (1997), 268-277.
- H. Leppin, Das Alte Testament und der Erfahrungsraum der Christen: Davids Buße in den Apologien des Ambrosius, in: A. Pečar / K. Trampedach (Hg.), *Die Bibel als politisches Argument. Voraussetzungen und Folgen biblizistischer Herrschaftslegitimation in der Vormoderne (HZ Beihefte 43)*, München 2007, 119-133.

- D. Rando, Antitürkendiskurs und antijüdische Stereotypen: Formen der Propaganda im 15. Jahrhundert am Beispiel Trient, In: Osmanische Expansion und europäischer Humanismus (2005), S.31-52.
- D. Rando, Dai margini la memoria: Johannes Hinderbach (1418-1486), Bologna 2003.

Aufgrund der skizzierten Fragestellung sind folgende Felder für Dissertationsprojekte denkbar:

- Die Ionische Kolonisation im politischen Diskurs der nachklassischen Zeit
- Antike Gründungsfeste und ritualisierte Ferne
- Das Bild der Tyrannis in den Reden bei Herodot und Diodor
- Das archaische Rom bei Ennius und in der republikanischen Annalistik
- Das archaische Rom im politischen Denken der römischen Kaiserzeit
- Die neue Vergangenheit Roms in flavischer Zeit. Der politische Diskurs in Literatur und bildender Kunst
- Alttestamentarische Herrscher und Kaiserkritik im 4. Jahrhundert n. Chr.
- Die römische Republik als Exempel im Konflikt christlicher und heidnischer Eliten (4.-6. Jahrhundert)
- Etrurien als Ideal im italienischen politischen Denken der 18. Jahrhunderts
- Germanen und Römer im süddeutschen politischen Diskurs des 19. Jahrhunderts
- Das Urchristentum im politischen Diskurs des 19. Jahrhunderts
- Die slawische Vorgeschichte im politischen Denken der DDR
- Ostpreußen im deutschen politischen und literarischen Diskurs der 80er und 90er Jahre des 20. Jahrhunderts
- Alexander der Große als strategisches Vorbild – ein revival im aktuellen Diskurs?

3.3.2.2 Nationale Geschichte als Artefakt im 19. und 20. Jahrhundert (Deutschland, Italien, Österreich)

(Beteiligte Hochschullehrer: Albertoni, Corni, Mazohl, Recker, Schorn-Schütte)

Im Zuge der wissenschaftlichen Professionalisierung der historischen Disziplinen hat sich im Lauf des 19. Jahrhunderts eine Form der Geschichtsschreibung herausgebildet, die ihr Hauptaugenmerk auf *Die Entstehung der modernen Nation* gerichtet hat. Die älteren wie auch die jüngeren, sich erst ausbildenden Nationalstaaten erkannten die Notwendigkeit der "inneren" Nationsgründung und betrachteten die Erzählung ihrer Entstehungsgeschichte als

eine der Möglichkeiten zur Herstellung von nationaler Identität. Eine Fülle von Sonderwegen wurde historisch ausfindig gemacht, von denen jeder ein „heroischer“ zu sein hatte.

Solange der Nationalstaat als die einzig mögliche oder jedenfalls beste Form staatlicher Organisation erschien, war diese Nationalgeschichte *das* herrschende Deutungsmuster schlechthin bzw. dieses Deutungsmuster selbst wurde durch die Praxis des geschichtswissenschaftlichen Diskurses überhaupt erst konstituiert. In ihrer jeweils „eigenen“ Nationalgeschichte erkannten sich die „staatstragenden“ Gruppen; die „Tradition“ Nationalgeschichte dominierte Forschung und Lehre, das Muster reichte in seiner öffentlichen Rezeption und Wirkung bis weit ins 20. Jahrhundert hinein. Nationalgeschichte ist, trotz aller Kritik an ihrer narrativen und chronologischen Grundstruktur, bis heute wirksam.

Es war nicht nur die Tragödie des Zweiten Weltkrieges, die mit dieser Form der Nationalgeschichte erstmals gebrochen hat. Die Dekonstruktion dieses historischen Diskurses erfolgte auch noch später, als infolge einer Kombination von Generationswechsel und Legitimationskrise die etablierten politischen Systeme in Europa zunehmend in die Krise gerieten.

Da diese Problematik inzwischen bei den HistorikerInnen verschiedener Länder auf großes Interesse gestoßen ist, bietet sich die Möglichkeit zum Vergleich, zur komparativen Analyse von Ursachen, Handlungszusammenhängen, kontextuell bedingten Ähnlichkeiten und Unterschieden. Dabei kann die zur Zeit viel diskutierte Annahme einer „Meistererzählung“ als Arbeitshypothese herangezogen werden.³⁰

Für die Phase der Staatsbildung können die großen Gleichzeitigkeiten und Parallelen der Entwicklungen in Italien und Deutschland mit dem ganz anders gelagerten Fall Österreichs verglichen werden, denn Österreich hatte als multiethnisch konzipierter Vielvölkerstaat einer teleologisch konstruierten Nationalgeschichte wenig Adäquates entgegen zu setzen. Vielmehr schrieben die einzelnen Völker ihre individuellen Gründungsmythen und Geschichten, eine Gesamtstaatsgeschichte fehlte fast ganz.

Sodann ist die Konzeption von Nationsgeschichte nach dem Bruch von 1918 im Vergleich zu betrachten. Hier bieten sich Deutschland und Österreich als Vergleichsfälle in der Frage einer (Re-)Konstruktion von „deutscher“ Geschichte an. Und es ist zu fragen, auf welche Weise die nationalstaatlichen „Gründungsmythen“ Deutschlands und Italiens nach 1918 weitergeschrieben wurden.

In einem wiederum anderen Zeitkontext – nach dem Zweiten Weltkrieg – hatten sowohl die beiden deutschen Staaten, als auch Österreich und die Republik Italien mit besonderen

³⁰ Siehe dazu K. Jarausch / M. Sabrow (Hgg.), Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945, Göttingen 2002.

Schwierigkeiten zu ringen, um eine Nationalgeschichte zu etablieren oder zu korrigieren. Wie stellte sich nun, da die politische Landkarte wieder neu gezeichnet worden war, die Aufgabe „nationaler“ Identitätsstiftung dar? Im Falle der beiden deutschen Staaten ist zu fragen, inwiefern sich hier jeweils spezifische „Nationalgeschichten“ von BRD und DDR herausgebildet haben. Gerade die von der Akademie der Wissenschaften oder regimenahen Historikern verfaßten großen „Meistererzählungen“ zur Entwicklung der DDR als sozialistischem Staat sind hierfür ein geeignetes Untersuchungsfeld. Für die BRD läßt sich untersuchen, ob und wie sich allmählich eine „Geschichte der BRD“ etabliert und zur Eigenstaatlichkeit des westdeutschen (Teil-) Staates beigetragen hat. In Österreich wird die Frage nach einer (staats-) nationalen Identität erst in der „Zweiten Republik“ virulent.

Alle an diesem Forschungsfeld beteiligten WissenschaftlerInnen beschäftigen sich seit mehreren Jahren mit dazu gehörenden Themen. Herr Corni hat sich in einigen Aufsätzen der Konstruktion eines nationalen Geschichtsbildes in den beiden deutschen Staaten nach 1945 gewidmet, die Frage nach der öffentlichen Benutzbarkeit und Nutzung von „Geschichte“ behandelt und die Brüche im historiographischen Diskurs bei der Änderung der Staatsform von der Diktatur zur Demokratie untersucht. Frau Mazohl befaßt sich seit längerem in Forschung und Lehre mit der Geschichte der österreichischen Geschichtswissenschaft im 19. und 20. Jahrhundert und hat vor einigen Jahren (2002) zusammen mit Ch. Dipper (Darmstadt) und M. Meriggi (Neapel) eine Internationale Tagung zum Thema „Nationalgeschichte als Artefakt. Deutschland, Italien und Österreich im Vergleich“ in Wien durchgeführt. Frau Schorn-Schütte hat sich in mehreren Publikationen der Rolle nationaler Geschichtsschreibung als Form politischer Legitimation, als nationaler Meistererzählung also zugewandt; Frau Recker hat sich in ihren Forschungen zur Bundesrepublik Deutschland auch der Frage nach deren Selbstverständnis und deren Abgrenzung zur DDR gewidmet.

Vom spezifischen Fall Tirols ausgehend hat sich Herr Albertoni mit jenen Formen beschäftigt, in denen Personen, Fakten oder Sozialgruppen im Mittelalter eine oft entscheidende Rolle in der Konstruktion und Gegenüberstellung der Nationalidentitäten gespielt haben.

Eigene Vorarbeiten der beteiligten Wissenschaftler:

- G. Albertoni, Cassianus primus episcopus. San Cassiano di Imola, primo vescovo di Sabiona, tra leggenda agiografica e dispute storiografiche, in *La norma e la memoria. Studi per Augusto Vasina*, a cura di T. Lazzari, L. Mascanzoni e R. Rinaldi, Roma 2004, S. 115-138.

- G. Corni / M. Sabrow (Hg.), Die Mauern der Geschichte. Historiographie in Europa zwischen Diktatur und Demokratie, Leipzig 1996.
- B. Mazohl-Wallnig, (Hg.), Nationalgeschichte als Artefakt. Deutschland – Österreich – Italien im Vergleich. Tagungsband der internationalen Tagung der Akademie der Wissenschaften in Wien (wird 2008 erscheinen).
- B. Mazohl-Wallnig, (Kaiser)haus – Staat – Vaterland: Zur „österreichischen“ Historiographie vor der Nationalgeschichte, in: Nationalgeschichte als Artefakt (wie oben).
- M.-L. Recker u.a. (Hg.), Bilanz. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, St. Ingbert 2001.
- M.-L. Recker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 2002.
- L. Schorn-Schütte, Alteuropa oder Frühe Moderne? Deutungsversuche der Frühen Neuzeit aus dem Krisenbewußtsein der Weimarer Republik in Theologie, Rechts- und Geschichtswissenschaft, Berlin 1999 (= Beiheft 23 zur Historischen Zeitschrift).
- L. Schorn-Schütte, Wozu noch Reformationsgeschichtsschreibung? Eine Standortbestimmung, in: Dieter Hein / Klaus Hildebrand / Andreas Schulz (Hgg.), Historie und Leben. Der Historiker als Wissenschaftler und Zeitgenosse. Festschrift für Lothar Gall, München 2006, S. 137–150.

Aufgrund der skizzierten Fragestellungen sind folgende Felder für Dissertationsprojekte denkbar:

- Die „dynastische“ Geschichtsschreibung: Savoyer, Hohenzollern, Habsburg
- „Nationale“ Geschichte vs. Lokalgeschichte: Untersuchungen zur politischen Kommunikation in heimatgeschichtlichen Vereinen
- Volk, Nation, Staat in der Begründung des nationalen Geschichtsdiskurses (Risorgimento, Bismarck-Mythos, kleindeutsche / großdeutsche Geschichtsschreibung)
- Nationalgeschichte nach 1918: Die (Re-)Konstruktion nationaler Identitäten in der Zwischenkriegszeit (Weimarer Republik, erste Republik in Österreich, italienischer Faschismus)
- Kontinuitäten und Brüche im nationalgeschichtlichen Diskurs nach 1945 (DDR, BRD, Republik Italien, Zweite Republik in Österreich)

3.3.2.3 Die politische Sprache des staatlichen und gesellschaftlichen Neuanfangs nach 1945. Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus und die Hinwendung zur „westlichen“ Werteordnung in Deutschland, Österreich und Italien im Vergleich

(Beteiligte Hochschullehrer: Corni, Plumpe, Recker)

Nach dem Ende der diktatorischen Regime war die öffentliche Diskussion durch die Frage beherrscht, wie der Sieg des Faschismus/Nationalsozialismus zu erklären sei und welche Konsequenzen für den politischen Neuanfang hieraus zu ziehen seien. Zwar sind hier Einzelaspekte bereits wissenschaftlich erforscht, doch ist der Vergleich mit anderen Staaten im Nachkriegseuropa kaum systematisch vollzogen worden; selbst der deutsch-deutsche Vergleich ist nur selten in den Blick gekommen. Dabei könnten durch den komparativen Ansatz die aus der Zeitgenossenschaft herrührenden gemeinsamen Erfahrungen und Wertvorstellungen Aufklärung geben über vergleichbare Diskurse zur Legitimierung des verfassungsbezogenen Neuanfangs. Zugleich dürfte sich das Wechselverhältnis zwischen unterschiedlichem nationalen Kontext und vergleichbarer Wertedebatte akzentuieren lassen.

Einen ersten Themenschwerpunkt soll die Debatte in den politischen Parteien zum politischen und gesellschaftlichen Neuanfang nach 1945 bilden. Hierbei muß die parteispezifische Sichtweise zu den Ursachen des italienischen / österreichischen / deutschen „Faschismus“ analysiert und nach Sprachstilen und Argumentationsmustern gefragt werden. Dies schließt auch den Rekurs auf die eigene nationale Geschichte bzw. das „nationale“ Erbe ein und die Aneignung dieses „Erbes“ durch Verfassungstraditionen. Hier ist zum einen der deutsch-italienische Vergleich von großem Interesse, aber auch die deutsch-deutsche Parallele. Nicht nur die Debatten um die Auswahl, Platzierung und Ausstattung von Denkmälern, Gedenkstätten, Feierstunden sind Gegenstand der Untersuchungen, sondern ebenso die „Sprache“ dieser Monumente und Veranstaltungen selbst.

Zum zweiten ist der Europadiskurs der Nachkriegsjahre und die Hinwendung zu den „gemeinsamen Wurzeln“ zu betrachten, ob diese nun im Erbe der Antike, im frühneuzeitlichen Humanismus oder im – seit dem 19. Jahrhundert so bezeichneten – christlichen „Abendland“ gesehen wurden. Die hier verwendeten Sprachmuster und Deutungsebenen können ein spezifisches Verfassungsverständnis herausarbeiten helfen, mit dem nach dem Ende der Diktatur der gemeinsame Bezugspunkt „Europa“ gesucht wurde, um der soeben überwundenen „Barbarei“ ein positives Gegengewicht entgegen zu setzen. Hier ist insbesondere die Kommunikation der politischen Parteien im europäischem Raum ein neues Forschungsfeld, da so der Diskurs um die Herrschaftsordnung in den europäischen Staaten

wie eines vereinten Europa über nationale Grenzen hinweg verfolgt werden kann. Dies betrifft zum einen die parteiinternen Kommunikationen, zum anderen die entsprechenden Debatten in gemeinsamen Gremien (Europarat, Gemeinsame Versammlung der Montanunion, Europaparlament), in denen sich jeweils kommunikative Räume für ein demokratisch legitimes Europabewußtsein öffneten.

Der Gegenstand ist seit einigen Jahren ein Forschungsschwerpunkt der beteiligten Wissenschaftler. Herr Corni hat seine Arbeiten zum Faschismus/Nationalsozialismus systematisch auf die Nachkriegsepoche ausgeweitet. Frau Recker arbeitet seit Jahren zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mit Schwerpunkt auf der Parteien- und Verfassungsgeschichte. Herr Plumpe untersucht die Rolle wirtschaftsgeschichtlicher Normenbildung für die Nationalstaatsdebatten des 20. Jahrhunderts.

Eigene Vorarbeiten der beteiligten Wissenschaftler:

- G. Corni, Fascism, Anti-Fascism and Resistance in the Politics of Memory and Historiography in Post War Italy, in Q. E. Wang – F.L.Fillafer (eds.), The Many Faces of Clio. Cross-cultural Approaches to Historiography, New York - Oxford, 2007, pp.420-436.
- M.-L. Recker, Die Bundesrepublik Deutschland, München 2002.
- M.-L. Recker, Der Parteienstaat in der Diskussion. Die Entstehung des Parteiengesetzes im Schnittfeld von Politik, Wissenschaft und Rechtsprechung, in: Dieter Hein u.a. (Hg.) Historie und Leben. Der Historiker als Wissenschaftler und Zeitgenosse. Festschrift für Lothar Gall, München 2006, S. 605-618.
- W. Plumpe, Das Ende der Koloniezeit - Gedanken zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des Ruhrgebietes in den fünfziger und frühen sechziger Jahren, in: Jan-Pieter Barbian, Ludger Heid (Hg.), Die Entdeckung des Ruhrgebietes. Das Ruhrgebiet in Nordrhein-Westfalen 1946 – 1996, Essen 1997, S. 146-172.
- W. Plumpe, „Wir sind wieder wer!“ Wirtschaftsentwicklung und Unternehmensstrategien in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Marie-Luise Recker u.a. (Hg.), Bilanz: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, St. Ingbert 2001, S. 237-278.

Aufgrund der skizzierten Fragestellung sind folgende Felder für Dissertationsprojekte denkbar:

- Individuum versus Massengesellschaft. Die Diskussion um die Ursachen des Massenanhangs der Faschisten/Nationalsozialisten bei Christdemokraten und Liberalen
- Der militärische/kirchliche/Arbeiterwiderstand in der Gedenkrhetorik in Italien, Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und der DDR
- Risorgimento und Vormärz/Paulskirche als nationales „Erbe“ nach 1945
- „Europa“ als politisches Konkurrenzthema zwischen christdemokratischen und sozialdemokratischen Parteien
- Rituale der öffentlichen Erinnerung
- Sprachen der Politik. Demokratie, Kalter Krieg, Resistenza, Antifaschismus. Vergleiche zwischen Italien, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland

3.3.2.4 Der Europadiskurs nach 1989 – „Einheit in der Vielfalt“ (Beteiligte Hochschullehrer: Corni, Plumpe, Recker)

Mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Beitritt der vormals in den Warschauer Pakt eingebundenen Länder setzte eine neue Phase des europäischen Einigungsprozesses ein. Durch die Verträge von Maastricht (1993), von Amsterdam (1999) und Nizza (2003) wurde die Einigungspolitik geographisch ebenso wie inhaltlich erheblich ausgeweitet. Die europäische Politik griff damit tief in die herkömmlichen Reservate nationalstaatlicher Politik ein. Damit wurde die die europäische Bewegung seit ihren Anfängen begleitende Frage nach einer europäischen Identität und dem Verhältnis von nationaler Souveränität und der Einbindung in supranationale europäische Strukturen neu aufgeworfen. Dies begleitete insbesondere die Beitrittswelle der postkommunistischen Staaten, die sich unter Rekurs auf ihre nationale Identität gerade erst von der politischen, militärischen, ökonomischen, ideologischen und kulturellen Oberhoheit der Sowjetunion befreit hatten.

Dieses Spannungsverhältnis zwischen nationalem Souveränitätsbeharren und transnationaler Kooperation und Politik, zwischen kultureller nationaler oder regionaler Eigenheit und einer europäischen Identität bzw. Wertegemeinschaft hat vielfältige Diskurse provoziert, die inhaltlich wie sprachlich zu analysieren sind. Die beteiligten Hochschullehrer beschäftigen sich seit geraumer Zeit mit den Fragen europäischer Identitätsbildung, die sich nach 1989 zu einem Gegensatz zur Nationalstaatsordnung entwickelte.

Eigene Vorarbeiten der beteiligten Wissenschaftler:

- M.-L. Recker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 2. erw. u. überarb. Aufl., München 2005
- G. Corni, Konrad Adenauer e Willy Brandt: due forme di "leadership" nella democrazia, in: *Ricerche di storia politica*, 2002, S. 415-429.
- G. Corni, P. Pombeni, La politica come esperienza della storia, in: Alcide De Gasperi: un percorso europeo, hg. v. E. Conze, G. Corni, P. Pombeni, (Annali dell'Istituto storico italo-germanico, Quaderno 65), Bologna 2005, S. 7-61.
- W. Plumpe, Europäische Integration in Ost und West, Themenheft des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte, eingeleitet und herausgegeben von Werner Plumpe und André Steiner, Berlin 2008.

Aufgrund der skizzierten Fragestellung sind folgende Felder für Dissertationsprojekte denkbar:

- Die Debatte um den Europäischen Verfassungsvertrag
- Das Europäische Parlament als Diskursraum
- Die Debatte um die Grenzen Europas
- Die Debatte um die Identität Europas und der Beitrittswunsch der Türkei
- Die Idee der Nation als geographische, kulturelle und politische Form im vereinten Europa am Beispiel einzelner Beitrittsländer
- Gibt es ein gemeinsames europäisches Geschichtsbewusstsein? Der Diskurs über die beiden europäischen „Totalitarismen“ in den Niederlanden/Belgien und in Lettland/Estland
- Der Diskurs über regionale Identität, nationale Souveränität und Europa am Beispiel einzelner Minderheiten

3.3.2.5 Wissenschaften im öffentlichen Raum

(Beteiligte Hochschullehrer: Mazohl, Mazzolini, Recker, Milanese)

Seit der Mitte des 17. Jahrhunderts beanspruchten die sich entfaltenden experimentellen Wissenschaften ihre Freiheit von politischer und/oder religiöser Funktionalisierung. Das äußerte sich u.a. in den in England einsetzenden Akademiegründungen, die sich seitdem in ganz Europa konstatieren lassen. Die nunmehr dauerhaften Auseinandersetzungen um die Autonomie der Wissenschaften, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts in den Gegensatz

zwischen Natur- und Geisteswissenschaften mündeten, sind Teil der politischen Kommunikation der europäischen Wissensgesellschaften seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts. Diese Debatte wird als Parlamentarismus- und Kapitalismuskritik seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts in allen europäischen Industrienationen geführt, sie ist die Grundfrage nach der politischen Legitimität der Entscheidungsstrukturen dieser Politikordnungen. Für die Arbeiten innerhalb des Graduiertenkollegs ist diese Fragestellung deshalb von Belang, weil deutlich gemacht werden kann, daß die Wechselwirkung von wissenschaftsinternen und -externen Differenzierungen zugleich ein Problem der politischen Legitimität moderner Verfassungsordnungen ist, sich hier die politische Kommunikation präzise nachvollziehen läßt. Einzelne dieser Diskurse setzten bereits im 19. Jahrhundert ein, sie entfalteten sich in den europäischen Regionen unterschiedlich dicht, ihre personellen Verzahnungen, institutionellen Begründungen und inhaltlichen Verflechtungen sind als Gegenstand der politischen Kommunikation weithin noch unerforscht. Ausgewählte Debatten werden deshalb im Rahmen von Dissertationen zu bearbeiten sein.

Die beteiligten Wissenschaftler arbeiten seit längerem im thematischen Umfeld zusammen. Frau Mazohl forscht zum Thema Organisation der Wissenschaften in der Habsburgermonarchie im Umfeld der Universitätsreformen von 1848/49, durch die die österreichische Wissenschaftslandschaft bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts entscheidend geprägt wurde. Frau Recker hat in ihrem Arbeitsschwerpunkt zum Parlamentarismus in der Bundesrepublik Deutschland die Debatte in Wissenschaft und Öffentlichkeit um Charakter und Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Systems analysiert sowie die Anfänge wissenschaftlicher Politikberatung nachgezeichnet. Herr Mazzolini ist Inhaber des Lehrstuhls für Wissenschaftsgeschichte in Trient und hat mehrere Standardwerke zum Zusammenhang zwischen Wissenschaftsdifferenzierungen und politischen Strukturveränderungen sowie zur Debatte zwischen Natur- und Geisteswissenschaften im 19. Jahrhundert verfaßt.

Frau Milanese hat zahlreiche Studien dem geographischen und kosmographischen Sprach- und Instrumentengebrauch in der Praxis und Darstellung der politischen Macht zwischen dem 15. und dem 18. Jahrhundert gewidmet.

Eigene Vorarbeiten der beteiligten Wissenschaftler:

- B. Mazohl, Universitätsreform und Bildungspolitik. Die Ära des Ministers Thun-Hohenstein (1849-1860), in: Nachklänge der Aufklärung im 19. und 20. Jahrhundert, hg. Von Klaus Müller Salget und Sigurd Paul Scheichl. Innsbrucker Beiträge zur Kulturwissenschaft. Germanistische Reihe, Band 73 (Innsbruck 2007).

- R. G. Mazzolini, L'interpretazione simbolica della pigmentazione umana nell'antropologia fisica del primo Ottocento, in: G. Abbattista u. R. Minuti (Hgg.), *Le problème de l'altérité dans la culture européenne. Antropologie, politique et religion aux XVIII^e et XIX^e siècles*. Napoli: Bibliopolis, 2006, S. 179-194.
- R. G. Mazzolini u. M. Bucchi, Big Science, little news: Science coverage in the Italian daily press, 1946-1997, in: M. W. Bauer u. M. Bucchi (Hgg.), *Journalism, Science and Society: Science Communication between News and Public Relations*, New York, London: Routledge, 2007, S. 53-70.
- M. Milanesi, Note sull'"Epitome cosmografica" di Vincenzo Coronelli (1692-1693), in *La cartografia europea tra primo Rinascimento e fine dell'Illuminismo*, D. Ramada Courto, A. Cattaneo, A. Ferrand Almeida, ed., Firenze, Olschki, 2003, S. 63-74.
- M. Milanesi, A Special Geography for the King, "Globusfreund" / "Globe Studies", Wien, Zeitschrift der Internationalen Coronelli Gesellschaft für Globenkunde vol. 53/54 (2007), S.11-24.
- M.-L. Recker, Der Parteienstaat in der Diskussion. Die Entstehung des Parteiengesetzes im Schnittpunkt von Politik, Wissenschaft und Rechtssprechung, in: Dieter Hein u.a. (Hg.) *Historie und Leben. Der Historiker als Wissenschaftler und Zeitgenosse*. Festschrift für Lothar Gall, München 2006, S. 605-618.
- M. L. Recker zus. m. Christoph Johannes Franzen und Karl-Heinz Kohl (Hgg.), *Der Kaiser und sein Forscher. Der Briefwechsel zwischen Wilhelm II. und Leo Frobenius (1924-1938)*, Stuttgart 2008 (im Druck).

Aufgrund der skizzierten Fragestellungen sind folgende Felder für Dissertationsprojekte denkbar:

- Wissenschaftliche Politikberatung (20. Jahrhundert)
- Die politische Bedeutung der naturwissenschaftlichen Kongresse im 19. und 20. Jahrhundert
- Politische Terminologie und politische Metaphern in der naturwissenschaftlichen Prosa
- Wissenschaftliche Instrumente und politischer Diskurs: Globographen und Fürsten am Ende des 17. Jahrhunderts

3.3.2.6 Soziale Räume als Konstrukt der politischen Kommunikation von der Antike bis zur Gegenwart

(Beteiligte Hochschullehrer: alle)

Bis in die 1990er Jahre war es weitgehend üblich, Veränderungen in der Beschreibung sozialer Realitäten und der Wahrnehmung von Zeitabläufen als Ausdruck des Wandels sozialer Realitäten oder empirischer Erfahrungen von Distanzen zu deuten. Veränderungen in der Beschreibung wurden daher als Ausdruck neuer sozialer Strukturen gedeutet, die sich etwa im Zuge des Aufstiegs der antiken bzw. mittelalterlichen Ritter, der ‚gentry‘, des Bürgertums oder der Angestellten konstituierten. Seit den 1990er Jahren hat sich – vor allem in der angelsächsischen Forschung – der Blick dafür geschärft, daß Beschreibungen sozialer Ordnungen (wie die ‚normaler‘ Zeitabläufe) politische Implikationen haben und teilweise, bisweilen auch primär, durch politische Zielsetzungen motiviert wurden. Beispielsweise wurde gezeigt, daß die Konstruktion „mittlerer Stände“ bzw. einer „Mittelklasse“ in der Frühen Neuzeit ebenso wie um 1800 zugleich mit der Legitimierung moderater Forderungen in den tagespolitischen Auseinandersetzungen der Revolutionsjahre begründet wurde und darüber hinaus mit den damals so noch nicht erkennbaren Veränderungen der Struktur sozialer Schichten als Beispiel je auf die „frühbürgerliche Revolution“ verwiesen. Das galt und gilt auch für die Kategorien und Erkenntnisinteressen sozialhistorischer Forschungen selbst, wie an Konjunkturen etwa des Bürgertumsbegriffs deutlich wird, oder an der Aktualisierung der Beschreibung der antiken Gesellschaft in Mommsens „Römischer Geschichte“ erkennbar ist.

Ziel des Arbeitsfeldes ist es, die Betrachtung der Beschreibung sozialer Ordnungen und Zeitfolgen (etwa Sequenzen von „Krisen“) als politische Diskurse auf ein breiteres Spektrum von Ländern und Epochen auszuweiten und dadurch gegebenenfalls zu differenzieren und als selbst (politisch?) zeitgebunden zu problematisieren. Das entspricht dem Ansatz des IGK, politische Sprachen der Zeitgenossen zu identifizieren, was nur durch deren Verortung in die eigene Zeitbindung erfolgreich sein kann. Die beteiligten Hochschullehrer haben unter diesem Aspekt unterschiedlich intensiv gearbeitet. Das Arbeitsfeld wird die nationalen Sichtweisen zusammenbinden.

Eigene Vorarbeiten der beteiligten Wissenschaftler:

- Andreas Fahrmeir, Von der Sozialgeschichte des Politischen zur Politikgeschichte des Sozialen? Trends und Kontexte der Politikgeschichte, in: Gisela Miller-Kipp / Bernd Zymek (Hrsg.), Politik in der Bildungsgeschichte - Befunde, Prozesse, Diskurse. Bad Heilbrunn 2006, S. 19-35.
- Andreas Fahrmeir, Artikel „Bürgertum“, „Kleinbürgertum“, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Stuttgart 2005-, Bd. II, Sp. 583-94, Bd. VI, Sp. 262-7.
- Frank Bernstein, Die „Weidmänner“ und Theodor Mommsens leidenschaftliche Römische Geschichte, in: Monika Estermann / Ute Schneider (Hrsgg.), Wissenschaftsverlage zwischen Professionalisierung und Popularisierung, (Wolfenbütteler Schriften zur Geschichte des Buchwesens; 41) Wiesbaden 2007, 35–45.
- L. Schorn-Schütte, Historische Politikforschung. Eine Einführung, München 2006.
- L. Schorn-Schütte, Wozu noch Geschichtswissenschaften? Überlegungen zu einem Thema des ausgehenden 20. Jahrhunderts, in: Sind wir noch das Volk der Dichter und Denker? (=Universitätsreden), Heidelberg 2004, S. 9-20.

Aufgrund der skizzierten Fragestellung sind folgende Felder für Dissertationsprojekte denkbar:

- Soziale Dichotomien: plebs urbana und plebs rustica von der Klassischen zur Späten Römischen Republik
- Die Beschreibung der antiken Demokratie in der internationalen althistorischen Forschung des 19. Jahrhunderts
- Die politische Funktion des Bürgertumsbegriffs in Deutschland und Italien im langen 19. Jahrhundert
- Die Beschreibung der „mésos“ in zeitgenössischen Beschreibungen der kaiserlichen römischen Gesellschaft
- Zeit als Faktor des politischen Diskurses in den Jahren der außenpolitischen Konkurrenz um 1900
- Die Konturierung sozialer Schichten im Rahmen exemplarisch analysierter Steuersysteme des 19. und 20. Jahrhunderts im transnationalen Vergleich
- Das Konstrukt „frühbürgerliche Revolution“ als politisches Deutungsmuster des 20. Jahrhunderts

3.4 Wissenschaftliche Einbindung der Postdoktoranden

Vorgesehen ist die Vergabe von zwei Postdoktorandenstipendien. Da die europäische politische Kommunikation von der Antike bis ins 20. Jahrhundert Gegenstand der Arbeiten im IGK ist, ist die Zuordnung eines der Stipendien zur Geschichte der Antike und der europäischen Vormoderne und eines Stipendiums zur Geschichte der Moderne (Frühe Neuzeit bis Zeitgeschichte) inhaltlich sinnvoll, denn die Strukturen, Institutionen und das Vokabular der politischen Sprachen wandelt sich, wenn auch regional unterschiedlich, rasch seit dem Beginn des 16. Jahrhunderts. Die Schwerpunktsetzung für den Postdoc Antike/Vormoderne ist im Bereich der „Alten Geschichte“ sinnvoll. Die enge Kooperation zwischen den Althistorikern in Frankfurt/M., Innsbruck und Trient (hinzu tritt Pavia) hat sich in der ersten Förderphase als fruchtbar erwiesen, die Förderung des promovierten wissenschaftlichen Nachwuchses z.B. auf dem im Arbeitsfeld *3.3.1.1 Die Entstehung einer politischen Begrifflichkeit im frühen und klassischen Griechenland* benannten Themenkreis bietet sich als ein die althistorische Forschungen sinnvoll bündelnder Schwerpunkt an.

Eine vergleichbare Schwerpunktsetzung empfiehlt sich für das Postdocstipendium, das die Moderne (Frühe Neuzeit bis zur Zeitgeschichte) abdecken wird. Die Arbeitsfelder *3.3.1.10 Die Wahrnehmung von Macht und Gewalt und deren Verarbeitung in der politischen Kommunikation der Zeitgenossen* und *3.3.2.6 Soziale Räume als Konstrukt der politischen Kommunikation von der Antike bis zur Gegenwart* werden von allen Hochschullehrern gemeinsam bearbeitet werden. Etliche neue Aspekte der politischen Kommunikation sind hier für den theoretischen ebenso wie für den inhaltlichen Fragehorizont zu erwarten. Ein Postdocstipendiat, der sich mit seinen eigenen Forschungen hier ansiedelt, kann die Forschungsergebnisse zielgerichtet bündeln und in die Vermittlung zu den Doktoranden einbinden.

4 Studienprogramm und Betreuungskonzept

Im Arbeits- und Ergebnisbericht wurde bereits auf die Besonderheiten eines Studienprogramms für ein Internationales Graduiertenkolleg verwiesen, dessen Stipendiaten nicht immer alle gemeinsam an einem Ort anwesend sind, sondern sich in Gruppen unterschiedlicher Zusammensetzung und unterschiedlicher Dauer an den beteiligten Studienorten aufhalten. Dieser Struktur wird das Studienprogramm Rechnung tragen. Wie bereits unter Punkt 2 (Profil) beschrieben, werden die Kollegs- und Kooperationsstrukturen um die eigenständig zu organisierenden Stipendiatentagungen ergänzt.

Für das dritte Element des Studienprogramms, die örtlichen Workshops, ist eine ganz neue Ordnung vorgesehen, die sich an den Erfahrungen der ersten Förderphase und an den konkreten Maßnahmen, die an der Universität Innsbruck praktiziert wurden, orientiert.

4.1 Studienprogramm

Zweimal im Semester treffen sich die Stipendiatengruppen der einzelnen Universitäten und bearbeiten in einem **Blockseminar** von zweitägiger Dauer je abwechselnd ein Methoden- und ein inhaltlich bezogenes Thema. Die Inhalte werden unter den Universitäten abgestimmt, die Organisation liegt aber in der Hand der örtlichen Veranstalter, hinzugezogen werden können auswärtige Gastdozenten. Es ist auch den Mitgliedern der Stipendiatengruppen an den anderen Universitäten dringend empfohlen, an den Blockseminaren teilzunehmen, die Termine sind aufeinander abgestimmt.

Das Methodenthema und der Inhaltsblock werden nach den Bedürfnissen der jeweils vorhandenen Gruppe bestimmt. In jedem Semester sollen zwei der beteiligten Universitäten jeweils entweder ein theoretisches oder ein inhaltliches Thema bearbeiten, so daß durch das Rotationssystem aus Universität und Thema alle Themengebiete und Methodenansätze des Kollegs in allen Universitäten vertieft werden. (Siehe die Tabelle der Blockseminare unten). Des Weiteren sollte es das beschriebene Rotationssystem ermöglichen, bewußt und konstruktiv an das vorhergegangene Seminar anzuknüpfen und somit zu einer steten Erweiterung der Erkenntnisse zu führen. Deshalb ist zu Beginn eines jeden Semesters eine Absprache im Sprecherkreis und unter Beteiligung der Sprecher der Stipendiaten eine inhaltlich exakte Planung erforderlich. Die Blockseminare bestehen aus Vorträgen der Stipendiaten einerseits zu ihren Arbeiten, um damit die Fortschritte zur Diskussion stellen zu können; sie bestehen andererseits aus der Diskussion von Basistexten, die für das ganze IGK verbindlich sind. Sie werden in einem Textbuch zusammengestellt und im gesamten Kolleg verwendet; eine erste Fassung aus der ersten Förderphase liegt bereits vor. Auf diese Weise ist sichergestellt, daß das ganze IGK vergleichbare Inhalte bearbeitet; ergänzende Texte, die vor Ort besonderes Interesse finden, können selbstverständlich zusätzlich herangezogen werden, sie werden den übrigen Gruppen sofort zur Kenntnis gebracht.

Die Studenten sind verpflichtet, ihre Präsentation frei und mit Hilfe moderner Medien vorzustellen. Das ist für die Klausurtagungen ebenfalls verbindlich und mit Erfolg in der ersten Förderphase praktiziert worden (Schlüsselqualifikationen). Von allen Sitzungen werden durch die Stipendiaten Protokolle angefertigt, die an alle anderen Gruppen des Kollegs verteilt

werden. Ein Schlußbericht aus jedem Semester und von jeder Gruppe wird auf der Internetseite des IGK publiziert.

Semester	Bologna	Frankfurt/M.	Innsbruck	Pavia	Trient	Thema
SoSe 2009	April/Mai		Mai/Juni			Theorie
WiSe 2009/10		Nov./Dez.		Okt./Nov.	Dez./Januar	Inhalt
SoSe 2010	April/Mai		Mai/Juni			Inhalt
WiSe 2010/11		Nov./Dez.		Okt./Nov.	Dez./Januar	Theorie
SoSe 2011	April/Mai		Mai/Juni			Theorie
WiSe 2011/12		Nov./Dez.		Okt./Nov.	Dez./Januar	Inhalt
SoSe 2012	April/Mai		Mai/Juni			Inhalt
WiSe 2012/13		Nov./Dez.		Okt./Nov.	Dez./Januar	Theorie
SoSe 2013	April/Mai		Mai/Juni			Theorie

4.2 Betreuungskonzept

In Fortführung des erfolgreich praktizierten Betreuungskonzeptes für die erste Förderphase (siehe Bericht), sind die folgenden Aspekte der Begleitung der Stipendiaten vorgesehen.

Ausschreibungsverfahren

Alle Stipendien werden gemeinsam international ausgeschrieben (Fachzeitschriften, überregionale Zeitungen, einschlägige Internetforen). Das Kolleg ist inzwischen in den beteiligten Wissenschaftskulturen und darüber hinaus im angelsächsischen und französischen Forschungsraum so bekannt, daß eine außerordentlich große Resonanz auf die bereits abgeschlossenen Ausschreibungen zu verzeichnen war. Eine darüber hinausgehende Ansprache weiterer Interessentenkreise ist deshalb nicht vorgesehen. Das Potential sehr gut qualifizierter Bewerber ist groß; selbst angesichts der Voraussetzung einer ausbaufähigen Zweisprachigkeit sind in den bisherigen Auswahlverfahren bis zu 60 Bewerbungen eingegangen. Die Kandidaten entstammten dem ganzen europäischen Forschungsraum, mehrere Bewerbungen kamen auch aus Nordamerika (USA und Kanada).

Auswahlverfahren

Das Verfahren vollzieht sich in zwei Schritten. Alle Kandidaten werden von den das Kolleg tragenden Professoren nach ihrer schriftlichen Bewerbungsform bewertet, die Voten ausgewertet und eine Gruppe von bis zu 15 einzuladenden Kandidaten gebildet. Diese stellen sich in Einzelgesprächen je zwei nationenverschiedenen Hochschullehrern vor. In einer Gruppendiskussion mit anderen Bewerbern präsentieren sie anschließend ihr Konzept und stellen sich den beobachtenden Hochschullehrern so auch im Diskussionsverhalten in einer

großen Runde dar. Aus den vergebenen Bewertungen wird die Gruppe der aufzunehmenden Bewerber gebildet. Eine Verteilung nach Nationalität, Region, Geschlecht oder Epoche findet nicht statt.

Kriterien für die Auswahl sind überdurchschnittliche Studienabschlüsse, ein dem Fach angemessen schnelles Studium, Auslandserfahrung, Sprachkenntnisse und ein Exposé, das die besondere Eignung für das IGK erkennen läßt. Es gibt keine Vorgabe zur Passgenauigkeit der Doktorarbeiten, weil auch kreative, neue Ansätze willkommen sind.

Betreuung

Jeder Stipendiat wird je zwei nationenverschiedenen Hochschullehrern zugeordnet, die aufgrund ihrer Fachkompetenz die Inhalte der Arbeit bestmöglich begleiten können. Eine der Universitäten wird als Erstuniversität festgelegt, weil dort das Promotionsverfahren zu absolvieren ist. An der Prüfung nimmt der auswärtige Mitbetreuer als gleichberechtigtes Kommissionsmitglied teil. Dies ist Grundlage der Doppelpromotion (co-tutelle). Der Stipendiat muß mindestens drei Monate an der Zweituniversität studieren und dort gegebenenfalls auch die Sprachkenntnisse abrunden. Die individuelle Betreuung findet durch die von Anfang an zugeordneten Hochschullehrer vor Ort statt.

Auf den Klausurtagungen und in den Lehrveranstaltungen vor Ort werden regelmäßige Präsentationen der Arbeitsfortschritte erwartet und durch öffentliche Diskussionen auch geprüft. Während der Klausurtagungen ist ausreichend Zeit, um mit beiden Betreuern die Arbeitsfortschritte ausführlich zu besprechen. Reisen zum auswärtigen Betreuer sind selbstverständlich und finden mindestens zweimal jährlich statt.

Durch wissenschaftliche Koordinatorin und Postdocs findet eine zusätzliche Betreuung durch den schon qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchs statt. Dazu sind die Nachwuchs-Workshops (s.o.) vorgesehen. Auf diesen werden zudem Präsentationswege und Diskussionstechniken eingeübt, also Schlüsselqualifikationen vermittelt. In der Abschlußphase der Arbeit werden Praktikumsplätze vermittelt und Kontakte zu weiteren Kulturinstitutionen auch außerhalb der Universität angeboten (Museen, Stiftungen, politische Organisationen), um den Übergang in das Berufsleben zu begleiten: hier kann an erfolgreiche Arbeiten in der ersten Förderphase angeknüpft werden.

Erfolgskontrolle

Regelmäßige Erfolgskontrollen sind durch die verpflichtende Teilnahme und Präsentation der Arbeitsergebnisse sowohl auf den Klausurtagungen als auch bei den Nachwuchs-Workshops

vorgesehen. Zudem sind alle Stipendiaten in die Lehrveranstaltungen vor Ort (siehe Tabelle oben) eingebunden, die ausdrücklich inhaltlich miteinander verzahnt und aufeinander abgestimmt sind. Soweit es der nationalen Universitätskultur entspricht, wird die Teilnahme an diesen Veranstaltungen bewertet und das Ergebnis geprüft.

5 Gastwissenschaftlerprogramm

Die Erfahrungen der ersten Förderphase haben die Bedeutung des Gastwissenschaftlerprogramms hervortreten lassen. Insbesondere für die Klausurtagungen und für die Betreuung der Stipendiaten an den einzelnen Universitäten hat sich der verstärkende Sachverstand für die Einführung in die Forschungsdebatten als unverzichtbar erwiesen. Für die neue Förderphase ist deshalb geplant, an jeder Universität pro Jahr eine dreimonatige Gastdozentur (auf Werkvertragsbasis) zu ermöglichen und bis zu zwei Lehraufträge, die an Nachwuchswissenschaftler vergeben werden können, um die Stipendiaten im fest umrissenen Studienprogramm zu begleiten. Inhaltlich ist es nötig, die Theoriedebatten zur historischen Politikforschung zu verstärken, so daß vermehrt italienisch- und französischsprachige Kompetenzen nach Frankfurt/M. und Innsbruck eingeladen werden soll. Umgekehrt wird die aktuelle begriffsgeschichtliche Debatte u.a. im Bielefelder Sonderforschungsbereichs und der Cambridge School an den italienischen Universitäten verstärkt zu diskutieren sein.

In Verbindung mit dem unter 4.1 skizzierten Studienprogramm werden die beteiligten Universitäten immer dann, wenn der Methoden-/Theoriekomplex behandelt wird, Gastdozenten der beiden skizzierten Kategorien einladen. Deshalb können die Stipendiaten, da sie die Standorte wechseln, vom Sachverstand der unterschiedlichen Gäste mehrfach profitieren. Als Gastdozenten sind verschiedene Fachleute bereits angesprochen worden; sie sind bereit zu kommen. So soll nach Bologna eingeladen werden Prof. Dr. J. C. Zancarini (Lyon), Prof. Dr. Habinek (Johns Hopkins University Baltimore); nach Frankfurt/M. u.a. Prof. Dr. Martin van Gelderen (Florenz), Prof. Dr. Giuseppe Duso (Padua), Prof. Dr. Arno Strommeyer (Salzburg); nach Trient Prof. Dr. Oliver Janz (Berlin), Prof. Dr. Nicholas Rupke (Göttingen), Prof. Hartmut Ullrich (Kassel), Prof. Dr. Enzo Traverso (Amiens); nach Innsbruck PD Dr. Reinhard Blänkner (Frankfurt/O.), Prof. Willibald Steinmetz (Bielefeld).

Semester	Innsbruck	Bologna / Pavia im Wechsel	Frankfurt/M.	Trient
SoSe 2009	PD Blänkner	Prof. Zancarini		
WiSe 2009/10		Prof. Zancarini		
SoSe 2010				
WiSe 2010/11	Prof. Steinmetz	Prof. Habinek	Prof. Duso	Prof. Janz
SoSe 2011	Prof. Steinmetz	Prof. Habinek	Prof. Strohmeier	
WiSe 2011/12				
SoSe 2012				
WiSe 2012/2013	N.N. Alte Geschichte	N.N. Alte Geschichte	N.N. Alte Geschichte	Prof. Traverso
SoSe 2013		N.N. Alte Geschichte		Prof. Traverso

6 Organisationsstruktur des Graduiertenkollegs

Die Organisationsstruktur wird sich nicht ändern, da sie sich bewährt hat. Lediglich eine Ergänzung ist vorgesehen: es wird eine Gruppe von „assozierten Hochschullehrern“ gebildet (aus allen beteiligten Universitäten), die zwar nicht als Antragsteller auftreten, aber in die fachliche Betreuung der Stipendiaten vor Ort eingebunden werden.

in Bologna:

Prof. Dr. Patrizia Dogliani, Neuere Geschichte
 Prof. Dr. Barnaba Maj, Philosophie
 Prof. Dr. Carla Salvaterra, Römische Geschichte
 Prof. Dr. Raffaella Sarti, Zeitgeschichte

in Innsbruck:

Prof. Dr. Günther Pallaver, Politikwissenschaften
 Prof. Dr. Gunda Barth-Scalmani, Österreichische Geschichte

in Pavia:

Prof. Dr. Elisa Romano, Geschichte der klassischen Philologie und Tradition
 Prof. Dr. Delfino Ambaglio, Griechische Geschichte

7 Umfeld des Graduiertenkollegs

Das Internationale Graduiertenkolleg widmet sich einem Forschungsfeld, das in den verschiedenen nationalen Wissenschaftstraditionen unterschiedliche Formen der

institutionellen Verankerung gefunden hat. Die hier beteiligten Universitäten verfügen über breit erprobte eigene Institutionen und/oder universitäre Studienbedingungen, die gute Voraussetzungen für die Anbindung des IGK bieten. Zudem können alle beteiligten Universitäten auf eine lange Tradition der Graduiertenbetreuung verweisen, nicht zuletzt in solchen Formen, innerhalb derer neue Wege beschritten wurden.

7.1. Seit jeher hatte die geschichtswissenschaftliche Forschung an der **Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/M.** einen Schwerpunkt ihrer Arbeiten in der Reflexion der historischen Bedingungen politiktheoretischer Forschung. Die gegenwärtig am Historischen Seminar arbeitenden Historiker setzen diese Tradition fort. Insbesondere die an diesem Antrag beteiligten Kollegen haben in den vergangenen Jahren in enger Kooperation die Belegung der Forschungen zu einer neuen Geistes-/Ideengeschichte auf der Grundlage des skizzierten Forschungsstandes zu ihrem Anliegen gemacht. Das zeigt sich einerseits in gemeinsamen Lehrveranstaltungen, es zeigt sich andererseits an der wissenschaftlichen Kooperation, die innerhalb des zum Ende des Jahres 2008 auslaufenden SFB/KFK 435 „Wissenskultur und gesellschaftlicher Wandel“ praktiziert wurde und es zeigt sich zum dritten in dem seit Oktober 2007 in Frankfurt/M eingerichteten Exzellenzcluster 243 „Die Herausbildung normativer Ordnungen“, innerhalb dessen eine enge Kooperation mehrerer Historiker, die sowohl das IGK tragen als auch Hauptforscher im Exzellenzcluster sind, mit Politikwissenschaftlern, Juristen, Wirtschaftswissenschaftlern, Philosophen, Theologen und Ethnologen praktiziert wird. Schon im Rahmen des SFB/KFK wurden zahlreiche Promotionsvorhaben betrieben, die der Thematik des IGK eng verwandt waren, entsprechendes gilt nun für die Arbeit im Exzellenzcluster. In dessen Forschungsfeld 2 „Geschichtlichkeit normativer Ordnungen“ geht es Historikern, Philosophen und Ethnologen um die Formulierung einer historischen Grundlegung der gegenwärtigen Debatten um die Legitimation normativer Ordnungen in europäischen Gesellschaften. Die Zielsetzung des IGK ist mit diesem thematischen Anliegen des Clusters eng verbunden, geht es auch im Graduiertenkolleg um die Legitimation und sprachliche Vermittlung normativer Ordnungen vergangener Gesellschaften. Aufgrund dieser inhaltlichen Nähe und aufgrund seiner ausgeprägten Erfahrung in der institutionalisierten, internationalen Ausbildung exzellenten wissenschaftlichen Nachwuchses in der Promotionsphase war das IGK eine wichtige Stütze in der Entwicklung des Nachwuchskonzeptes des Exzellenzclusters. In den kommenden Jahren wird diese Kooperation für beide Forschungsverbände unverzichtbarer Bestandteil der Arbeit bleiben. Die neu aufzunehmenden Doktoranden des Clusters werden als assoziierte

Doktoranden Mitglied des IGK werden, umgekehrt wird das IGK sein Gastdozentenprogramm mit demjenigen des Clusters abstimmen und den Doktoranden einen weiten Horizont der wissenschaftlichen Kommunikation vermitteln. Das IGK ist damit unverzichtbarer Bestandteil der wissenschaftlichen Schwerpunktsetzung der Johann Wolfgang Goethe-Universität, wie sie durch die Exzellenzinitiative bundesweit angestoßen wurde. Sein spezifischer Beitrag ist die international ausgerichtete Doppelgraduierung und die Mehrsprachigkeit in der Ausbildung des geisteswissenschaftlichen exzellenten Nachwuchses. Wie schon im Einrichtungsantrag erwähnt, ist hervorzuheben, daß sich die Forschungen am Lehrstuhl „Neuere allgemeine Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Frühen Neuzeit“ seit den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts mit ausdrücklichem Gewicht der frühneuzeitlichen Politiktheorie und Ideengeschichte zugewandt haben. Die deshalb in der Universitätsbibliothek Frankfurt/M. vorhandene Forschungsbibliothek zu diesem Schwerpunkt stellt ein ausgezeichnetes Arbeitsinstrument für den Gegenstand des Internationalen Graduiertenkollegs dar. Schließlich ist die sehr enge Verbindung zu betonen, die die Antragsteller zum Max-Planck-Institut für Europäische Rechtsgeschichte pflegen. Dies gilt für die inhaltliche Kooperation, es gilt aber ebenso für die organisatorische Verbindung, die zu der am MPI betriebenen institutionalisierten Ausbildung von Doktoranden besteht (MPI research schools). In diesem Rahmen sind ebenso wechselseitige Kooperationen etabliert wie sie im SFB/KFK praktiziert wurden und wie sie nun im Rahmen des Exzellenzcluster bevorstehen.

Zu historischen Arbeits- und Forschungsstätten auch außerhalb der Universität bestehen in Gestalt von Stadtmuseum, Historischem Museum und Museum für Kommunikation intensive, praktisch erprobte Beziehungen. Diese werden mit Hilfe der als Abschluß des IGK geplanten Ausstellung politische Kommunikation einen inhaltlichen Schlußpunkt setzen helfen; die Kooperation in dieser Ausstellung ist mit dem Stadtmuseum und dem Museum für Kommunikation abgesprochen, Praktika für Stipendiaten werden bereits angeboten und sollen über die Ausstellungskooperation weiter gefördert werden.

Die Einrichtung des IGK hat die Kooperation in der Lehre innerhalb des Fachbereichs ebenso beflügelt wie diejenige unter den Mitgliedern des Historischen Seminars. Die ersten erfolgreichen Doppelgraduierungen haben den Fachbereich zur Öffnung seiner Promotionsvorgaben veranlaßt; darüber hinaus sind Weichen für die interdisziplinäre Arbeit in der Lehre des Exzellenzclusters gestellt.

7.2. Innerhalb der gegenwärtigen italienischen Geschichtsforschung spielt die **Università degli Studi di Trento** eine international anerkannte wissenschaftliche Rolle sowohl in der institutionalisierten Betreuung der Graduiertenstudien als auch in der wissenschaftlichen Schwerpunktsetzung, so daß die Anbindung des IGK mit *diesem* thematischen Schwerpunkt sich für Trient geradezu anbietet. Trient gehört zu demjenigen italienischen Gebiet, das mit Mitteleuropa am engsten verbunden ist, insbesondere mit den europäischen Gebieten, die der deutschen Sprache und Kultur verbunden sind. Diese Tradition ist Bestandteil der Gegenwart, sie prägt die Identität der Bewohner der Region Trentino-Südtirol (Trentino-Alto Adige). Deshalb konnte die lokale Regierung (die autonome Provinz Trient) seit den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts mit öffentlichen Mitteln und unter großer Zustimmung der Bevölkerung ein „**Italienisch-Deutsches Historisches Institut**“ (**Isig**) finanzieren, das zum Zentrum der wissenschaftlichen Begegnung und des wissenschaftlichen Austausches zwischen italienischsprachigen und deutschsprachigen Historikern geworden ist. Ein dabei sehr gewichtiges Instrument ist die jährliche Studienwoche im September (settimana di settembre), auf der die großen Themen der deutsch-italienischen Geschichte der doppelten deutschen bzw. österreichischen und der italienischen Geschichte aus der jeweils doppelten deutsch-italienischen, deutsch-österreichischen und italienisch-österreichischen Perspektive diskutiert werden. Die Leitung liegt in der Hand von jeweils miteinander kooperierenden deutsch- und italienischsprachigen Historikern. Die Tagungssprachen sind Deutsch und Italienisch, die Publikationen erscheinen in beiden Sprachen, die dazugehörige Stipendiatenwoche dient der Betreuung von Doktoranden, die sich einem Gegenstand der deutsch-italienischen Geschichte widmen. Dies alles belegt, wie stark das Institut an der Graduiertenbetreuung beteiligt und entsprechend institutionell erfahren und ausgestattet ist. Das gilt nicht zuletzt für die hochspezialisierte Bibliothek, die mit der Universitätsbibliothek eng verzahnt ist.

Aus diesen historisch-kulturellen Gründen hat sich die Universität Trient, mit der das Isig aufs engste kooperiert, bei der Einrichtung und Erprobung doppelter italienisch-deutscher Studienabschlüsse im europäischen Rahmen mit besonderer Verve engagiert. So ist z.B. der doppelte Studienabschluß in den Fächern der „Facolta di Lettere e Filosofia“ zwischen der Universität Trient und der Technischen Universität Dresden und in der Soziologie zwischen der Universität Trient und der Technischen Universität Dresden sowie der Universität Eichstätt verwirklicht worden. Darüber hinaus ist die Universität Trient inzwischen zum organisatorischen Zentrum aller akademischen und wissenschaftlichen Kooperationsbemühungen zwischen Deutschland und Italien geworden. Die Einrichtung eines entsprechenden Büros, das zuständig ist für die Organisation der doppelten Studienabschlüsse

und von wissenschaftlichen Sprach- und Spezialisierungskursen ist erfolgt. An der Universität lehren zahlreiche Professoren, die aus wissenschaftlichen Gründen, aber auch aufgrund ihrer akademischen Prägung enge Kontakte zu den deutschsprachigen Regionen Europas pflegen. Einige Personen, die hier als Mittragsteller fungieren, arbeiten im methodischen und praktischen historischen Kontext des Rahmenthemas des IGK seit geraumer Zeit zusammen. Wie eng die Kooperation bei der Betreuung von Doktoranden zu diesem Themenfeld bereits ist, zeigt die Liste der betreuten Promotionsarbeiten. 1996 wurde ein „Doktorat der Historischen Wissenschaften“ ins Leben gerufen, das sich dem Thema „Formen der politischen und sozialen Kommunikation“ widmet. Sämtliche am IGK beteiligten Dozenten (neben anderen, die nicht direkt daran beteiligt sind), bilden den Dozentenkreis dieses Doktorats. Hierzu gehören u.a. auch Dozenten der Universität Bologna (z.B. De Benedictis). Dieses Doktorat zeigt die enge Verzahnung der wissenschaftlichen Interessen der Historiker aus Trient, die am IGK mitgewirkt haben und dies weiter tun werden.

7.3. Im Rahmen der italienisch-deutschen Kooperation ist das Institut für Geschichte der **Leopold-Franzens-Universität Innsbruck** an erster Stelle zu nennen, da die Vertreter der Teilgebiete Österreichische Geschichte (Mazohl) und Geschichte des Mittelalters (Riedmann sowie dessen noch zu bestellender Nachfolger) dem wissenschaftlichen Beirat des Italienisch-Deutschen Historischen Instituts (Istituto Storico Italo-Germanico) in Trient angehören und seit vielen Jahren eine intensive Kooperation zwischen dem Trienter Institut und dem Institut für Geschichte an der Universität Innsbruck besteht. Darüber hinaus sind die historischen Institute der Universität Innsbruck für die hier geplante internationale Forschungskoopeation mit jeweils unterschiedlicher Gewichtung besonders ausgewiesen: Das Institut für Alte Geschichte insbesondere für vergleichende Rezeptionsforschung, antike Ethnographie und Genderforschung, das Institut für Geschichte für vergleichende Rechtsgeschichte und Genderforschung (Kooperation mit dem internationalen Forschungsnetzwerk „Geschlechterdifferenz in europäischen Rechtskulturen – Gender Difference in European legal Cultures), Bildungs- und Wissenschaftsgeschichte sowie Forschungen zur Geschichte der politischen Kommunikation.

Die skizzierten Forschungskoopeationen sind dokumentiert in einer großen Zahl von Doktorarbeiten, die von den Mittragstellern betreut werden. Das historische Institut der Universität Innsbruck verfügt deshalb über große fachliche und institutionelle Erfahrungen in der Graduiertenbetreuung; die wechselseitige Anerkennung der Promotionsabschlüsse innerhalb der Europäischen Union ist gängige Praxis.

Aufgrund der Einrichtung des IGK begannen in Innsbruck bereits Ende 2004 Bemühungen, einen eigenen Forschungsschwerpunkt an der historisch-philosophischen Fakultät einzurichten, der zunächst „Politische Kommunikation“ hieß und vor allem Historiker/innen umfaßte. Bereits im Februar 2005 fusionierte diese Gruppe mit einer Gruppe aus Kunsthistoriker/innen, Musikwissenschaftler/innen und Archäologen/innen zur Forschungs Kooperation „Politische Kommunikation und die Macht der Kunst“, die 2006 nach der Evaluierung durch das Vizerektorat für Forschung als Fakultätsschwerpunkt anerkannt wurde. Der Schwerpunkt umfaßt derzeit 74 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Beteiligt sind alle Institute der philosophisch-historischen Fakultät (Institut für Alte Geschichte und Altorientalistik, Institut für Geschichte und Ethnologie, Institut für Zeitgeschichte, Institut für Kunstgeschichte, Institut für Archäologien, Institut für Musikwissenschaft, Institut für Philosophie), sowie Institute der philologisch-kulturwissenschaftlichen Fakultät (Institut für Sprachen und Literaturen, Forschungsinstitut Brennerarchiv, Institut für Amerikastudien), der Fakultät für Politikwissenschaft und Soziologie (Institut für Politikwissenschaft) und der rechtswissenschaftliche Fakultät (Institut für Zivilrecht). Eine enge Zusammenarbeit besteht darüber hinaus mit der katholisch-theologischen Fakultät über die Forschungsplattform Weltordnung – Religion – Gewalt, in die der Schwerpunkt als tragende Säule integriert ist. Der interdisziplinäre Austausch wird zum einen im Rahmen der gemeinsamen Workshops garantiert; zum anderen wurde ein Arbeitskreis eingesetzt, der sich der methodisch-theoretischen Auseinandersetzung zwischen den Disziplinen widmet. Für das Sommersemester 2008 ist eine interdisziplinäre methodisch-theoretische Lehrveranstaltung geplant sowie eine thematische Ringvorlesung für das Wintersemester 2008/09. Der Schwerpunkt verfügt mittlerweile über eine Homepage (http://www.uibk.ac.at/fakultaeten/philosophisch_historische/schwerpunkt_politische_kommunikation/index.html).

Derzeit sind vier gemeinsame Publikationsprojekte in Bearbeitung sowie drei Sammelbände, die aus gemeinsamer Arbeit zwischen IGK und Schwerpunkt entstanden sind und in der Schriftenreihe des IGK erscheinen werden. Außerdem wurde das Projekt „Der Fürstenhof als Kommunikationsraum“ (gefördert durch die Swarowski Stiftung) genehmigt. Neben den zahlreichen Einzelprojekten, die hier nicht im Detail angeführt werden können, hat sich eine interdisziplinäre Forschungsgruppe zum Themenbereich „Erinnerungsjahr 1809“ zusammengefunden, die in drittmittelgeförderten Projekten (Land Tirol, Land Südtirol, Südtiroler Kulturinstitut, Schemfil Verein) für die wissenschaftliche Bearbeitung des Gedenkjahres 2009 verantwortlich zeichnet. Als neue Forschungsfelder für künftige

Kooperationsbereiche wurden festgelegt: „Visuelle Politik“, „Kunst und Kultur als politisches Konfliktpotential“ und „Netzwerke politischer Kommunikation“.

Zudem hat das IGK die Lehre nachhaltig beeinflusst: So wurde das neue Doktoratsstudium an der Universität Innsbruck nach dem Vorbild der Doktoratsstudien im Rahmen des IGK konzipiert. Abgesehen von den regelmäßigen Lehrveranstaltungen des IGK finden sich zahlreiche zusätzliche Lehrveranstaltungen im Zusammenhang mit der Thematik des IGK und des Schwerpunkts.

7.4. Die **Università degli Studi di Bologna** ist durch das „Dipartimento di discipline storiche“, am IGK beteiligt, das schon lange mit der deutschen Geschichtsforschung, insbesondere zur Geschichte der Frühen Neuzeit verbunden ist; das zeigt sich an der intensiven Kooperation der beiden Vertreter dieses Faches am Historischen Seminar Bologna in der ersten Antragsphase des IGK: Prof. Prodi und Frau Prof. De Benedictis.

Aufgrund der Emeritierung von Herrn Prodi führt Frau Prof. De Benedictis die Zusammenarbeit mit dem IGK als Sprecherin fort. Sie pflegt seit langer Zeit institutionelle Verbindungen mit der deutschen wissenschaftlichen Welt, die dank längerer Forschungsaufenthalte am “Istituto storico italo-germanico in Trento” und der Teilnahme an zahlreichen, vom Trienter Institut organisierter Seminare und Gespräche hergestellt wurden. Zu nennen ist hier u. a. die Organisation zweier Gespräche unter Mitwirkung des Max-Planck-Instituts für europäische Rechtsgeschichte in Frankfurt/M.: 1. *Specula principum: riflesso della realtà giuridica* (veröffentlicht 1999) und 2. *Wissen, Gewissen und Wissenschaft im Widerstandsrecht* (veröffentlicht 2003). In beiden Fällen handelt es sich um Themen, die eng mit der zentralen Forschungsfrage des IGK verknüpft sind.

Weitere institutionelle Verbindungen zwischen dem „Dipartimento di discipline storiche“ und der deutschen Geschichtswissenschaft wurden durch die jüngst verstorbene Direktorin des Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte Marie-Theres Fögen hergestellt. Sie war in die Vorbereitung der dritten Klausurtagung des IGK, die in Bologna stattfand, maßgeblich eingebunden und hat zur methodischen Debatte innerhalb des IGK wesentlich beigetragen.

Für die methodisch-theoretische Diskussion ist die enge Verbindung, die das Historische Seminar der Universität Bologna mit der Universität Pavia und den dort arbeitenden Kollegen Duso und Scattola pflegt, von besonderem Gewicht. Auf diese Weise ist die inneritalienische Beziehung zur prägenden philosophischen Schule der neuen Ideengeschichtsschreibung

etabliert, die, wie oben beschrieben, für die Arbeit am spezifischen Forschungsprofil des IGK von besonderer Bedeutung ist.

In der Antragsphase des IGK waren die Historiker der Frühen Neuzeit vorrangige Ansprechpartner für die Kooperationspläne; nach der Einrichtung des Kollegs und der Zuerkennung der vollen Mitgliedschaft für die Universität Bologna durch das IGK wurde die Kooperation durch die Integration des Zeithistorikers und geschichtstheoretisch ausgewiesenen Kollegen Barnaba Maj erweitert und vertieft. Für den Fortsetzungsantrag ist das Feld der Wissenschaftler, die am IGK beteiligt sind, fachspezifisch geöffnet worden, indem der Mediävist Prof. Cantarella integriert wurde.

In Bologna wird in absehbarer Zeit ein „Dottorato in studi storici“ (Doktorat der Geschichtswissenschaften) eingerichtet werden, das sich schon in der Planungsphase an den Erfahrungen des IGK orientiert hat, indem die verschiedenen Promotionsprogramme an der Universität Bologna zusammengeführt werden. Frau De Benedictis ist an deren Organisation wesentlich beteiligt.

Die Integration des Historischen Seminars in Bologna in das IGK hat auf die Lehre an der Universität im Studiengang des Masters („Laurea specialistica“) nachhaltig gewirkt. Seit dem Studienjahr 2005/06 existiert eine Vorlesung über „Politische Kommunikation in der Frühneuzeit“ (Frau De Benedictis) im Rahmen des Masterstudiengangs „Geschichte Europas“. Sowohl die Bildungsziele der Vorlesung als auch die einzelnen Vorlesungsprogramme verschiedener Studienjahre stellen eine direkte Verbindung zwischen diesem Teil der Lehre und den Forschungsfragen des IGK her.

7.5. Im Rahmen der ersten Förderphase haben sich die im Einrichtungsantrag beschriebenen **intensiven wissenschaftlichen Kontakte zwischen den Hochschullehrern** weiter vertieft. Neben den jährlichen Klausurtagungen sind wechselseitige Einladungen zu Vorträgen und zu mehrmonatigen Studienaufenthalten an den beteiligten Universitäten selbstverständliche Übung geworden. Im Rahmen des Exzellenzclusters sind zusätzliche Kooperationen mit der Universität Bologna vereinbart worden, die auf der Kooperation im IGK beruhen. Die inhaltliche Zusammenarbeit erstreckt sich bereits innerhalb des Forschungsfeldes 2 im Cluster auf eine Arbeitsgruppe, die die Frage nach der Menschenwürde als Norm vormoderner Gesellschaften bearbeiten wird.

7.6. Die Universität Frankfurt/M. hat sich als Sitz der Geschäftsstelle des IGK sehr großzügig an der Grundausstattung beteiligt: neben der Finanzierung einer halben Sekretariatskraft wird

die Koordinatorenstelle durch Drittmittelprämien zu einer halben BAT IIA-Stelle aufgefüllt; zudem stehen Räume für das Geschäftszimmer und die Stipendiaten zur Verfügung (drei Räume). Die technische Ausstattung mit PCs usw. ist selbstverständlich. Diese Zusagen der Grundausrüstung gelten ausdrücklich für die hier beantragte Fortsetzungsphase weiter. Die anderen beteiligten Universitäten stellen Arbeitsräume und Material (PCs) sowie anteilige Finanzierungshilfen für Klausurtagungen und Reisekosten zur Verfügung; Studiengebühren wurden erlassen.

Für die Sprecherin des IGK wurde durch die Universität Frankfurt/M. eine Reduktion des Lehrdeputats ermöglicht; in Zukunft soll dies für alle anderen Hochschullehrer, die das IGK mittragen, praktiziert werden.

Durch die Universität Innsbruck wurde eine Deputatsreduktion für jeden Hochschullehrer gewährt (1 Semesterwochenstunde). Für die Koordination des Schwerpunktes, dessen Kern das IGK bildet, wurde eine 30%ige wissenschaftliche Mitarbeiterstelle ab 2006 finanziert.

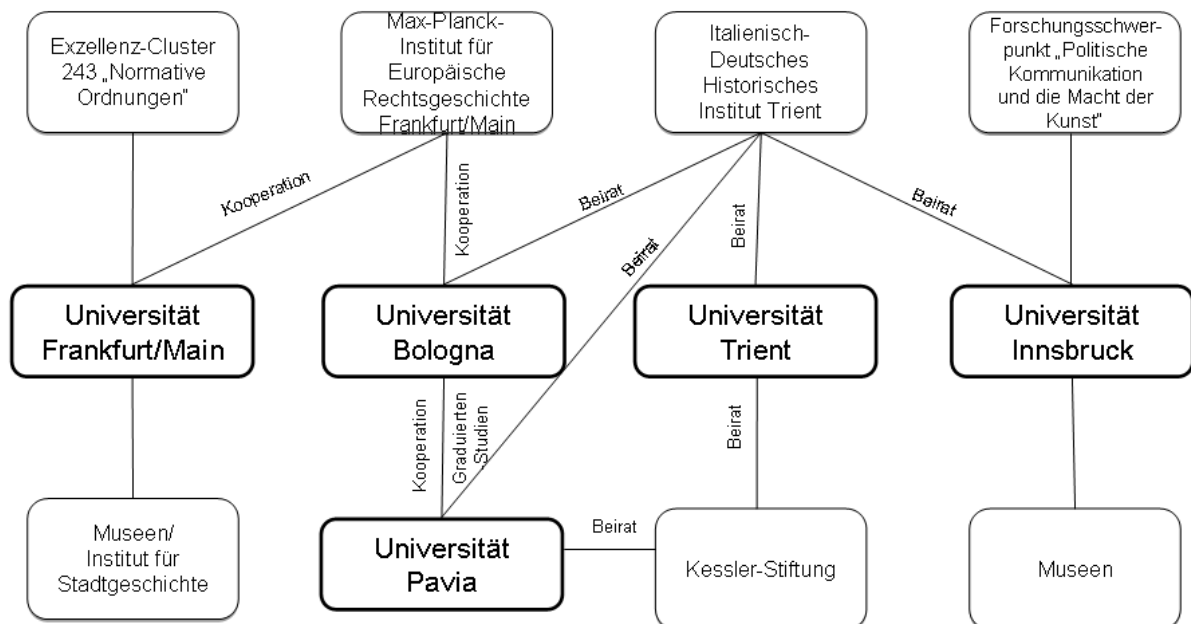
Für die italienischen Universitäten ist keine Deputatsreduktion vorgesehen; es ist geplant hier Verbesserungen durchzusetzen.

Als assoziiertes Mitglied soll zum 1. April 2009 die **Università degli Studi di Pavia** in den Kreis der das IGK tragenden Hochschulen aufgenommen werden. Dies hat institutionelle ebenso wie fachlich-personelle Gründe. Die Philosophische Fakultät verfügt über besondere Kompetenz in der Erforschung der Antike; diese wird in die Arbeiten des IGK außergewöhnlich gut eingebunden werden können. Entsprechendes gilt für die Erforschung der Geschichte des Mittelalters. Frau Prof. Rando war schon als Professorin in Trient Mitglied des Kollegs. Diese für die gemeinsame Forschung und für die gemeinsame Betreuung der Stipendiaten unverzichtbare Kooperation wird durch die Assoziation fortgesetzt werden. An der Facoltà di Lettere e Filosofia existieren eine „Scuola di Dottorato in scienze umanistica“ mit einer Spezialisierung für „Antike Mittelmeerkultur“, ein ausgezeichneter Masterstudiengang für „Verlagsberufe und -produkte“ sowie zwei Fachbereiche Geschichte: „Geschichte des Altertums“ und „Geschichts- und Geografiewissenschaften“. Unter den Forschungsinitiativen ist insbesondere – auch für den damit verbundenen finanziellen Aufwand – der digitale diplomatische Codex der Lombardei im Mittelalter (7.-12. Jahrhundert) zu erwähnen, den Prof. Dr. Michele Ansami herausgibt.

In Verbindung mit der Universität wurde im Jahr 1997 das IUSS (Istituto Superiore di Studi Universitari) gegründet, das im Jahr 2005 als „Scuola superiore ad ordinamento speciale“ (Hochschule mit spezieller Ordnung) zusammen mit der bereits bestehenden „Scuola Normale

Superiore“ in Pisa, „Scuola Superiore Sant’Anna“ in Pisa und der SISSA in Triest anerkannt wurde. Die IUSS Hochschule, die einzige ihrer Art in der Lombardei, will talentierten jungen Menschen in der Studienphase vor und nach dem Magister Artium eine hoch qualifizierte Bildung anbieten. Die Historiker der „Facoltà di Lettere e Filosofia“ stehen in enger Verbindung zum IUSS: Sie gehören zum Lehrrat und beteiligen sich an der Organisation von Vorlesungen, Seminaren und Konferenzen. Die Beziehung zur Universität Trient und zur Stiftung Bruno Kessler ist ebenso ertragreich: In gemeinsamer Initiative wurden Seminare über historisch-geographische Themen mit Gastwissenschaftlern beider Universitäten organisiert. Das nächste Treffen (Gesprächsrunde) wird am 28. März 2008 zum Thema „Europas Mittelalter: ältere und neuere Meistererzählungen“ stattfinden; daran werden u.a. R. Schieffer (Präsident der MGH) und M. Borgolte (Berlin) teilnehmen. Frau Rando pflegt die Kontakte und die wissenschaftliche Mitarbeit zu den Trienter Kollegen, indem sie u.a. in das „Dottorato di Storia“ der Universität Trient eingegliedert ist. Des Weiteren ist sie Mitglied des Redaktionsbeirats an der Kessler-Stiftung (ehemaligem ITC) zusammen mit Herrn Mazzolini und Frau Niccoli (Herr Corni ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats).

Das folgende Schaubild verdeutlicht die Verzahnung der Universitäten im Kolleg.



8 Mittel/Kostenarten

Eine tabellarische Übersicht über die beantragten Mittel findet sich im Anhang (S.77).

8.1 Doktorandenstipendien

Es werden 12 Doktorandenstipendien beantragt. Diese Zahl ist in Zusammenschau mit der Zahl der durch die ausländischen Universitäten bereitgestellten Stipendien zu betrachten. Es entsteht damit eine Gruppe von 18 Stipendiaten, die in sinnvoller Verteilung auf die jeweiligen Universitätsstandorte des IGK arbeiten können. Auf diese Weise lassen sich arbeitsfähige aber nicht zu große Stipendiatengruppen bilden, deren Betreuung ausreichend intensiv wahrgenommen werden kann. Eine geringere Zahl von Stipendiaten würde das Erreichen dieses Ziels, so zeigt die Erfahrung der ersten Förderphase, erschweren.

8.2 Postdoktorandenstipendien

Es werden 2 Postdoktorandenstipendien beantragt. Deren Einbindung in die Betreuung der Stipendiaten ist oben (Betreuungskonzept) auch institutionell begründet worden. Da das IGK alle historischen Epochen umfaßt, ist eine Integration von je einem Postdoc für die Vormoderne (Alte und mittelalterliche Geschichte) und einem Postdoc für die Moderne (Frühe Neuzeit bis Zeitgeschichte) sinnvoll. Da den Postdocs auch ein Anteil an der fachlichen Betreuung der Stipendiaten zukommt, der sich auf die Theoriefragen ebenso wie die fachspezifischen Probleme erstreckt, ist es notwendig die Unterschiedlichkeit der vormodernen und der modernen Epochen in Gestalt zweier Postdoc-Stipendien abzudecken.

8.3 Qualifizierungsstipendien

Werden nicht beantragt.

8.4 Mittel für Gastwissenschaftler

Gastwissenschaftler sind ein für die Arbeit des IGK unverzichtbarer Bestandteil. Unter Punkt 6 wurden die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen für die neue Förderphase begründet; daraus ergibt sich ein Mittelbedarf in folgender Höhe: Pro Universität und Jahr werden beantragt 7.000 Euro, d.h. insgesamt für vier Jahre 112.000 Euro.

8.5 Mittel für Forschungsstudenten

Werden nicht beantragt.

8.6 Sonstige Kostenarten

Reisen (Fahrt und Unterkunft)

Ein internationales Graduiertenkolleg ist ortsverteilt, es kann nur arbeiten, wenn durch intensive Treffen, die mit Reisen verbunden sind, eine gute Kommunikation sichergestellt ist. Deshalb sind a) Reisen für alle Mitglieder des IGK (Stipendiaten und Professoren) zu den gemeinsamen Klausurtagungen (einmal jährlich), zu den Stipendiantentagungen (zweimal jährlich), an denen auf Einladung auch Professoren teilnehmen können und zu den kleineren „Workshops“ an den einzelnen Standorten, an denen die Stipendiaten aller Standort teilnehmen können sollten, notwendig. Darüber hinaus sind b) Reisen notwendig, die die Stipendiaten im Rahmen ihrer Promotionsforschung machen müssen (u.a. in Archive, Bibliotheken, zu kleineren Fachtagungen). Schließlich ist es c) unverzichtbar für ein internationales Graduiertenkolleg, daß sich der Sprecherkreis regelmäßig trifft, um die Koordination sicherzustellen. Dafür sind ebenfalls Mittel für fünf Personen mindestens zweimal im Jahr notwendig. Für die begründeten Positionen werden deshalb beantragt:

a) Klausurtagung, Stipendiantentagungen	140.000 Euro
b) Forschungsreisen der Stipendiaten	50.000 Euro
c) Reisen des Sprecherkreises	12.600 Euro

Verbrauchsmaterial

Die Geschäftsstelle in Frankfurt/M. koordiniert alle Reisen, alle Auszahlungen von Stipendien und sonstigen Kosten, führt die Tagungsvorbereitung durch usw. Dazu bedarf es neben dem bereits vorhandenen Büro (Grundausrüstung der Universität Frankfurt/M.) Gelder für das zusätzlich umfangreich anfallende Verbrauchsmaterial (Kosten für Kopien, Büromaterial, EDV-Material u.a.m.). Die in der ersten Förderphase bewilligten Mittel waren knapp, aber ausreichend, deshalb werden sie erneut beantragt:

pro Jahr 2.000 Euro, für 4,5 Jahre	9.000 Euro
------------------------------------	------------

Bücher

Die Ausstattung der Bibliotheken der beteiligten Universitäten ist gut bis sehr gut. Angesichts einer neuen Stipendiatengeneration, die ab 2009 neue Dissertationsthemen bearbeitet, für die zusätzliche forschungsrelevante Literatur angeschafft werden muß und angesichts eines Forschungsfeldes, das insgesamt stark in Bewegung ist, sind Gelder für Buchanschaffungen in folgendem Umfang notwendig:

pro Jahr 1.500 Euro, für 4,5 Jahre	6.500 Euro
------------------------------------	------------

Tagungen

Wie erläutert sind verpflichtend pro Jahr eine Klausurtagung und zwei Stipendientagungen. Diese finden reihum in den beteiligten Ländern statt. Dazu sind nicht nur die oben bereits benannten Reisemittel (Fahrt und Übernachtung) notwendig, sondern auch Mittel für die Anmietung von Räumen und die Verpflegung der Teilnehmer. Beantragt werden deshalb:

4 Klausurtagungen	30.000 Euro
8 Stipendientagungen	13.000 Euro
pauschal für örtliche Workshops	2.500 Euro

Wissenschaftliche/r Koordinator/in

Für die Finanzierung der Stelle eines wissenschaftlichen Koordinators wird eine volle Stelle nach BAT IIa beantragt.

Internationale Graduiertenkollegs benötigen auf der Koordinatorenstelle hochqualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchs. Notwendig ist zunächst die perfekte Zweisprachigkeit, weil der Koordinator sowohl die Stipendiaten zu betreuen hat (an allen Standorten), die zu Beginn noch nicht alle die beiden Sprachen perfekt beherrschen, als auch die Koordination der Professorengruppe zu erledigen hat. Deren Sprachkenntnisse sind natürlich für die wissenschaftliche Arbeit angemessen zweisprachig; die tägliche Koordination aber erfordert ein Höchstmaß an doppelter sprachlicher Kompetenz.

Sodann ist der Koordinator in die wissenschaftliche Arbeit des Kollegs inhaltlich eingebunden (Vorbereitung der Tagungen, fachliche Begleitung der Stipendiaten, wissenschaftliche Betreuung der Gastwissenschaftler) und arbeitet selbst an den Inhalten des Kollegs mit. Deshalb ist es notwendig, daß der Koordinator ein Teilgebiet des IGK exzellent selbst vertritt bzw. sich in diesem ausweisen kann. Nur unter beiden Bedingungen ist der Koordinator als Ansprechpartner auch für die internationale Gruppe der Gastwissenschaftler qualifiziert, mit denen Briefwechsel geführt wird und organisatorische Beratung zu leisten ist.

Der Arbeitsumfang ist, so haben die Erfahrungen der ersten Förderphase gezeigt, so groß, daß es nicht ausreicht, eine halbe BAT IIa-Stelle zur Verfügung zu stellen. Da die Betreuung der Publikationen, die das IGK in seiner eigenen Reihe jetzt zu veröffentlichen beginnt, auch zu den Aufgaben des Koordinators gehört, nimmt der Umfang der Arbeiten auch an dieser Stelle weiter zu (die ersten Stipendiaten legen ihre Dissertationen vor, die Tagungen werden publiziert usw.).

Der Sprecherkreis ist durch wissenschaftliche Arbeit und Betreuungsaufgaben sehr stark eingespannt; eine im skizzierten Sinne kompetente Begleitung/Assistenz ist unverzichtbar.

Publikationskosten

Es werden die üblichen pauschalen Sätze von 4.000 Euro pro Jahre beantragt.

Für 4,5 Jahre 17.000 Euro

Abschluß-Ausstellung

Als Abschluß der zweiten Förderphase planen die Antragsteller die Präsentation einer Ausstellung. Diese soll in Zusammenarbeit mit dem Museum für Kommunikation oder mit dem Stadtmuseum (beide Frankfurt/M.) erstellt werden und dann als Wanderausstellung durch die beteiligten Universitätsorte gehen. Beide Museen haben ihr Interesse bekundet: die Vorbereitung eines solchen Unternehmens wird unter der fachlichen Leitung von Frau Dr. Jutta Götzmann stehen, die jahrelang Kustodin am Deutschen Historischen Museum war und jetzt in Frankfurt/M. als freischaffende Museumsfachkraft arbeitet. Sie hat sehr gute Erfahrungen in der Umsetzung der vornehmlich an schriftlichen Quellen erarbeiteten Ergebnisse der Arbeit des Kollegs. Beteiligt werden an dieser Ausstellung und ihrer Vorbereitung zudem die im Jahr 2011 bis 2013 noch im IGK arbeitenden Doktoranden, die auf diese Weise eine sehr praxisbezogene Ausbildung in der Ausstellungsvorbereitung erhalten.

Da die Museen selbst nur geringe Gelder für die Zusammenarbeit benötigen, ist der größte Teil der beantragten Summe für die Leiterin Frau Dr. Götzmann notwendig. Sie wird ab 2010 am Vorhaben arbeiten; dies wird auf Werkvertragsbasis geschehen.

Dazu werden beantragt für die Jahre 2011/2012/2013 30.000 Euro

8.7 Forschungssemester

Werden nicht beantragt.

9 Unterschriften

Prof. Dr. Luise Schorn-Schütte
Sprecherin des Kollegs

Prof. Dr. Rudolf Steinberg
Präsident der Johann Wolfgang Goethe-Universität

10 Anhang

- Tabelle der antragstellenden Wissenschaftler
- Forschungsprofile der antragstellenden Wissenschaftler
- Aufstellung der beantragten Mittel
- Zusagen der Partneruniversitäten

**Antragstellende Wissenschaftler an der Johann Wolfgang Goethe-Universität
Historisches Seminar
Grüneburgplatz 1
60323 Frankfurt am Main**

Name	Fachgebiet	Telefon	Telefax	Email	Internet
Prof. Dr. Luise Schorn-Schütte (Sprecherin des Kollegs)	Frühe Neuzeit	0049-(0)69-798-32594	0049-(0)69-798-32596	schorn-schuette@em.uni-frankfurt.de	www.geschichte.uni-frankfurt.de/ng/fnz/index.html
Prof. Dr. Frank Bernstein	Alte Geschichte	0049-(0)69-798-32460	0049-(0)69-798-32455	bernstein@em.uni-frankfurt.de	www.geschichte.uni-frankfurt.de/aag/mitarbeiter/Bernstein/index.html
Prof. Dr. Hartmut Leppin	Alte Geschichte	0049-(0)69-798-32462	0049-(0)69-798-32455	h.leppin@em.uni-frankfurt.de	www.geschichte.uni-frankfurt.de/aag/index.html
Prof. Dr. Werner Plumpe	Sozial- und Wirtschaftsgeschichte	0049-(0)69-798-32613	0049-(0)69-798-32614	w.plumpe@em.uni-frankfurt.de	web.uni-frankfurt.de/fb08/HS/plumpe/index.htm
Prof. Dr. Marie-Luise Recker	Zeitgeschichte	0049-(0)69-798-32591	0049-(0)69-798-32590	recker@em.uni-frankfurt.de	web.uni-frankfurt.de/fb08/HS/recker/index.htm
Prof. Dr. Andreas Fahrmeir	19. Jahrhundert	0049-(0)69-798-32626	0049-(0)69-798-32614	fahrmeir@em.uni-frankfurt.de	web.uni-frankfurt.de/fb08/HS/Gall/index.htm
Prof. Dr. Bernhard Jussen	Mittelalter	0049-(0)69-798-32426	0049-(0)69-798-32425	bernhard.jussen@uni-bielefeld.de	www.geschichte.uni-frankfurt.de

Antragstellende Wissenschaftler an der Università degli studi di Trento
Dipartimento di Scienze Umane e Sociali
Via Verdi 26
I-38100 Trento

Name	Fachgebiet	Telefon	Telefax	Email	Internet
Prof. Dr. Gustavo Corni (Sprecher in Trient)	Zeitgeschichte	0039-(0)461-88-1369	0039-(0)461-88-1440	corni@soc.unitn.it	http://www.soc.unitn.it/us/membri_del_dipartimento/pagine_personali/corni/main_corni.htm
Prof. Dr. Renato G. Mazzolini	Wissenschaftsgeschichte	0039-(0)461-88-1421	0039-(0)461-88-1440	renato.mazzolini@soc.unitn.it	http://www.soc.unitn.it/us/membri_del_dipartimento/pagine_personali/mazzolini/main_mazzolini.htm
Prof. Dr. Ottavia Niccoli	Frühe Neuzeit	0039-(0)461-88-1306	0039-(0)461-88-1440	ottavia.niccoli@soc.unitn.it	http://www.soc.unitn.it/us/membri_del_dipartimento/pagine_personali/niccoli/main_niccoli.htm

Dipartimento di Scienze Filologiche e Storiche
Via S. Croce 65
I-38100 Trento

Name	Fachgebiet	Telefon	Telefax	Email	Internet
Prof. Dr. Giuseppe Albertoni	Mittelalter	0039-(0)461-882719	0039-(0)461-882728	giuseppe.albertoni@lett.unitn.it	http://portale.unitn.it/aten eo/person e/giuseppe.albertoni
Prof. Dr. Giovanni Ciappelli	Frühe Neuzeit	0039-(0)461-88-2716	0039-(0)461-88-2728	giovanni.ciappelli@lett.unitn.it	http://portale.unitn.it/aten eo/person e/giovanni.ciappelli
Prof. Dr. Maurizio Giangiulio	Alte Geschichte	0039-(0)461-88-2713	0039-(0)461-88-2728	maurizio.giangiulio@lett.unitn.it	http://portale.unitn.it/aten eo/person e/maurizio.giangiulio

Dipartimento di Scienze storiche e geografiche "Carlo M. Cipolla"
Facoltà di Lettere e Filosofia
Università degli Studi di Pavia
Palazzo San Tommaso-Piazza del Lino, 2
I-27100 Pavia

Name	Fachgebiet	Telefon	Telefax	Email	Internet
Prof. Dr. Daniela Rando	Mittelalter	0039-(0)382-504461	0039-(0)382-303842	daniela.rando@unipv.it	http://lettere.studenti.pv.it/dipstogeo/docenti.php?nome=rando
Prof. Dr. Marica Milanesi	Geschichte der Geographie	0039-(0)382-984472	-	marmil@unipv.it	http://lettere.studenti.pv.it/dipstogeo/docenti.php?nome=milanesiM

Antragstellende Wissenschaftler an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck
Institut für Geschichte
Innrain 52
A-6020 Innsbruck

Name	Fachgebiet	Telefon	Telefax	Email	Internet
Prof. Dr. Brigitte Mazohl (Sprecherin in Innsbruck)	Neuzeit	0043-(0)512-507-4370	0043-(0)512-507-2945	brigitte.mazohl-wallnig@uibk.ac.at	http://www.uibk.ac.at/geschichte/personal/mazohl.html
Prof. Dr. Reinhold Bichler	Alte Geschichte	0043-(0)512-507-4341	0043-(0)512-507-2981	reinhold.bichler@uibk.ac.at	http://www.uibk.ac.at/alte-geschichte-orient/mitarbeiter/dr_reinhold_bichler.html
Prof. Dr. Heinz Noflatscher	Frühe Neuzeit	0043-(0)512-507-4372	0043-(0)512-507-2945	heinz.noflatscher@uibk.ac.at	http://www.uibk.ac.at/geschichte/personal/noflatscher.html
Prof. Dr. Klaus Brandstätter	Mittelalter	0043-(0)512-507-4362	0043-(0)512-507-2706	klaus.brandstaetter@uibk.ac.at	http://www.uibk.ac.at/geschichte/personal/brandstaetter.html

Antragstellende Wissenschaftler an der Università degli studi di Bologna
Facoltà di Lettere e Filosofia
Piazza S. Giovanni In Monte, 2
I-40126 Bologna

Name	Fachgebiet	Telefon	Telefax	Email	Internet
Prof. Dr. Angela De Benedictis (Sprecherin in Bologna)	Frühe Neuzeit	0039-(0)51- 209-7657	0039-(0)51- 209-7620	angela.debenedictis@ unibo.it	http://www.dds.unibo.it/DisiplineStoriche/default.htm
Prof. Dr. Galuco Cantarella	Mittelalter	0039-(0)51- 209-7812	-	gmc@kaiser.alma.uni bo.it	http://www.dpm.unibo.it/DPM/default.htm